

# Antiimperialismus global

Ausgabe Nr. 43, 04. April 2017



Der G8-Protest 2007 in Heiligendamm ist zahlreichen Menschen noch gut in Erinnerung. Zehn Jahre danach hegen viele die Hoffnung, dass die anstehenden G20-Proteste im Juli 2017 in Hamburg ähnlich stark und erfolgreich werden könnten. Die Presse warnt schon jetzt vor einem Supergau, dem „Ausnahmestand“ im Schanzenviertel. Hamburgs Sicherheitsorgane rüsten dementsprechend kräftig auf – unter anderem mit neuen Panzerfahrzeugen, wie man sie aus Bürgerkriegsgebieten kennt. Aber gegen was richten sich die Proteste eigentlich? Der Buchstabe G, daran anschließend eine immer wieder einmal wechselnde Zahl – das ist die Kurzform für die größten Industrienationen (und sogenannten Schwellenländer), die sich alljährlich treffen, um die reibungslose Zirkulation von Kapital und Waren auf einem zunehmend deregulierten Weltmarkt zu planen und zu gewährleisten. Das ökonomische Großprojekt von Konzernen und Industrieverbänden und nicht zuletzt von staatlichen Vertreter\_innen wird gemeinhin Globalisierung genannt oder mit dem treffenderen Begriff Imperialismus bezeichnet. Die alten nationalstaatlichen Beschränkungen werden zunehmend aufgehoben, weltweit werden neue Abkommen und Verträge geschlossen – zur immer grenzenloseren Ausbeutung von Menschen und verheerenden Auswirkungen auf die Natur. Kriege, Flucht, Rassismus und Nationalismus sind nur einige der direkten oder indirekten Folgen dieser Politik.

Ab Mitte der 1990er Jahre formierte sich ein weltweit agierendes Spektrum neuer sozialer Bewegungen, deren kleinster gemeinsamer Nenner aus ihrem Protest gegen die Auswirkungen der Globalisierung bestand. Zigtausende standen in Hochphasen den Gipfeltreffen von G7, G8, EU, Internationalem Währungsfonds, der NATO oder der Welthandelsorganisation gegenüber. Die Ausrichtungen und Selbstverständnisse der globalisierungskritischen Zusammenschlüsse sind dabei immer sehr vielfältig – und mitnichten ist alles, was sich unter dem Label der „Globalisierungskritik“ zusammenfindet, als fortschrittlich zu bezeichnen. Das Spektrum reicht von öko-grünen Reformist\_innen, neu-rechten Wutbürger\_innen bis hin zu global vernetzten Marxist\_innen mit klarer antiimperialistischer Ausrichtung. Nicht zuletzt deswegen musste immer wieder klar Position gegen die Vereinnahmung der Bewegung durch rechte und nationalistische Strukturen bezogen werden. Die Proteste von damals bis etwa ins Jahr 2009 sind nichtsdestotrotz als wichtiger Referenzpunkt für die Neuorientierung linker Organisationen in Deutschland zu sehen, etwa für den sich formierenden Zusammenschluss der heutigen Interventionistischen Linken (IL).

So stehen linke Bewegungen, traditionelle wie sich neu formierte, heute vor neuen Herausforderungen. Die globalen Entwicklungen der vergangenen Jahre (nationalistischer Backslash, Krise der EU, Abschottung gegenüber Geflüchteten weltweit) werfen wichtige Fragen auf: Wie kann oder muss linke Globalisierungskritik heute aussehen, welchen Themen muss sie sich verstärkt zuwenden und welche Strömungen können getrost in den Geschichtsbüchern abgelegt werden?

Diese Ausgabe nimmt die Proteste und Bewegungen der Vergangenheit zum Anlass, nach den heutigen Rahmenbedingungen für eine linke Globalisierungskritik zu fragen. Sowohl unser Interview mit der Initiative Bildung ohne Bundeswehr (BOB) als auch das Essay von Lukas J. Hezel liefern Anknüpfungspunkte für ein solches Projekt.

Viel Spaß beim kritischen Lesen!

# Militäreinsatz im Klassenzimmer



**Die Bundeswehr wirbt in Bildungseinrichtungen für ihren imperialistischen Feldzug der Vormacht und des Kapitals.**

*kritisch-lesen.de sprach mit dem Hamburger Bündnis "Bildung ohne Bundeswehr" (BoB) über die Rolle des deutschen Militärs in der Welt, linke Globalisierungskritik und Bundeswehroffiziere an Schulen.*

**kritisch-lesen.de:** Die Bundeswehr ist der militärische Arm Deutschlands im imperialistischen Globalisierungsfeldzug. Welche und wessen Interessen vertritt die Bundeswehr weltweit?

**BoB:** Etwas Grundlegendes vorab: Die kapitalistische Produktionsweise ist strukturell widersprüchlich. Einerseits werden riesige Reichtümer produziert, andererseits werden sie privat angeeignet. Kapitalismus ist auf dieser Basis ohne Armut, Elend und Kriege nicht möglich. Diejenigen, die momentan Zugang zu den Reichtümern haben, haben zwei wesentliche Interessen: erstens das System, in dem sie die Gewinner sind, am Laufen zu halten und zweitens auch in Zukunft zu den wenigen Gewinnern zu zählen. Und genau dazu wird auch die Bundeswehr eingesetzt: Sie trägt einerseits zum Erhalt des kapitalistischen Weltsystems und seinen Ausbeutungsketten als Ganzes bei. Weltweit bilden deutsche Militärs Repressionsorgane aus, beraten bei Aufstandsbekämpfung und „sichern“ Handelsrouten. Und andererseits gibt es die Konkurrenz zwischen den herrschenden Klassen vor allem der NATO-Staaten und anderer imperialistischer Zentren. In diesem Gemenge verleiht die Bundeswehr der deutschen Bourgeoisie und den politischen Eliten zusätzliche Schlagkraft, um ihre spezifischen Interessen im internationalen Verteilungskampf durchzusetzen: Sie sichert dem deutschen Kapital Zugang zu neuen und alten Märkten, Rohstoffen und Arbeitskräften. Die Bundeswehr

kann Deutschland gar nicht dienen, wie sie behauptet. Denn das setzt ein geeintes Interesse Deutschlands voraus, dass es in einer strukturell widersprüchlichen Gesellschaft nicht geben kann. Den Interessen der hiesigen Herrschenden aus Politik und Wirtschaft stehen die Interessen der restlichen Bevölkerung gegenüber. Die Bundeswehr dient eindeutig den ersteren. Das ist nicht dasselbe.

**KL:** Euer Bündnis heißt „Bildung ohne Bundeswehr (BoB)“. Jetzt macht ihr im Vorfeld des G20-Gipfels eine Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Wir wollen eure Kriege nicht! – Frieden statt Imperialismus!“ Mit eurem eigentlichen Arbeitsschwerpunkt hat das wenig zu tun, oder?

**BoB:** BoB hat sich nie als ein rein auf Bildungsinstitutionen oder auf die Abschaffung der Bundeswehr fokussiertes Bündnis verstanden. Wir wollen eine gerechte Welt ohne imperialistische Kriege. Die Bundeswehrwerbung und -rekrutierung an den Schulen und Universitäten anzugreifen, ist vor diesem Hintergrund eine antiimperialistische und antimilitaristische Taktik. Zum Kampf der Bundeswehr im Ausland gehört der ideologische Kampf um die Köpfe der Bevölkerung an der Heimatfront. Ohne den Rückhalt in der Bevölkerung und die Überzeugung, dass die Kriege, die das Militär führt, „gerecht“ sind, ist die militarisierte Außenpolitik der Bundesregierung nicht dauerhaft durch- und umsetzbar. Außerdem bedarf die Bundeswehr als Berufsarmee auch eines regelmäßigen Zustroms halbwegs fähigen Nachwuchses. Ohne Spitzenpersonal und Kanonenfutter, das an den Fronten in den Auslandseinsätzen verpulvert werden kann, lässt sich kaum ein Krieg gewinnen. Diese beiden Lebensadern des militärisch agierenden deutschen Imperialismus wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten verengen.

Dementsprechend kämpfen wir dort gegen den millionenschweren und professionellen Propaganda- und Rekrutierungsapparat des Militärs, wo wir können. Wir stehen also nicht nur auf dem Pausenhof, sondern richten unsere Aktivitäten gegen alle Rekrutierungsanstrengungen und Propagandaauftritte der Bundeswehr. Wir tragen unseren Protest vor Jobmessen, auf den Hamburger Hafengeburtstag, den Tag der Bundeswehr und so weiter. Dabei ist es uns wichtig, die Menschen nicht nur mit den direkten individuellen Nachteilen des Soldatenberufs zu konfrontieren. Denn diese Argumentation allein kann keine breite Zustimmung für die Abschaffung der Bundeswehr und die Etablierung einer friedlichen Gesellschaft schaffen. Wir arbeiten also neben

Protestaktionen auch daran – zum Beispiel mit unserer Veranstaltungsreihe – ein größeres Bewusstsein für politische und ökonomische Zusammenhänge zu schaffen. Nur so lässt sich klarmachen, warum die Bundeswehr kein ganz normaler Arbeitgeber ist.

**KL:** In euren Veranstaltungen beschäftigt ihr euch unter anderem mit den Golfmonarchien, dem Ukraine-Konflikt und mit Afrika. Warum sind in euren Augen gerade diese Regionen relevant?

**BoB:** Diese Regionen gehören zu den wesentlichen Interessensgebieten (und Schlachtfeldern) des deutschen Imperialismus, das heißt der deutschen Konzerne und des deutschen Staates. Die Golfmonarchien sind zentrale Partner im Nahen Osten – da wird auf die angeblich so wichtigen westlichen Werte kurzerhand gepfiffen. In der Ukraine versuchen NATO und EU, das Land wirtschaftlich und geopolitisch von Russland zu lösen und in den westlichen Einflussbereich zu integrieren. Und in Afrika bauen die USA, China und die europäischen Staaten zunehmend ihre (militärische) Präsenz aus. Dessen ungeachtet ist aber unser Eindruck, dass diese Regionen innerhalb der deutschen Linken – was Informationspolitik und Proteste angeht – bei weitem nicht genügend Aufmerksamkeit bekommen. Wer weiß schon, was die USA und Saudi-Arabien im Jemen genau treiben und wer eigentlich mit und wer wirklich gegen den IS kämpft? Wer weiß schon, warum die Bundeswehr ausgerechnet in Mali ist und was sie da eigentlich macht? Wer weiß schon, warum gerade die Ukraine seit Jahrzehnten eine wesentliche Rolle in den Überlegungen führender deutscher Geostrategen spielt? Es geht also zum einen tatsächlich darum, einen Mangel an Informationen zu beheben. Zum anderen üben wir aber auch Kritik daran, dass weite Teile der deutschen Linken ihren internationalistischen Standpunkt nur selektiv ernst nehmen oder aufgegeben haben. Nehmen wir das Beispiel Ukraine: Wie kann es sein, dass dort zum Teil faschistische Neoliberale an die Macht gebracht werden und in der deutschen Linken nicht die Alarmglocken angehen?

**KL:** Globalisierungsgegnerinnen und -gegner stehen in der Kritik, das Globalisierungsprojekt gegen ein nationalistisches eintauschen zu wollen. Globalisierungskritikern wird hingegen häufig vorgeworfen, zu reformistische Ziele zu formulieren. Wie muss eine Globalisierungskritik eurer Meinung nach formuliert und praktiziert werden?

**BoB:** Globalisierungskritik muss die ideologischen Schleier entfernen, die uns glauben lassen sollen, bei kapitalistischer Globalisierung ginge es um das Zusammenrücken der Völker, um globalen Austausch, Verständigung und Vernetzung. Eine schlagkräftige Globalisierungskritik muss zuallererst die momentanen globalen Beziehungen als das begreifen und benennen, was sie sind: ein Netz von imperialistischen Ausbeutungsketten. Das einzige, was sich in dieser globalisierten Welt frei entfaltet, ist das Kapital. Und das bedeutet Ausbeutung auf internationaler wie auf nationaler Ebene. Aus dieser Perspektive muss Globalisierung radikal kritisiert und angegriffen werden.

**KL:** Die Bundeswehr verteidigt unter den Schlagworten „Freiheit“ und „Sicherheit“ die relative Vormachtstellung Deutschlands in der Welt. Was erzählen die Militärs den Schülerinnen, Schülern und Studierenden über die gesellschaftliche Funktion ihrer Kriege? Und vor allem: Wer gewährt ihnen eigentlich Zugang zu den Bildungseinrichtungen?

**BoB:** Der ideologische Trick, den die Militärs überall anwenden, ist die Entkopplung von Krieg und Bundeswehr. Die Militärs reden öffentlich kaum über Kriege. Sie reden über Karriere und Chancen, Freiheit und Sicherheit. Natürlich verteidigen sie, wenn sie darauf angesprochen werden, Kriege als notwendiges Übel, aber meist nicht ohne sie als „humanitäre Einsätze“ zu verklären. Die Bundeswehr präsentiert sich als sinnstiftender Arbeitgeber im Dienst von Demokratie und Freiheit, natürlich aber nie als imperialistische Armee.

In Hamburg kommt die Bundeswehr nur in den Unterricht, wenn sie formal aus der Schule, das heißt von einer Lehrerin oder einem Lehrer, eingeladen wird. Meistens werden die Jugendoffiziere als „Experten“ zur Unterrichtsunterstützung angefragt. In einigen Bundesländern gibt es aber auch offizielle Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr, die ihr den Zugang zu Schulen gewährleisten. Außerdem verschickt die Bundeswehr Info-Material an Schulen, arbeitet mit Schulbuchverlagen zusammen, veröffentlicht Material, das die Unterrichtsvorbereitung erleichtert, und gibt Seminare für Lehrerinnen und Lehrer sowie Referendarinnen und Referendare – oder im Militärjargon: Multiplikatoren. Offiziell sollen die Jugendoffiziere zur politischen Bildung der Bevölkerung beitragen. Das hat mit der Realität aber wenig zu tun. Sie betreiben Propaganda im Sinne der außenpolitischen Staatsräson und rekrutieren Nachwuchs, obwohl beides offiziell verboten ist.

**KL:** Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren mit der „Mach was wirklich zählt“-Kampagne und der Youtube-Serie „Die Rekruten“ eine große öffentliche Rekrutierungsoffensive erfolgreich umgesetzt. Inwiefern hat sich das in den Bildungsinstitutionen bemerkbar gemacht?

**BoB:** Diese Vorstöße der Bundeswehr in ihrer Öffentlichkeitsarbeit müssen im Kontext des Aussetzens der Wehrpflicht 2011 gesehen werden. Seit ihr dieses Zwangsmittel bei der Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung steht, sucht sie sich neue Wege, um an Rekrutinnen und Rekruten zu gelangen. Genau diese Absicht steckt hinter „Mach was wirklich zählt“ und der Serie „Die Rekruten“. Es gibt mehrere Folgen der Serie, in denen das Bewerbungsverfahren bei der Bundeswehr explizit erklärt wird. Anders als bei „Mach was wirklich zählt“ geht es bei der Sendung nicht um die direkte Rekrutierung von Fachkräften, sondern um eine breitere Imageverbesserung und Präsentation der Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber nicht nur des Geldes und den Karrieremöglichkeiten, sondern des Soldatendaseins wegen. Dazu passt auch die offensichtlich eher jüngere Zielgruppe der Serie. Welche Kampagne sich wie genau in den Bildungsinstitutionen bemerkbar macht, ist schwer zu sagen. Klar ist aber, dass wir immer wieder mit Schülerinnen und Schülern sprechen, die von der Bundeswehr begeistert sind und die auch Slogans der Kampagnen in Gesprächen wiedergeben.

**KL:** Welche Erfolgsrezepte habt ihr gegen die Arbeit der Bundeswehr im Bildungsbereich?

**BoB:** Am besten ist es natürlich, wenn die Institutionen als Ganze beschließen, der Bundeswehr keinen Zutritt mehr zu gewähren – ob in Form einer Zivilklausel an der Uni oder eines Beschlusses der Schulkonferenz. Aber wie gesagt: Die Bundeswehr drängt sich in die Öffentlichkeit, wo sie nur kann. Und da hilft nur Gegenpräsenz. Viele Schülerinnen und Schüler lassen sich in Gesprächen mit uns überzeugen – oder zumindest irritieren. Wir brauchen aber mehr Menschen und Organisationen, um der Bundeswehr etwas entgegensetzen zu können. Wir müssen unsererseits ein kritisches Bewusstsein in der Zivilgesellschaft gegenüber dem Militär und Kriegen schaffen und unsere Proteste ausweiten.

**Zitathinweis:** kritisch-lesen.de Redaktion: Militäreinsatz im Klassenzimmer. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/FJD5m>.

# „Make the nation state great again!“



## Essay von Lukas J. Hezel

*Warum Globalisierungskritik längst keine Domäne der Linken mehr ist und was das mit dem Nationalstaat und seiner Krise zu tun hat.*

Essay von [Lukas J. Hezel](#)

Vom legendären „Battle of Seattle“ bei der WTO-Ministerkonferenz 1999 über den blutigen G8-Gipfel in Genua 2001 bis hin zu den letzten großen Gipfelprotesten in Heiligendamm 2007 gehen einige der größten und weltweit am stärksten beachteten Protestereignisse der vergangenen Jahrzehnte auf das Konto jener transnationalen sozialen Bewegungen (im Plural), die in den 1990er Jahren unter dem schillernden Banner der „Globalisierungskritik“ die Weltbühne betraten. Das politische Spektrum dieser Protestbewegungen reichte von militanten Autonomen über Kommunist\*innen, Sozialdemokrat\*innen, Gewerkschaften, dem Netzwerk Attac, bis hin zu christlichen Dritte-Welt-Gruppen und handzahmen Lobby-NGOs. Es wäre sicherlich falsch, diesem breiten Spektrum insgesamt eine grundsätzlich antikapitalistische Orientierung zu unterstellen. Richtig ist jedoch, dass diese Bewegungen – von Ausnahmen abgesehen – durch den kleinsten gemeinsamen Nenner einer irgendwie gearteten Kritik an den Auswüchsen des neoliberalen Kapitalismus zusammengehalten wurden. Zwar herrschte dabei stets große Uneinigkeit darüber, ob die ausgemachten Probleme durch einzelne Korrekturen und Reformen gelöst werden könnten oder es einer Revolution bedürfe. Dennoch schienen die Gemeinsamkeiten immer wieder groß genug, um spektrenübergreifend gemeinsam auf die Straße zu gehen.

Wiederholt gelang es den Globalisierungskritiker\*innen rund um den Globus, Millionen von Menschen zu mobilisieren. Mit einiger Berechtigung lässt sich die Behauptung aufstellen, die Globalisierungskritik sei, bei aller Schwammigkeit des Begriffs, die längste Zeit ein von „Linken“ dominiertes Politikfeld gewesen.

## **In einem Boot mit Trump und Petry?**

Fragt man sich heute, was von dieser Bewegung noch übrig ist, fällt die Antwort zunächst einigermaßen ernüchternd aus. Viele der ehemaligen linken Globalisierungskritiker\*innen beschränken ihren Aktivismus mittlerweile darauf, ihren Chai Latte „fair trade“ zu trinken oder bei Urlaubsflügen mit einem umweltbewussten Klick ihren CO2-footprint auszugleichen. Andere haben die Leidenschaft ihrer wilden Jugendjahre erfolgreich zum Beruf gemacht und sich in Brüssel oder Berlin als Politikberater\*innen im politischen Business etabliert. Sind die globalisierungskritischen Bewegungen also tot?

Ein einziger Blick in eine beliebige Tageszeitung scheint in letzter Zeit täglich das Gegenteil zu beweisen. Und nein, nicht wegen der Handvoll Demos und Aktionen gegen TTIP und CETA. Die Globalisierungskritik scheint mittlerweile mächtige Fürsprecher aus einem ganz anderen politischen Lager gefunden zu haben: Donald Trump, Frauke Petry und Konsorten, so scheint es, treten heute in die Fußstapfen der Aktivist\*innen von damals. In Deutschland ist die AfD zunächst als „Anti-Euro-Partei“ groß geworden. Mittlerweile beherrscht das Thema Flucht und Migration – beides gewissermaßen Nebeneffekte der Globalisierung – und die Forderung nach geschlossenen Grenzen den Diskurs des gesamten rechtspopulistischen Lagers. In den USA verspricht Donald Trump, der durch die Globalisierung immer weiter vorangetriebenen „Entgrenzung der Welt“ (Leggewie) durch eine Grenzmauer zu Mexiko, Einreiseverbote und seinen „America-first“-Protektionismus Einhalt zu gebieten. Selbst die Doktrin des „freien Handels“ scheint unter dem neuen Präsidenten zu bröckeln, so kündigte Trump etwa kurz nach seiner Amtseinführung an, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA kippen zu wollen. Wird nun also Trump zum Erfüllungsgehilfen der globalisierungskritischen Zapatistas, die das Inkrafttreten des Abkommens im Januar 1994 zum Anlass ihres bewaffneten Aufstandes nahmen?

Die Kritik an der Globalisierung ist in dieser verkehrten Welt längst keine Domäne der Linken mehr. Ihre mächtigsten und populärsten Kritiker\*innen kommen heute von rechts. Im Mittelpunkt des Problems stehen dabei immer die Nation und der Nationalstaat. Wer gehört dazu und wer nicht? Wer darf einreisen und wer muss draußen bleiben? Wer muss an der Grenze Zölle bezahlen und wer nicht? Wo darf Kapital investiert werden und wo nicht? Welcher Konzern bezahlt an welchem Standort seine Steuern? Und schließlich die bange Frage: Gibt es im „global age“ überhaupt noch eine Überlebenschance für die alte Nation und den Nationalstaat?

## **Was ist Globalisierung und was gibt es daran zu kritisieren?**

Dass wir heute in einer globalisierten Welt leben, ist längst ein Allgemeinplatz. Wir kaufen Kleidung, die in Kambodscha, Bangladesch oder Nepal hergestellt wurde. Die meisten unserer Nahrungsmittel überqueren einen Ozean, bevor sie vor uns auf dem Teller landen. Über das Internet teilen wir Tag und Nacht Unmengen an Informationen in Echtzeit mit dem Rest der Welt. Daten, Waren, Kapital und Menschen (zugegeben: abhängig von ihrem Pass) bewegen sich heute scheinbar völlig ungehindert von nationalen Grenzen und schneller als je zuvor um den Globus.

Die Kehrseite der Medaille ist jedoch, dass es schon längst keinen Ausweg aus der globalen Schicksalsgemeinschaft der Menschheit mehr gibt. Weltweite Wirtschaftskrisen, der Klimawandel oder etwa die durch Armut und Kriege größer werdenden Migrations- und Fluchtbewegungen erinnern uns täglich daran, dass globale Probleme unweigerlich auch globale Auswirkungen haben. Letztlich sitzen wir alle in einem Boot – auch wenn es auf dem Sonnendeck der Superreichen derzeit noch deutlich gemütlicher ist, als im düsteren Rumpf der Economy Class, in dem vielen der Reisenden das Wasser nicht erst seit gestern bis zum Hals steht.

Der realhistorische Prozess, den wir heute als Globalisierung bezeichnen, also die weltweite ökonomische und kulturelle Vernetzung der Erdteile mit der Tendenz zur Herausbildung eines „Weltsystems“ (Wallerstein), ist so alt wie die ersten Keimformen der kapitalistischen Warenzirkulation selbst. Schon mit der „Entdeckung“ Amerikas und des Seewegs nach Indien um 1500 wurde

erstmal ein dauerhaftes weltumspannendes Handelsnetz etabliert. Durch die industrielle Revolution erhielt diese Tendenz im 19. Jahrhundert einen gewaltigen Schub und eine exponentielle Entwicklungsdynamik setzte ein. Marx und Engels schrieben 1848 im Kommunistischen Manifest:

*Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle [...] Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt. [...] Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen. (Manifest der kommunistischen Partei, MEW 4, S. 466)*

Der heutige (Epochen-)Begriff der Globalisierung und damit die Kritik an derselben wurde allerdings erst in den 1990er Jahren wirklich populär, ist also wesentlich jünger als der Prozess, den er beschreibt. Dieser Begriff ersetzte für große Teile der Restlinken, die dem 1989/90 ausgerufenen „Ende der Geschichte“ (Fukujama) zu trotzen versuchten, den klassisch-leninistischen Antiimperialismus, der nun scheinbar zusammen mit dem real existierenden Sozialismus endgültig auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet war. Gemeint war mit der Kritik an der Globalisierung allerdings nie, dass das Rad der Geschichte hinter den Beginn der weltweiten Vernetzung der Menschheit zurückgedreht werden sollte. Niemand forderte ernsthaft, die Globalisierung rückgängig zu machen, etwa indem bestimmte Kommunikationstechnologien oder Transportmittel wieder abgeschafft würden. Die Globalisierungskritiker\*innen waren nicht gegen die Globalisierung, sondern gegen ihre negativen Auswirkungen unter kapitalistischen Vorzeichen. Globalisierung wurde gewissermaßen zum Synonym für Neoliberalismus, also für eine Wirtschaftspolitik, die sich seit den 1980er Jahren weltweit durchzusetzen begann. Diese Politik stand vor allem für Deregulierung der globalen Arbeits-, Waren- und Finanzmärkte sowie für den radikalen Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften in den Industrieländern. Die Durchsetzung dieser neuen Weltordnung wurde maßgeblich mithilfe der supranationalen Organisationen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der G8-Staaten forciert. Jedes Land, das auf Kredite oder „Entwicklungshilfe“ angewiesen war, musste sich im Gegenzug auf die neoliberale Agenda verpflichten und den eigenen Staat entsprechend umbauen.

# Tötet die Globalisierung den Nationalstaat?

Vor diesem Hintergrund wurden in den 1990er Jahren zahlreiche Stimmen laut, die vor dem vermeintlich bevorstehenden Ende des Nationalstaats warnten. Viele westliche Sozial- und Politikwissenschaftler\*innen sahen den Nationalstaat als das erste zu beklagende „Opfer“ der Globalisierung. Diese, so die These, unterpüle seine Grenzen, bedrohe seine nationale Identität und beraube ihn gegenüber dem deregulierten Weltmarkt seiner wirtschaftlichen und sozialen Steuerungskompetenzen. Kurz: Der Nationalstaat verliere im *global age* seine Handlungsmacht und damit seine Souveränität. Diese gemeinsame Sorge um die Nation bot natürlich schon damals Anknüpfungspunkte für konservative und rechte Globalisierungskritiker\*innen, wurde aber keineswegs nur in deren Lager vertreten.

Ein eindrückliches Beispiel dafür, wie stark diese Positionen auch in die sich als irgendwie links definierenden globalisierungskritischen Bewegungen hineinwirkten, gibt das Gründungsmanifest von Attac. Dort heißt es:

*Die Globalisierung des Finanzkapitals [...] umgeht und demütigt die Nationalstaaten als die maßgeblichen Garanten von Demokratie und Allgemeinwohl.*

*Zudem haben die Finanzmärkte sich längst einen eigenen Staat geschaffen, einen supranationalen Staat. [...] Dieser Weltstaat ist ein Machtzentrum ohne Gesellschaft. An deren Stelle treten immer mehr die Finanzmärkte und Riesenkonzerne, die der Weltstaat repräsentiert. Die Folge ist, dass die real existierenden Gesellschaften keinerlei Macht mehr besitzen. (Ignacio Ramonet, Le Monde Diplomatique, Dezember 1997)*

Natürlich war der Nationalstaat in Wirklichkeit nicht einfach zum tragischen „Opfer“ der Globalisierung geworden. Vielmehr handelte es sich um einen Transformationsprozess, den die jeweiligen staatlichen Eliten der Industrieländer bewusst und gesteuert einleiteten. Im Zuge dieser Transformation wurden in der Tat einige Steuerungskompetenzen an supranationale Strukturen abgegeben, allerdings nicht, ohne in diesen repräsentiert zu sein. Die Nationalstaaten waren also selbst Akteure dieser

Veränderung und lösten sich dabei keineswegs auf. Ihre repressiven und sozialdisziplinierenden Funktionen beispielsweise verschwanden nicht etwa, sondern wurden weiter ausgebaut.

Was im Rahmen dieser Transformation jedoch tatsächlich unter die Räder der transnationalen Kapitalakkumulation geriet, waren der keynesianische Interventionsstaat und seine sozialen Sicherungsnetze. Dieser Staatstyp war während des „goldenen Zeitalters des Kapitalismus“ (Hobsbawm) in den 1960er und 1970er Jahren entstanden. Vor dem Hintergrund des Nachkriegsbooms, der Vollbeschäftigung und der Systemkonkurrenz hatte sich im nationalstaatlichen Rahmen der Keynesianismus als wirtschaftlicher Regulationsmechanismus durchgesetzt. Die Kapitalseite war zu verhältnismäßig großen Zugeständnissen gezwungen, verfügte aber auch um die notwendigen Spielräume. Dies machte sich in steigenden Löhnen, einem höheren Konsumniveau und einem starken Ausbau sozialstaatlicher Strukturen bemerkbar. Wenn nur alle fleißig mitarbeiteten und sich die Gewerkschaften mit Streiks zurückhielten, so die Botschaft an die Arbeiter\*innen, dann würden alle vom Wirtschaftswachstum profitieren und am Ende ihr Stück vom großen Kuchen abbekommen. Das war der sozialdemokratisch-keynesianische Konsens, auf dem die Nationalstaatsideologie dieser Zeit beruhte.

Die marxistische Staatstheorie hat dagegen (anders als Attac) den bürgerlichen Nationalstaat nie unkritisch als den „Garanten von Demokratie und Allgemeinwohl“ gesehen, sondern als „ideellen Gesamtkapitalisten“. Ökonomisch besteht dessen Aufgabe darin, die gesellschaftlichen Verhältnisse so einzurichten, dass die Kapitalakkumulation reibungslos und bei möglichst hohen Profitraten funktioniert. Die ökonomische Rolle des Staates ist dabei untrennbar mit seiner politischen Funktion verzahnt. Folgt man Theoretikern wie Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas, so gehört es auch zu den Aufgaben des Staates, einerseits die Bourgeoisie und ihre Verbündeten in einem „herrschenden Block“ zu organisieren, und andererseits die „Subalternen“, also die große Masse der Leute, die nicht direkt vom Kapitalismus profitiert, ruhig zu halten und zu integrieren. Dies gelingt den Herrschenden durch ein Zusammenspiel von Repression, materiellen Zugeständnissen und Integrationsideologien. Die Bourgeoisie vermittelt ihr partikulares Klasseninteresse als scheinbares Allgemeininteresse. Dadurch

können die Beherrschten dazu gebracht werden, der Herrschaft zuzustimmen. Diesen Zustand hat Gramsci als *Hegemonie* bezeichnet. Gelingt das nicht und beginnen Interessenkonflikte offen zutage zu treten, so haben die Herrschenden es mit einer Integrations- oder Hegemoniekrise zu tun.

Genau das, so eine mögliche These, ereignete sich im Zuge der neoliberalen Transformation des Nationalstaats. Indem der Staat nun nicht mehr mit einiger Glaubwürdigkeit als eine Instanz auftreten konnte, die ein vermeintliches nationales „Allgemeinwohl“ durchsetzt, verlor er massiv an Legitimität, seine Integrationskraft begann zu schwinden. Die Herrschenden begegneten diesem Problem natürlich mit neuen Integrationsideologien. Auf dem deregulierten Weltmarkt, so hieß es nun, habe sich die internationale Konkurrenz derart verschärft, dass vom zu verteilenden Kuchen bald nichts mehr übrigbleiben würde. Man müsse jetzt also den Gürtel enger schnallen – das heißt Löhne senken und Sozialleistungen abbauen – um in der globalen Konkurrenz bestehen zu können. Die neue Aufgabe des neoliberalen Nationalstaates bestand nun darin, den eigenen Standort für das weltweite Fressen und gefressen werden „fit“ zu machen. Ab jetzt herrschte das TINA-Prinzip: „There is no alternative“ (Thatcher). Dass diese bittere Pille nicht überall ohne Murren geschluckt wurde, zeigte sich in der plötzlichen Zunahme der sozialen Protestbewegungen ab Ende der 1980er Jahre.

## **Wir sitzen alle in einem Boot aber rudern in entgegengesetzter Richtung**

Kein Teil des breit gefächerten Spektrums der Globalisierungskritik kommt, ob bewusst oder unbewusst, an der Frage des Nationalstaats und seiner (Integrations-)Krise vorbei. Für rechte Globalisierungskritiker\*innen besteht das Problem mit der Globalisierung vor allem darin, dass diese die ideologische Essenz der Nation bedroht, auf der der Legitimationsmythos des Nationalstaats beruht. Das imaginäre Kollektiv eines angeblich homogenen Volkes wird durch Migration und Vermischung zersetzt, es zerfließt förmlich durch die offenen Grenzen des Weltmarkts. Es droht also die halluzinierte „Islamisierung des Abendlandes“ oder schlimmeres. Dem Nationalstaat wird von rechten Globalisierungskritiker\*innen vorgeworfen, sich nicht um die eigene Bevölkerung zuerst zu kümmern („America first!“). Die

Kapitalist\*innen sollen gefälligst die „eigene“ Arbeiterklasse im eigenen Land ausbeuten und nicht dorthin abwandern, wo sich dank niedriger Löhne die größten Profite machen lassen. Menschen aus anderen Ländern sollen bleiben, wo sie angeblich „hingehören“ – tun sie das nicht, soll der Staat sie mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln an der Einreise hindern. Auch diese Position ist letztlich eine Langzeitwirkung der Krise des Keynesianismus, der die Wirtschaft im Rahmen seiner nationalen Grenzen zu steuern versuchte und seinem Staatsvolk Beteiligung am Wohlstand und stetige Verbesserung des Lebensstandards versprochen hatte. Viele der heutigen AfD-Wähler\*innen sind enttäuschte Anhänger dieser sozialdemokratischen Vision eines stabilen und krisenfreien Kapitalismus ohne Klassenwiderspruch. Die rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen haben das durch das offensichtliche Scheitern dieser Vision entstandene Integrationsvakuum in den letzten Jahren mit großem Erfolg genutzt. Seither sammeln sie weite Teile der Enttäuschten und sich abgehängt fühlenden unter dem Banner einer reaktionären Globalisierungskritik und eines chauvinistischen Nationalismus. Dabei geriert sich der Rechtspopulismus als vermeintliche Anti-Establishment-Bewegung, gleichzeitig kämpfen deren Führungsspitzen jedoch mit der Unterstützung einzelner Kapitalfraktionen längst um die Hegemonie im herrschenden Block und damit die Reintegration ihrer Anhängerschaft in die herrschende Ordnung. Ob sich auf dem erreichten Niveau der Transnationalisierung des Kapitalismus allerdings irgendwo auf der Welt tatsächlich ein protektionistisches Wirtschaftsprogramm hegemonial durchsetzen wird, bleibt bislang äußerst fraglich. Das ideologische Trommelfeuer verfängt jedoch unabhängig davon.

Reformistische linke Globalisierungskritiker\*innen hetzen im Gegensatz zu den Rechten zwar nicht gegen Migrant\*innen und Geflüchtete, aber auch sie wünschen sich meistens in irgendeiner Form Elemente des alten keynesianischen Nationalstaats zurück. Sie wollen letztlich den in die Krise geratenen hegemonialen Nachkriegskonsens wiederherstellen und altbewährte Rezepte neu aufwärmen. Der Nationalstaat, oder wahlweise auch ein supranationaler Steuerungsmechanismus, soll den Kapitalismus endlich wieder „zähmen“ und im „Allgemeininteresse“ regulieren, etwa indem er weltweit Finanztransaktionen besteuert und damit Geld für soziale Investitionen in seine Kassen spült. Dass es sich dabei im heutigen Entwicklungsstadium des Kapitalismus um reines Wunschdenken handelt,

liegt auf der Hand. Ein Zurück zu den Lohnsteigerungen und sozialstaatlichen Investitionen des Nachkriegs-Booms kann es schon allein deshalb nicht geben, weil diese nur in der damaligen Ausnahmesituation der hohen Profit- und Wachstumsraten, der Vollbeschäftigung und der Systemkonkurrenz denkbar waren. In der heutigen Situation sind aber Dauerkrise, langfristige strukturelle Arbeitslosigkeit und eine extrem geschwächte Arbeiter\*innenbewegung die Norm in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Ein supranationaler Keynesianismus, wie er etwa Attac vorschwebt, ist nicht nur deshalb utopisch, weil die Herrschenden augenscheinlich keinerlei Interesse an einem solchen Projekt haben, sondern auch, weil er eine supranationale Staatlichkeit voraussetzt. Das in diesem Sinne am weitesten fortgeschrittene Projekt, in das manche vermeintliche Linke einst kühne Hoffnungen gesetzt hatten oder dies sogar immer noch tun, die EU, beginnt sich gerade vor unseren Augen zu zerlegen.

Aus der Perspektive einer marxistischen Kritik an den (global-)gesellschaftlichen Verhältnissen muss also klar sein, dass es keinen Weg zurück in das vermeintliche Idyll des „goldenen Zeitalters“ des nationalstaatlich organisierten Keynesianismus geben kann. Die „Rettung des Nationalstaats“, wie rechte Globalisierungsgegner\*innen sie sich vorstellen, führt unweigerlich in die finsterste Reaktion. Die Globalisierung kann nicht aufgehalten oder rückgängig gemacht werden. Aber unter kapitalistischen Verhältnissen gehört die überwältigende Mehrheit der Menschheit unweigerlich zu den Verlierern dieses Prozesses. Dieser Widerspruch lässt sich innerhalb der Systemgrenzen nicht auflösen. Erst in einer Welt jenseits der Kapitallogik könnten das Potenzial der modernen Kommunikationstechnologien und einer weltweit vernetzten Produktion im vollen Umfang zum Wohle der ganzen Menschheit eingesetzt werden.

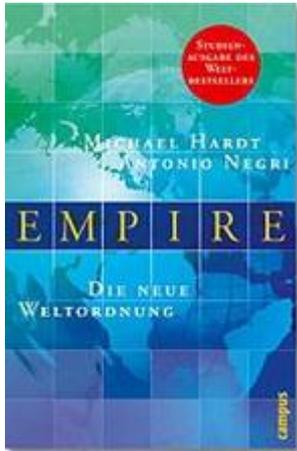
## **Zusätzlich verwendete Literatur**

Bergstedt, Jörg (2004): Mythos Attac. Hintergründe, Hoffnungen, Handlungsmöglichkeiten, Frankfurt a.M. Gramsci, Antonio (1991-2002): Gefängnishefte, 10 Bde., Hamburg. Leggewie, Claus (2003): Die Globalisierung und ihre Gegner, München. Osterhammel, Jürgen / Niels Petersson (2003): Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München. Peters, Ulrich (2014): Unbeugsam und Widerständig. Die

radikale Linke in Deutschland seit 1989/90, Münster 2014. Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus (Neuaufgabe), Hamburg. Wallerstein, Immanuel (1974-1989): Das moderne Weltsystem Bd. I-III.

**Zitathinweis:** Lukas J. Hezel: „Make the nation state great again!“. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Cdgrj>.

# Warten auf den Aufstand der Multitude?



**Michael Hardt, Antonio Negri**

**Empire**

Die neue Weltordnung

*Das viel diskutierte Konzept des Empires umfasst sowohl eine Analyse des alles verwertenden globalen Kapitalismus als auch einer kritischen Masse.*

Rezensiert von [Janina Puder](#)

Sah es zu Beginn der internationalen Finanzkrise 2007/2008 noch so aus, als könne linke Politik erneut breite Bevölkerungsschichten mobilisieren, ringt sie nun damit, sich inhaltlich und polit-strategisch von den sogenannten Neuen Rechten abzugrenzen. Bewährte linke Strategien und Narrative können nicht zuletzt in Anbetracht des Aufstiegs von Marine Le Pen und Co. nicht (mehr) greifen oder werden sogar durch rechte Gruppierungen besetzt und umgedeutet. Insbesondere mit Blick auf linke Parteien scheint es, als sei der Kampf um staatliche Institutionen längst verloren. Vor diesem Hintergrund sieht sich die Linke heute mit der grundlegenden Aufgabe konfrontiert, auszuloten, was für eine Art linker Politik mit welchen Mitteln überhaupt noch umsetzbar ist. Doch eine zündende Idee lässt bisher auf sich warten. Liegt der Schlüssel vielleicht darin, dass wir diejenigen, an die sich eine progressive Politik wenden könnte, in ihrem Selbstverständnis und ihrem subversiven Vermögen überhaupt erst zu verstehen lernen müssen?

Das Buch „Empire - Die neue Weltordnung“ (engl. Originaltitel: „Empire. Globalization as a new Roman order, awaiting its early Christians“) von Michael Hardt und Antonio Negri ist unverkennbar ein Kind seiner Zeit. Unter

dem Eindruck der globalisierungskritischen Proteste zu Beginn der 2000er Jahre steht es intellektuell im Zeichen von Großdemonstrationen wie jenen, die zum Abbruch der Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle sowie am Rande des G8-Gipfels 2001 zu zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der italienischen Polizei führten. Der von Hardt/Negri entwickelte Ansatz lieferte dieser, sich damals im Aufwind befindenden globalisierungskritischen Linken, weitreichende theoretische und politisch-praktische Anknüpfungspunkte. Seither ist das vielbeachtete Werk Hardt/Negris unzählige Male rezipiert und dabei mitunter auch scharf kritisiert worden. So wirft die Politologin Chantal Mouffe der Theorie Hardt/Negris beispielsweise das Fehlen eines kollektivierenden politischen Moments vor, der eine Bewegung an und für sich erst konstituiere. Dennoch – wie die Beispiele Syriza in Griechenland oder Podemos in Spanien gezeigt haben – birgt auch der institutionelle Weg, wie Mouffe ihn vertritt, für Linke - in einem Umfeld, das konsequent und ausdauernd in Opposition zu ihnen stehe - kaum erfolgreiche Aussichten.

Hardt/Negri sehen darin ein grundlegendes Problem, das mit dem System repräsentativer Demokratie im Allgemeinen zusammenhängt. Für sie kann eine progressive Bewegung nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich unabhängig von Parteien basisdemokratisch organisiert. Es brauche eine neue Politik von unten, die dem Wesen der postmodernen Gesellschaft des 21. Jahrhundert entspricht, statt sich an einer orthodoxen Lesart marxistischer Klassentheorie abzuarbeiten. In Anbetracht der gegenwärtigen weltpolitischen und global-kapitalistischen Entwicklungen und des scheinbar allgemeinen politischen Scheiterns linker Parteien lohnt es sich daher, das stellenweise ausufernde Buch erneut zur Hand zu nehmen, um sich an der darin formulierten Gegenwartsdiagnose aus einem politisch aktualisierten Blickwinkel aufs Neue abzuarbeiten.

## **Den globalen Kapitalismus historisieren**

„Empire“ gliedert sich in vier Abschnitte mit zahlreichen Unterkapiteln. Historische Reflexionen über sozioökonomische, soziokulturelle, polit-ökonomische und (geo-)politische Konstellationen kapitalistischer Gesellschaften, eine breit angelegte Gegenwartsdiagnose der global-kapitalistischen Gesellschaften sowie Konturen einer möglichen

gesellschaftlichen Transformation fügen sich in der Gesamtbetrachtung des Werkes zu einem organischen Ganzen zusammen.

Innerhalb Hardt/Negris Gesellschaftskritik erfüllt die Denkfigur des *Empires* eine theoretische und konzeptionelle Doppelfunktion: Im Rahmen einer kritischen Zeitdiagnose beschreibt es einerseits eine historisch spezifische Tendenz der kapitalistischen Fortentwicklung, die vor allem durch die territoriale und gesellschaftlich universelle Entgrenzung der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie in Erscheinung tritt. Der Empire-Ansatz versucht dabei, im abstrakten Sinne die expansive Dynamik des globalen Kapitalismus der Gegenwart zu erfassen. Diese ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch soziale Totalisierungstendenzen (wobei das Leben und die Körper der Subjekte unter das Diktat der kapitalistischen Produktionsweise gestellt und entsprechend organisiert und normiert werden) sowie durch sich verschärfende sozio-ökonomische Widersprüchlichkeiten und komplexe Prozesse permanent aufkommender systemimmanenter Verwerfungen. Hardt/Negri fassen unter den Begriff des *Empires* somit sowohl die historische Tendenz einer entstehenden als auch im Zuge ihrer vollkommen Entgrenzung bereits im Zerfallen begriffenen neuen Herrschaftsform und -struktur, die den globalen Warenaustausch und die zunehmend dezentral organisierte Produktion kommandiert.

Mit dem Aufstieg des *Empires* unmittelbar verbunden, erreicht der globale Kapitalismus nach Hardt/Negri eine neue Qualität, die zu einer grundlegenden Metamorphose des bis dahin insbesondere in den europäischen und euro-amerikanischen Staaten (S. 14) verbreiteten Form der kapitalistischen Produktionsweise führte. Den historischen Wendepunkt, infolgedessen sich die Produktionsverhältnisse vor allem in den frühindustrialisierten Staaten maßgeblich veränderten, sehen Hardt/Negri im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus begründet. Während das nach dem Ersten Weltkrieg entstandene fordistische Produktionsmodell insbesondere durch die zentrale Rolle der industriellen Warenproduktion sowie durch die massive Expansion der standardisierten Massenproduktion und -konsumtion geprägt war, kam es im Zuge der historischen Krise des Fordismus in den 1970er Jahren zu einer weitreichenden Neu- bzw. Reorganisation der kapitalistischen Gesellschaften. Flexible Netzwerke, die in ihrem Produktionsvermögen sowohl räumlich als auch zeitlich entgrenzt

erscheinen und in denen Akteur\_innen potenziell in immer neuen Konstellationen zusammenarbeiten, lösen nun zunehmend starre Produktionsstrukturen wie örtlich fixierte Fabriken mit fester Stammebelegschaft ab. Damit verbunden steigt ökonomisch betrachtet die Bedeutung intellektueller, affektiver (etwa Sorgearbeit) und kreativer Arbeit.

Das im Kontext des Empires neu aufstrebende Herrschaftsparadigma konstituiert sich im Wesen nicht durch Abgrenzung, sondern durch eine radikale Form der Einverleibung und des Sich-zu-eigen-Machens. Die imperiale Maschinerie des Systems fördert und lenkt die kapitalistische Vergesellschaftung dabei auf der Grundlage einer neuen Logik der Wertschöpfung. Der Mehrwert, der durch Lohnarbeit geschaffen wird, wird nun nicht mehr streng im Rahmen exakt festgelegter Arbeitszeiten oder einem zugeschriebenen Arbeitsplatz organisiert. Vielmehr greift das Empire auf das gesamte Vermögen der Arbeiter\_innen zu. So wird mitunter vorausgesetzt, dass Mitarbeiter\_innen über ihre festgelegten Kernaufgaben hinaus zum Beispiel während des gemeinsamen Feierabendbiers in kreativen und produktiven Austausch treten. Dadurch wird jede (unbezahlte) Form sozialer Interaktion für die Kapitalist\_innen potenziell zur Quelle von Profit.

*„Das Kapital ist zu einer Welt geworden. Der Gebrauchswert und all die anderen Werte und Prozesse der Verwertung, die, wie man annahm, außerhalb der kapitalistischen Produktionsweise lagen, sind zunehmend verschwunden.“ (S. 392)*

Andererseits stellt das nach Hardt/Negri real existierende Potenzial eines radikalen gesellschaftlichen Umbruchs im Sinne der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise einen zentralen Bestandteil ihrer Konzeption dar. Die konkrete Möglichkeit einer gesellschaftlichen Transformation sehen sie in dem subversiven Vermögen gemeinsam handelnder Singularitäten (die von ihnen Multitude genannt werden) bereits im Hier und Jetzt begründet. Von dieser theoretischen Konzeption ausgehend leiten Hardt/Negri für die Ausgestaltung ihrer Theorie zwei scheinbar entgegengesetzte und dennoch untrennbar miteinander verbundene Annahmen ab. Die heterogene Arbeiter\_innenschaft, wie sie durch das Empire erzeugt wird, erscheint nach Hardt/Negri nun als Fluch und Segen zugleich. Auf der einen Seite gilt die Multitude an sich als das Ergebnis der Herrschaftsausübung des Empires. Andererseits ist sie für sich betrachtet

bereits das radikale Gegenprojekt, von dem die Überwindung des Empires ausgehen muss. Diese beiden widersprüchlichen, untrennbaren Wesensarten der Multitude – beherrschtes Objekt und revolutionäres Subjekt – bilden das Fundament Hardt/Negris Theorie.

## **Krise als Motor**

Ehemals mächtige Akteure werden dem Herrschaftsparadigma des Empires systematisch hierarchisch untergeordnet. Einzelnen Nationalstaaten, internationalen Organisationen, nationalen und/oder supranationalen Institutionen gelingt es lediglich in historisch wechselnden Konstellation, eine privilegierte Position innerhalb der Herrschaftsstruktur des Empires einzunehmen. Aus Krisen und Konflikten entstehend, (re-)legitimiert sich das Empire permanent durch das Aufkommen neuer Konflikte. Aufgrund der zunehmenden Komplexität und Internationalisierung von Konflikten, denen sich Nationalstaaten nicht mehr gewachsen sehen, wird es zur einzig möglichen Ordnungs- und Befriedungsinstanz. Die flexible Zusammensetzung des imperialen Ordnungssystems fördert in der Suche nach konsensbasierten Lösungsansätzen die Integration verschiedener Akteur\_innen und die Zentralisierung von Autorität innerhalb der hierarchischen Struktur des Empires. So setzte sich während der Eurokrise unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung das inoffizielle überstaatliche Technokraten-Gremium Troika mehrfach über souveräne Volksentscheide der griechischen Bevölkerung hinweg und übernahm 2011/2012 für ein halbes Jahr sogar faktisch die Regierungsangelegenheiten in Athen.

Innerhalb des Empires manifestieren sich permanent widersprüchliche räumliche, ökonomische und gesellschaftliche Organisationslogiken. Dabei agiert das Empire auf allen räumlichen Ebenen, wodurch es lokale mit globalen Räumen verbindet. Dadurch werden immer wieder neue relevante Formen von Territorien erzeugt. Privatisierung und Vergemeinschaftung werden gleichermaßen Teil des globalen Arrangements. Dies betrifft nach Hardt/Negri neben anderen gesellschaftlichen Bereichen insbesondere die Sphäre der Produktion. So erschafft das Herrschaftssystem aus einzelnen Arbeiter\_innen, die sich theoretisch überall auf der Welt verstreut voneinander befinden können, ein sich permanent wandelndes Netzwerk, das Staatsgrenzen transzendiert und damit irrelevant werden lässt.

„Die Unbegrenztheit des Produktionsortes entspricht der Unbestimmtheit der produzierten Subjektivitätsform. Die imperialen Gesellschaftsinstitutionen befinden sich somit offenbar in einem fließenden Prozess der Erzeugung und der Korruption von Subjektivität.“ (S. 209; Herv. i. O.)

Die Rolle der sogenannten Multitude ist nach Hardt/Negri ebenfalls als eine doppelte zu verstehen. Einerseits ist sie Herrschaftsobjekt des Empires. Die von Hardt/Negri identifizierte Dominanz der Produktion immaterieller Güter (zusammengefasst in dem Theorem des sogenannten kognitiven Kapitalismus) erschafft eine ganz neue Form der Arbeiter\_innenschaft und mit dieser eine neue Form der Ausbeutung wertbildender Arbeit. Die Produktion affektiver beziehungsweise immaterieller Güter (insbesondere im Sektor der Informationstechnologie) wird im Rahmen der Logik des Empires der Arbeiter\_innenschaft weitestgehend selbst überlassen. Das Kapital schöpft den daraus entspringenden Wert der kreativen, wissensbasierten Arbeit nur ab, ohne die Produktionsprozesse selbst organisieren zu müssen. Es geschieht also eine formale Subsumtion der Arbeit unter das Kapital. Die Kehrseite dieses Prozesses sehen Hardt/Negri in den Widersprüchlichkeiten, die diese Form der Kapitalakkumulation erzeugt – etwa in der Ausbildung und Zusammenfassung der Multitude als politisch handlungsfähiges Subjekt. Die Art und Weise, wie sich die postmoderne Arbeiter\_innenschaft im Rahmen der neuen Produktionsweise autonom organisieren muss, bereitet nach Hardt/Negri den Boden für eine allmähliche Subversion der Verhältnisse, indem sich die Multitude als heterogenes Klassensubjekt zu begreifen beginnt.

## Was bleibt von der Dialektik aus Dystopie und Utopie?

Aus der Zusammenarbeit des Literaturwissenschaftlers Michael Hardt und des Philosophen, Politikwissenschaftlers und politischen Aktivisten Antonio Negri ist ein eigenständiger neomarxistischer Theorieansatz entstanden, der die klassischen Bezugskategorien der politischen Ökonomie in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Funktion und Bedeutung radikal umdeutet. „Empire“ legte hierfür das Fundament. Bislang publizierte das Autorenduo drei weitere Bücher, die an die Hauptthesen ihres gemeinsam entwickelten post-operaistischen Empire-Ansatzes sowohl theoretisch als auch politisch

anknüpfen. Die zentralen Denkfiguren, die Hardt/Negri in „Empire“ zuweilen nur fragmentarisch ausführten, werden darin weiterentwickelt und theoretisch stärker ausdifferenziert.

Fast 15 Jahre nach der Erstveröffentlichung von „Empire“ ist der Hype um das Buch jedoch weitestgehend abgeflacht; die Thesen Hardt/Negris gelten in Teilen als widerlegt: Ihre politische Vision einer deliberativen, radikalen Basisbewegung erscheint im Zuge der tendenziellen Renationalisierung vieler Staaten und des Aufstiegs rechtskonservativer und autoritär-rassistisch geprägter Parteien gegenwärtig in weite Ferne gerückt zu sein.

Zentrale – und nicht zuletzt empirisch berechnete – Kritik wurde vor allem an der Überbetonung der Stellung immaterieller Arbeit geübt. Darüber hinaus bleibt die reale Konstitutions- und Handlungsfähigkeit des von Hardt/Negri entworfenen politischen Subjekts der Multitude höchst fraglich. Dies lässt sich mitunter anhand der Entwicklung der spanischen Indignados-Bewegung nachvollziehen. Genoss die Bewegung zu Beginn großen Andrang, gerade weil sie als Sammelbecken partikularer Interessen galt, geriet sie mit dem Versuch der Formulierung konkreter gemeinsamer politischer Ziele jedoch in eine Sackgasse. Die Ablehnung der politischen Eliten einte die Indignados, doch die inhaltliche und strategische Heterogenität führte zu schwerwiegenden Abspaltungen, die nicht zuletzt zum Stillstand der Proteste führte.

Eine Relektüre des Buches lohnt sich aktuell dennoch – aus mindestens zwei Gründen: Im Zeichen der Globalisierungskritik stehend kann eine Auseinandersetzung mit der theoretischen Konzeption des Empires einerseits einen wertvollen Beitrag in einer Neubewertung der praktischen Relevanz der Kernaussagen Hardt/Negris über die sich zunehmend intensivierenden ökonomischen und politischen Globalisierungsvorstöße leisten. Trotz der mitunter vehementen und dabei sehr eingängigen Kritik an Hardt/Negris theoretischen Konzepten und deren gesellschaftlichen und realpolitischen Implikationen kann nicht geleugnet werden, dass sie mit ihrer Diagnose des Zusammenhangs der Veränderung der globalkapitalistischen Produktionsweise und den damit einhergehenden Transformationen in den entsprechenden Gesellschaftssphären (Arbeit, Klassen/-verhältnisse, Mehrwertproduktion etc.) sowohl entscheidende politische als auch grundsätzlich gesellschaftstheoretische Fragen aufgeworfen haben, die heute aktueller denn je erscheinen. Andererseits kann Hardt/Negris Werk in Anbetracht der

Entstehung der Occupy-Bewegung, der spanischen Protestbewegung Indignados/15-M und dem sogenannten Arabischen Frühling wie eine Verheißung einer neuen sozialen Kampfkultur gelesen werden; der steile Aufstieg Pegidas und anderer rechter Bewegungen bildet dabei konsequenterweise keine Ausnahme. Besonders in Europa besetzen rechte Politiker\_innen wie Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, Nigel Farage (ehemals) in Großbritannien oder Frauke Petry in Deutschland soziale Themen, um sie systematisch mit einem rassistischen, antimuslimischen Narrativ zu verbinden. Doch nicht nur auf institutioneller Ebene ist der Erfolg rechter Bewegungen deutlich sichtbar. Mit der Entstehung der Identitären Bewegung ist ein völkisch-nationales Netzwerk entstanden, welches basislinken Aktionsformen in nichts nachsteht und damit insbesondere in Österreich massenhaft junge Menschen anzieht. So scheint es, als würden Hardt/Negri mit ihrer Forderung, progressive Politik neu zu denken, auf den Kern des Problems stoßen. Gerade für Versuche der Revitalisierung einer marxistischen Klassenanalyse bildet das Multitude-Konzept zahlreiche Reibungspunkte. So ist die Multitude, wie sie Hardt/Negri definieren, eine diffuse Zusammensetzung aus Subjekten, die im Grunde mit völlig unterschiedlichen Ausbeutungsbedingungen konfrontiert sein können.

Michael Hardt, Antonio Negri 2002:

Empire. Die neue Weltordnung.

Campus Verlag, Frankfurt a.M..

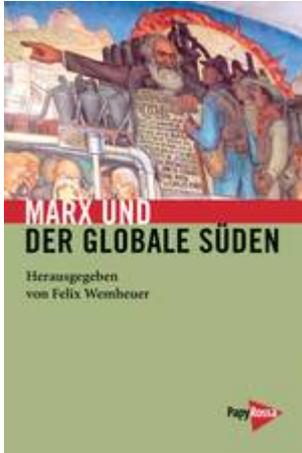
ISBN: 978-3-593-37230-4.

461 Seiten. 19,90 Euro.

**Zitathinweis:** Janina Puder: Warten auf den Aufstand der Multitude?

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/6a8uN>.

# Decolonize Marx?



**Felix Wemheuer (Hg.)**  
Marx und der globale Süden

*Der Sammelband behandelt wichtige Fragen, überzeugt aber nicht ganz.*

Rezensiert von [Gabriel Kuhn](#)

„Marx und der globale Süden“ reiht sich ein in jüngere Publikationen zur globalen Verteilungsungerechtigkeit. Diese reichen von harten Brocken politischer Ökonomie wie John Smiths „Imperialism in the Twenty-First Century“ über kämpferische Titel wie Immanuel Ness‘ „Southern Insurgency: The Coming of the Global Working-Class“ zu verdaulichen Bestandsaufnahmen wie Stephan Lessenichs „Neben uns die Sintflut“. Das böse Wort „Antiimperialismus“ wird oft vermieden, die „Dritte Welt“ ist der „Globale Süden“ und auch von „Metropole“ und „Peripherie“ ist nur noch selten zu lesen, doch das tut wenig zur Sache. Die Entwicklung ist erfreulich, weil die ungleichen materiellen und damit auch politischen Voraussetzungen im Weltmaßstab immer noch zu den eklatantesten Widersprüchen der kapitalistischen Ordnung zählen.

Alle sich dem Thema widmenden Bücher haben natürlich ihre eigenen Schwerpunkte. „Marx und der globale Süden“ beansprucht primär, die Anwendung von Marx‘ Denken auf kolonisierte Gesellschaften sowohl nachzuzeichnen als auch zu fördern. Der Band hat jedoch eine weitere Zielsetzung, nämlich mit Postmoderne und Poststrukturalismus, der postkolonialen Theorie und den Subaltern Studies abzurechnen. Aufhänger dafür ist die „Universalismus-Debatte“, die 2013 mit der Publikation von Vivek

Chibbers Buch „Postcolonial Theory and the Specters of Capital“ losgetreten wurde, einer scharfen Kritik der besagten Denkschulen. Das zweite Buch, das laut Herausgeber Felix Wemheuer als Inspirationsquelle von „Marx und der globale Süden“ diente (bzw. des dem Band zugrunde liegenden Workshops „Marx, Subaltern Studies and the Global South“, der im Mai 2015 an der Universität Köln abgehalten wurde), war Kevin Andersons „Marx at the Margins“, erschienen 2010 mit der Absicht, Marx' Bemerkungen zur „nicht-europäischen Welt“ (S. 8) zu dokumentieren.

## **Altbackenes aufgewärmt**

Texte von Chibber und Anderson formen den ersten Teil des Bandes. Kurz gesagt, sie enttäuschen. Es gibt nichts gegen Kritik an postmodernem Gebrabbel einzuwenden, nichts gegen einen Fokus auf die Arbeiterklasse und nichts gegen den Versuch, „die Welt als Ganzes zu verstehen und nicht in unendlichen, unvergleichbaren Partikularitäten und Fragmenten scheinbar aufzulösen“ (Wemheuer in der Einleitung, S. 29). Aber durchaus gegen anderes.

Erstens ist es ärgerlich, Altbackenes als neu zu präsentieren, vor allem, wenn dies im Kontext akademischer Hahnenkämpfe geschieht. Ja, Debatten wiederholen sich, und das soll auch so sein, wenn Probleme ungelöst bleiben, jüngere Generationen sich ihrer annehmen und veränderte gesellschaftliche Bedingungen neue Formulierungen alter Problemstellungen rechtfertigen. Aber so zu tun, als hätte man ein Schlachtfeld eröffnet, das es schon lange gibt, ist unlauter. Die Kritik, die Chibber an den von ihm verpönten Strömungen formuliert, ist im Grunde keine andere, als jene, die von Marxist\_innen seit dem Aufkommen des Poststrukturalismus formuliert wird: Der Blick auf das Spezifische verunmöglicht den Blick auf die großen Zusammenhänge und damit auch eine Theorie und Praxis, die gegen diese vorgehen kann. Die sich daraus ergebende Diskussion ist wichtig, und rundum befriedigende Antworten sind offenbar schwierig zu finden, aber die Argumente sind seit langem dieselben und Chibber fügt ihnen keine neuen hinzu.

Wenn Kevin Anderson zweitens zu belegen versucht, dass Marx gar nicht so eurozentristisch war, wie ihm das von postkolonialen Schmierfinken angeblich

vorgeworfen wird, dann ist das irgendwie interessant, irgendwie aber auch scheißegal. Ich fühlte mich nach der Lektüre seines Textes vor allem darüber erleichtert, mich angesichts fehlender marxistischer Selbstdeklarationen an Debatten dieser Art nicht beteiligen zu müssen.

Drittens hinterlassen Chibbers Beiträge (ein Interview, ein Aufsatz) vor allem Fragezeichen. So beklagt er sich darüber, „wie tief die Linke gefallen und wie weit die intellektuelle Kultur heruntergekommen ist“ (S. 91). Gleichzeitig erklärt er in seiner Kritik an den Theoretiker\_innen der Subalternen Sachen wie: „Ich teile die Ansicht, dass es einige gemeinsame Interessen und Bedürfnisse gibt, die Menschen in verschiedenen Kulturen teilen.“ (S. 61) Wer, um Himmels willen, tut das nicht? Menschen essen und schlafen ungeachtet ihres kulturellen Milieus, sie haben es gerne, wenn sie gerecht und freundlich behandelt werdet, und sie interessieren sich für ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen. Entweder wird hier mutwillig karikiert oder Schabernack getrieben oder Chibber muss wirklich vor der eigenen Haustür kehren, bevor er sich über die mangelnden intellektuellen Kapazitäten anderer beschwert.

## **Sinnvolles Verständnis von Universalismus**

Keiner dieser Punkte ändert etwas daran, dass „Marx und der globale Süden“ wichtige Fragen aufwirft: Gibt es wirklich keine Arbeiterklasse mehr? Was bedeutet die Verlagerung der industriellen Produktion in den globalen Süden? Welche Rolle spielt der Marxismus in den betroffenen Ländern? Felix Wemheuers Einleitung, die diese Fragen – und andere – umreißt, ist sehr gelungen, zumal der Autor den verbalen Jongleuren der Postmoderne beweist, dass man komplizierte Zusammenhänge durchaus auch verständlich formulieren und vermitteln kann. Frech wird es jedoch am Ende, wenn Wemheuer meint, „die Dekonstruktion von Herrschafts- und Machtverhältnissen gelang den Postmodernen Theorien ohnehin nur auf dem Papier“ (S. 29). Bei aller Begeisterung für Marx und die Welt als ganze kann postmodernen Theorien nicht abgesprochen werden, viel zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von LGBT-Personen oder rassifizierter Minderheiten beigetragen zu haben. Die metaphorische Kirche sollten auch Marxist\_innen im Dorf lassen.

Der zweite und dritte Teil des Buches entschädigen zum Glück für die Aussetzer des ersten. Im zweiten Teil werden interessante historische Fragen zu Sklaverei und ursprünglicher Akkumulation sowie zum Marxismus in Lateinamerika besprochen. Der dritte Teil bietet Fallstudien zu den Klassenverhältnissen in China, Indien und Südafrika. Anstatt sich in der Verteidigung von Säulenheiligen zu ergehen oder eitle akademische Scharmützel zu führen, nähern sich diese Texte den entscheidenden Fragen einer den Kapitalismus herausfordernden globalen Klassenpolitik und machen das Buch lesenswert. Besonders hervorzuheben sind die Beiträge von David Mayer zu Lateinamerika und von Reinhart Kößler zu „Lohnnexus, Prekariat, globale Arbeiterklasse und soziale Kämpfe“.

Mayer formuliert die klügsten Gedanken des Buches zum Verhältnis von Marxismus und Universalismus. Er beschreibt den Marxismus als „globales Geflecht von wechselseitigen Referenzen (...), das polyzentrisch war und Transfer- und Austauschdynamiken umfasste“, beziehungsweise als „universalisiertes Phänomen, dem man nur durch eine globalgeschichtliche Sicht gerecht werden kann“. Er verweist auf die vielen mit dem Marxismus verbundenen „Grenzüberschreitungen“ und die Tatsache, dass ein zu starker Fokus auf regionale Marxismus-Adaptionen zu „Essentialisierung, (Selbst-)Exotisierung und Provinzialisierung“ (S. 149) führen kann. Zwar löst das nicht die Frage auf, ob in einer europäisch kolonisierten Welt nicht alles irgendwie eurozentrisch ist, aber es deutet ein auf dieser Grundlage sinnvolles Verständnis von Universalismus an.

Kößler analysiert ein solches Verständnis zwar etwas schleppend, aber präzise, mit Blick auf eine mögliche „globale Arbeiterklasse“, die es in gewisser Hinsicht gibt und dann doch wieder nicht. Zum etwa von Karl Heinz Roth verwendeten Begriff des „Multiversums“, der versucht, die Vielfältigkeit globaler Arbeitsverhältnisse einzufangen, schreibt er: „Dies ist zweifellos ein wertvoller Anstoß, die beschränkte Fixierung auf das klassische Proletariat zu überwinden. Es bleibt aber das Problem, dass die genaue Beziehung aller dieser Verhältnisse zum Kapital oder auch zueinander wenig geklärt ist.“ (S. 309)

Nicht nur diese Erkenntnis bestätigt, dass viel zu tun bleibt, um auf der Basis der vorliegenden Analysen effektive globale Widerstandsmöglichkeiten zu entwickeln. Unaufgeregte Diskussion und Kooperation dienen dem eher, als

mit Chibber von „Armeen von Doktoranden“ zu fabulieren, die im Pluralisierungseifer Vorstellungen infrage stellen, die „fast zwei Jahrhunderte lang in der Linken allgemein anerkannt“ wurden (S. 69, 71). Als wäre das ein Argument für irgendwas.

Felix Wemheuer (Hg.) 2016:  
Marx und der globale Süden.  
PapyRossa, Köln.  
ISBN: 978-3894-386054.  
326 Seiten. 19,90 Euro.

**Zitathinweis:** Gabriel Kuhn: Decolonize Marx? Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/xvDne>.

# Die Stimme einer unvollendeten Revolution



## AfricAvenir

Thomas Sankara - Die Ideen sterben nicht!  
Reden eines aufrechten und visionären  
Staatsmannes

*Die Reden des Revolutionärsführers Burkina Fasos,  
Thomas Sankara, sind erstmals auf Deutsch erschienen.*

Rezensiert von [Christian Stache](#)

Kurz vor dem 30. Jahrestag der Ermordung Thomas Sankaras am 15. Oktober 2017 sind erstmals 17 seiner außerordentlich wortgewandt, teils humoristisch vorgetragenen Reden und sein letztes bekanntes Interview in deutscher Sprache erschienen. Sankara ist der Kopf einer panafrikanischen und sozialistischen Bewegung, die am 4. August 1983 mit einem Militärputsch die Regierung in der ehemaligen französischen Kolonie Obervolta übernimmt. Im Anschluss daran initiiert der zum damaligen Zeitpunkt erst 33-jährige Hauptmann Sankara, dessen rotes Barett und Militäruniform zu seinen Markenzeichen werden, in dem kleinen westafrikanischen Land, das wirtschaftlich eines der ärmsten der Welt ist, eine grundlegende „wirtschaftliche, soziale und kulturelle Transformation der Gesellschaft“ (S. 57). Im Zuge dessen wird – am ersten Jahrestag der Revolution 1984 – auch aus Obervolta „das Land der aufrechten Menschen“ (S. 10), Burkina Faso, und Sankara dessen erster Präsident. Das Buch ist, gleichermaßen politisch anspruchsvoll und ästhetisch ansprechend, eine posthume Ehrung des Che Guevara Afrikas.

Mit Ausnahme einer Rede, die der Revolutionsführer kurz vor dem Umsturz hält, stammen alle im Band dokumentierten Reden aus der vierjährigen

Periode des Aufbruchs. Ihnen ist einleitend eine stark komprimierte Biographie und ein kurzer Essay über Sankaras Rolle als „Vorreiter aktueller Kämpfe“ des französischen Sankara-Biographen Bruno Jaffré vorangestellt. Jaffré und die deutschen HerausgeberInnen interpretieren den Sturz des burkinischen Diktators Blaise Compaoré – einst als zweiter Mann im Staat Verbündeter Sankaras, dann dessen Widersacher und schließlich beteiligt an dessen Ermordung – im Herbst 2014 als eine Folge der politischen Renaissance sankarischer Ideen. Vor jedem Redemanuskript skizziert Jaffré zudem auf einer Seite die historische Konstellation, in der Sankara die jeweils nachfolgend abgedruckten Worte spricht. Schließlich hat Jaffré auch das Schlusswort beige-steuert. In seinem Aufsatz „Was wissen wir über die Ermordung von Thomas Sankara?“ vertritt der Autor die plausible Hypothese eines internationalen Komplotts mit dem Ziel, Sankara umbringen zu lassen. An diesem sollen die USA, Frankreich und mehrere afrikanische Staaten beteiligt gewesen sein. Diese wissenschaftlich-politischen Erläuterungen erleichtern die Lektüre ungemein, insbesondere wenn die Vorkenntnisse der LeserInnen begrenzt sind.

## **Endstation Bolibana**

Bereits in der prärevolutionären Etappe, als Obervolta von heftigen Auseinandersetzungen und mehreren Staatsstreichern erschüttert wird, zeigt sich Sankaras scharfsinnige Beobachtungsgabe und seine politisch-ideelle Bildung. Die Einflüsse der Dependenztheorie, der Weltsystemanalyse und des maoistischen Marxismus sind unverkennbar. In der Rede „Wer sind die Feinde des Volkes?“ analysiert Sankara die politisch-ökonomischen Kräfteverhältnisse mit Blick auf eine progressive Entwicklung sorgsam. Er macht die herrschenden Klassen innerhalb und außerhalb Obervoltas für die miserable Lage im Land verantwortlich. „Die Feinde im Inneren [...] sind all jene, die sich auf unlautbare Weise bereichert haben, indem sie von ihrem sozialen, von ihrem bürokratischen Status profitiert haben“ (S. 23) – die obervoltaische Bourgeoisie und „die traditionellen, feudalen Strukturen der Gesellschaft“ (S. 50). Sankara denunziert Seilschaften, Korruption, Bestechung, Betrug, Klientelismus auf der Basis von Traditionalismus und Spiritualismus der einheimischen PolitikerInnen rücksichtslos. Auf diese „Verräter“ (S. 24) stützten sich die Feinde außerhalb des Landes: „der Neokolonialismus und der Imperialismus“ (ebd.), den vor allem die Staatsapparate und Konzerne

Frankreichs und der USA verkörpern. Diese doppelte Frontstellung gegenüber inneren und äußeren GegnerInnen wird bis zum Ende eine zentrale Figur in Sankaras Diskurs bleiben. Im Jahr 1983 ist er aber zuversichtlich, die Ausplünderung Obervoltas beenden zu können. Ouagadougou, die obervoltaische und spätere burkinische Hauptstadt, werde „das Bolibana des Imperialismus, also das Ende seines Eroberungszugs“ (S. 25) sein.

## **Die demokratische Volksrevolution**

Vorübergehend sieht es auch so aus, als ob Sankara Recht behalten könnte. Anfang Oktober 1983, zwei Monate nach der erfolgreichen Regierungsübernahme, kann er in Ouagadougou die „Rede zum politischen Kurs“ (S. 40f.) halten. Sankara bezeichnet sie später als „unser Manifest“ (S. 233). Er betont die historische Bedeutung der „Augustrevolution“ (S. 52). Für die neue Regierung steht sie in einer Linie mit dem Kampf für die Dekolonisation des Landes, die Frankreich 1960 gewährte, die aber bislang nichts anderes als „eine Neujustierung der Herrschaft und dessen Ausbeutung“ (S. 44) sei.

Der Umbruch unter Sankaras Führung geht darüber hinaus. Er sei „zum einen eine demokratische Revolution und zum anderen eine Revolution des Volkes“ (S. 52), wobei Sankara in der Tradition des traditionellen Marxismus das „Volk“ ausdrücklich als klassentheoretischen Sammelbegriff versteht. In Burkina Faso setze es sich aus der kleinen Arbeiterklasse, dem Kleinbürgertum, den Bauern und dem Lumpenproletariat zusammen. Die demokratische Volksrevolution, so konstatiert Sankara realistisch, „ist antiimperialistisch, vollzieht sich aber noch in den Grenzen des bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems“ (S. 53), das heißt sie ist (noch) keine sozialistische oder kommunistische.

## **„In Burkina produzieren und konsumieren“ – eine unabhängige Wirtschaft**

Nichtsdestotrotz reicht das Programm des revolutionären Burkina Fasos aus, um das Blut seiner WidersacherInnen im Land ebenso wie in Paris und Washington in Wallung zu bringen. Kein Stein sollte auf dem anderen bleiben.

Die „sozioökonomische Basis der obervoltaischen Gesellschaft“ (S. 59) werde in Frage gestellt, um dem Volk „schrittweise eine effektive Kontrolle von Produktion und Verteilung“ (S. 65) zu ermöglichen und die Menschen zu ernähren. „Denn ohne echte Kontrolle der Wirtschaftskreisläufe ist es praktisch unmöglich, eine unabhängige Wirtschaft des Volkes aufzubauen“ (ebd.). In seinem Statement beim 25. Gipfel der Organisation Afrikanischer Einheit am 29. Juli 1987, der vielleicht bekanntesten Rede Sankaras, ruft das burkinische Staatsoberhaupt seine Kollegen daher auch leidenschaftlich dazu auf, die Verbindungen zum Weltmarkt auf das Nötigste zu reduzieren: Lasst uns „in Afrika produzieren, in Afrika verarbeiten, in Afrika verbrauchen“ (S. 216).

Dazu sei es aber nötig, die Rückzahlung der Auslandsschulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank einzustellen, die eine Folge des Kolonialismus und anschließend zum „Mittel einer geschickt organisierten Rekolonisierung Afrikas“ (S. 212) seien. Auch die subtileren, hinterlistigeren Methoden der Fremdbestimmung, wie zum Beispiel die Entwicklungshilfe beziehungsweise -zusammenarbeit und die mit ihnen transportierten Entwicklungsmodelle, gelte es zurückzuweisen, wie Sankara in seinem Referat zum dritten Jubiläum der Revolution am 4. August 1986 ausführt.

Dies bedeute auch, dass die einheimischen Eliten zu ihrem großen Ärger auf einen Teil ihres Luxus' zum Wohle aller verzichten müssten. Sankara geht mit gutem Beispiel voran. Die „Erklärung zu meinen Eigentumsverhältnissen vor der Volkskommission zur Vorbeugung von Korruption“ vom 19. Februar 1987 zeigt, dass Sankara „zweifelloso einer der ärmsten Präsidenten der Welt“ (S. 172) ist. Ähnlich wie der ehemalige uruguayische Präsident, Ex-Tupamaro Pepe Mujica, im neuen Jahrtausend verzichtet Sankara zum Beispiel auf eine schicke Dienstkarosse. Statt eines Rollers, den Mujica bevorzugt, fährt Sankara im Renault 5 zum Präsidentenpalast.

## **Befreiung der Frau, Naturschutz und antiimperialistischer Internationalismus**

Im neuen Burkina Faso ist die Befreiung der Frau von Beginn an „eine Hauptachse des Kampfes“ (S. 193). In Sankaras vergleichsweise ausführlichen Ansprache zum Internationalen Frauentag am 8. März 1987 konstatiert er,

dass die Kulturrevolution, die „die Machtverhältnisse zwischen Mann und Frau tiefgreifend ändert“ (S. 178), zwar „noch unzureichend“ (S. 195) sei. Aber die Maßnahmen der Regierung, wie etwa das Verbot der Beschneidung und von Zwangsehen, die Gründung von Frauenorganisationen, Alphabetisierungsprogramme speziell für Frauen usw., hätten „ein Stück des Weges geebnet“ (ebd.). Deshalb könne sich sein Land „als Vorreiter im Kampf um die Befreiung der Frau bezeichnen“ (ebd.), jedoch „bei Weitem noch nicht mit sich zufrieden sein“ (S. 196).

In seinen knappen Ausführungen zur Umweltkonferenz SYLVA am 5.-7. Februar 1986 in Paris legt Sankara ferner prägnant dar, dass es das Ziel seiner Regierung sei, „den Baum zu retten, die Umwelt und das Leben schlechthin“ (S. 113). Tatsächlich hat sie zahlreiche Schritte zur Wiederaufforstung, zur besseren Wasserversorgung, zum Schutz der Wälder und zur Eindämmung der Wüstenbildung unternommen. Sankara weiß aber auch, dass die maßgeblichen ökologischen Zerstörungen auf das Konto der kapitalistischen Zentren gehen und dort gelöst werden müssen. Der „Kampf für Baum und Wald ist vor allem ein antiimperialistischer Kampf. Denn der Imperialismus ist der Pyromane unserer Wälder und Savannen“ (S. 115).

International setzt sich Sankara wiederholt für eine „neue Weltwirtschaftsordnung“ ein. Während seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 4. Oktober 1984 fordert er sie „im Namen all derer, die irgendwo leiden“ (S. 86) ein. Anschließend lobt er die Oktoberrevolution von 1917, solidarisiert sich mit Kuba, „den Kameraden in Nicaragua“ (S. 88) und den „Kämpfern, Männern wie Frauen, dieses wunderbaren palästinensischen Volkes“ (S. 91). In einem berühmt gewordenen Zwiegespräch mit dem damaligen französischen Präsidenten François Mitterrand und in seiner Ansprache beim Treffen der Blockfreien Staaten im Herbst 1986 prangert Sankara unverblümt und mutig das Apartheid-Regime Südafrikas und dessen Unterstützung durch Frankreich an. Die Burkinabè wollten, so Sankara vor den UN, „die Erben aller Revolutionen der Welt sein, aller Freiheitskämpfe der Völker der Dritten Welt“ (S. 89).

# Die unvollendete Revolution

Doch die „Revolution à la Burkinabè“ (S. 244) blieb unvollendet, wie der ägyptische Weltsystemtheoretiker Samir Amin, ein Wegbegleiter Sankaras, rückblickend schreibt. Bereits in den beiden letzten im Band wiedergegebenen Redemanuskripten thematisiert Sankara die Widersprüche zwischen den Revolutionären. Er kritisiert politische Fehlentscheidungen seiner Regierung, räumt persönliche Fehler öffentlich ein, mahnt aber auch zur politischen Einheit auf Basis der „Rede zum politischen Kurs“ und antizipiert „die Konterrevolution“ (S. 225), die bereits in vollem Gange ist.

Sankara wird am 15. Oktober 1987 ermordet. Mit seinem Ableben werden die Uhren in Burkina Faso wieder auf die Zeit vor der Revolution zurückgestellt. Der Sturz des Diktators Blaise Compaoré, der Sankara nachfolgte und 27 Jahre an der Macht blieb, rechtfertigt möglicherweise nachträglich Sankaras Vertrauen in das Volk der Burkinabè, das in der Losung zum Ausdruck kam, mit der er jede seiner Reden schloss: „Vaterland oder Tod, wir werden siegen!“

AfricAvenir 2016:

Thomas Sankara - Die Ideen sterben nicht!. Reden eines aufrechten und visionären Staatsmannes.

AfricAvenir International, Berlin.

ISBN: 978-3-946741-00-8.

268 Seiten. 15,90 Euro.

**Zitathinweis:** Christian Stache: Die Stimme einer unvollendeten Revolution.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/XskWy>.

# Globalgeschichte nicht nur für Historiker\_innen



**Akira Iriye, Jürgen Osterhammel (Hg.)**  
Geschichte der Welt  
Wege zur modernen Welt 1750-1870

*Ein neues Überblickswerk über die Geschichte des 19. Jahrhunderts zeigt die Chancen und Nachteile der globalgeschichtlichen Perspektive.*

Rezensiert von [Lino Schneider-Bertenburg](#)

Globalgeschichte liegt im Trend. Spätestens seit Jürgen Osterhammels „Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts“ aus dem Jahr 2009 ist diese im englischen Sprachraum schon länger etablierte Sparte der Geschichtswissenschaften auch voll und ganz in Deutschland angekommen. Die Globalgeschichte zwischen 1750 und 1870 wird nun im 2016 erschienenen vierten Band der „Geschichte der Welt“ behandelt – herausgegeben von Akira Iriye und Jürgen Osterhammel.

Ein Werk, welches einen so großen Zeitraum umfasst und dies gleichzeitig unter Verwendung einer globalhistorischen Perspektive angeht, muss zwangsläufig Lücken und damit wohlfeile Kritik in Kauf nehmen. Vorab nur Lob: Den vier Autoren des Bands, Cemil Aydin, R. Bin Wong, Sebastian Conrad und Jürgen Osterhammel gelingt es, den Phänomenen des 19. Jahrhunderts so auf den Grund zu gehen, dass auch für Leserinnen und Leser ohne große Vorkenntnisse genügend Anknüpfungspunkte für eine gewinnbringende Lektüre bestehen. Das betrachtete Jahrhundert wird dabei trotz der Eingrenzung bis zum Jahr 1870 in vielen Bereichen komplett abgedeckt.

Wenn es um einprägsame Einzelschicksale geht, wie jenes von Joseph Bologne, dem berühmten Fechter, Violinisten und Komponisten aus Frankreich, der eigentlich aus Guadeloupe stammte und sich für die Abschaffung des Sklavenhandels engagierte, wird klar, wie global die Jahre von 1750 und 1870 für zeitgenössische Biographien konkret sein konnten. Sobald der Text aber von Einzelschicksalen und Details absieht, erreicht er mitunter ein Abstraktionsniveau, das es erschwert, sich die komplexen Prozesse der einsetzenden Globalisierung, der Industrialisierung sowie den Wandel und die Konstruktion von Kulturen und Religionen vorzustellen – aber dies hängt zwangsläufig zusammen mit der globalhistorischen Perspektive. Das in dieser Hinsicht besonders positiv hervortretende Kapitel ist jenes zur „Kulturgeschichte globaler Transformation“ von Sebastian Conrad, welches sich vor allem durch eine anschauliche Sprache auszeichnet.

Die Herausforderung der Globalgeschichte liegt in der richtigen Darstellungsweise: Übergreifende strukturelle Phänomene, die den Wandel antrieben und bis heute antreiben, müssen so veranschaulicht werden, dass die Ausmaße der Transformationsprozesse vorstellbar werden – das langsame Produktivitätswachstum in der Landwirtschaft, die Entstehung leistungsfähiger Industrien, die Geburt des Nationalismus und seine Rolle als zunehmende politische Antriebskraft. Erst im späten 19. Jahrhundert war es möglich, Ozeane zu überqueren, auch wenn der Wind nicht wehte und Nachrichten durch Telegraphie innerhalb von Stunden anstatt von Wochen zu überbringen. Mit der beginnenden Industrialisierung erreichte die Menschheit ein Wohlstandsniveau, das für die privilegierten Teile der Welt den langsamen Abschied von materieller Not in Friedenszeiten bedeutete. Gleichzeitig entstand der moderne Kapitalismus, der ein neues Machtgefälle zwischen Lohnarbeit und Kapitalbesitz schuf – eine nie geahnte Ungleichheit trat hinzu.

Immer wieder sind im Buch Denkanstöße zu finden, die neues Licht auf bekannte Fragestellungen werfen: So sind die Jahre 1750 bis 1870 auch die Jahre, in denen sich weltumspannende Imperien entwickelten. Diese profitierten eben nicht von einem gleichmacherischen Nationalismus, sondern von der Vielfalt ihrer Bestandteile. Nationalistische aber auch vor allem religiöse Bewegungen wie der Taiping-Aufstand in China von 1851 bis 1864 oder der indische Aufstand von 1857 konnten ihre destabilisierende Wirkung innerhalb der Imperien dann entfalten, wenn sie auf die Unterschiede

innerhalb der Gesellschaften hinwiesen und diese mit einer sozialen und religiösen Forderung verbanden. So liegen in diesen Bewegungen die Keimzellen für Unabhängigkeitsbestrebungen, die sich freilich erst im 20. Jahrhundert durchzusetzen vermochten. Vorerst behielten die Imperien die Oberhand, solange sie die eigene Legitimität glaubhaft vermitteln und militärisch stützen konnten. Eine mögliche Antwort darauf aus Sicht der von den Imperien beherrschten Kulturen bot die Regionalisierung, also die Konstruktion regionaler Identitäten. So entstanden Gemeinschaften, die auf imperiale Infrastrukturen angewiesen waren, während sie gleichzeitig immer vehementer Gegenmodelle zu imperialer Herrschaft entwickelten. Dies geschah jedoch ausdrücklich unter Verwendung europäischer Politikmodelle. Das internationale Recht wurde auch in den nicht-europäischen Gesellschaften ernst genommen und schon bald gegen seine europäischen Urheber verwendet. So wurde laut Cemil Aydin „der Kampf gegen den rechtlich kodifizierten Imperialismus zu einer Triebfeder der Universalisierung des Völkerrechts“ (S.129).

Es geht in diesem Werk nicht um eine Unterdrückungsgeschichte der kolonialisierten Völker. Zwischen Britannien und Indien oder Frankreich und Algerien und innerhalb der betroffenen Gesellschaften verschoben sich die Machtverhältnisse durch westliche Einflüsse – mit ganz unterschiedlichen Auswirkungen. Das war allerdings ein Wechselspiel, der Begriff der „multiple modernities“ soll auf dieses komplexe Spannungsverhältnis hinweisen und eine allzu eurozentrische Sichtweise korrigieren, die den kolonialisierten Völkern eigenständige Handlungsperspektiven abspricht. Ein Beispiel: Die Aufklärung war nie ein rein europäisches Phänomen, sie dauerte viel länger an als bis ins frühe 19. Jahrhundert und war ein globaler Faktor mit ganz unterschiedlichen Ausprägungen, bis hin zur japanischen Aufklärung, die mit dem Begriff kaika bezeichnet wird und sich erst gegen Ende des Jahrhunderts durchsetzte.

Da sich das Buch die „Geschichte der Welt“ vorgenommen hat, bleiben natürlich Fragen offen: Warum spielt die skandinavische Geschichte keine wirkliche Rolle darin und weshalb wird dem atlantischen Sklavenhandel ein so viel größerer Raum gegeben als dem orientalischen Sklavenhandel? Kriegerische Konflikte und die Verbreitung von Waffentechniken und Kampfaktiken hätten ebenfalls eine tiefere Betrachtung verdient gehabt. Die

berechtigte Kritik darf aber auch den Überblickscharakter des Werks nicht ignorieren. Klar ist: Man bekommt einen beeindruckenden Überblick, wenn man die 836 Textseiten durchgelesen hat. Eines Eindrucks konnte ich mich nicht erwehren: Sieht man im Jahr 2017 als Leser\_in einer „Geschichte der Welt“, die den Prozess der Globalisierung schon im 19. Jahrhundert verortet, vielleicht einer historischen Entwicklung entgegen, die sich als Deglobalisierung bezeichnen lässt? Sind die eng geknüpften weltwirtschaftlichen Netze und die globale Kommunikation auf ihrem Zenit angelangt? Es spricht dafür, dass die Bevölkerungen in den industrialisierten Ländern sich angesichts der Nachteile des „Freihandels“, ihrer durch den kulturellen Wandel verunsicherten Identitäten und vieler anderer Faktoren, die zu Recht oder zu Unrecht der Globalisierung zugeschrieben werden, gegen diesen Prozess gewandt haben und ihn nicht mehr mittragen: Brexit, Trump, Kaczyński, Orbán, Rodrigo Duterte, Erdogan, Putin, Le Pen und der fleißig übende Björn Höcke. Die autoritäre Politik kehrt zurück und sie will sich gegen den „Globalismus“ wenden, also die Vorstellung des zunehmenden Machtverlusts des Nationalstaats angesichts der politischen und wirtschaftlichen Globalisierung. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Globalisierungsprozesses zeigt, dass dieser zu jeder Zeit ambivalent war, Ungleichzeitigkeiten hervorrief und Aufholprozesse stimulierte, die nicht selten in historische Einbahnstraßen mündeten. All diese Entwicklungen vollzogen sich jedoch nicht automatisch-mechanisch durch Marktgesetze oder Modernisierungszwänge: Sie wurden von den Menschen und ihren Wahrnehmungen bestimmt, die strukturellen Wandel erst möglich machten und dadurch gleichzeitig wieder neue Impulse erhielten. Für eine fortschrittliche Globalisierungskritik erlaubt diese Perspektive vor allem die Schlussfolgerung in zukünftigen Auseinandersetzungen weder einen naiven ökonomischen Determinismus zu vertreten, noch ökonomische Ursachen angesichts kultureller Phänomene auszublenden und eine Analyse zu wagen, die kulturelle und ökonomische Faktoren gleichrangig mit einbezieht. Denn das täglich neu verhandelte Narrativ über den Wandel wird letztendlich über sein Wesen entscheiden.

Akira Iriye, Jürgen Osterhammel (Hg.) 2016:  
Geschichte der Welt. Wege zur modernen Welt 1750-1870.  
C. H. Beck Verlag, München.  
ISBN: 978-3-406-64104-6.  
1002 Seiten. 49,95 Euro.

**Zitathinweis:** Lino Schneider-Bertenburg: Globalgeschichte nicht nur für Historiker\_innen. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/H4KRi>.

# Die Geburt des kapitalistischen Weltsystems



**Immanuel Wallerstein**

Das moderne Weltsystem I

Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft

*Im ersten Band seines vierteiligen Werks behandelt Immanuel Wallerstein den Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Klassenherrschaft und Mehrwertaneignung und die Entstehung des kapitalistischen Weltsystems, das sich zwischen 1450 und 1640 zunächst als europäische Weltökonomie entwickelt.*

Rezensiert von [Christin Bernhold](#) und [Christian Stache](#)

Karl Marx unterteilte die Vorgeschichte der befreiten Gesellschaft in „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ rückblickend in die asiatische, antike, feudale und moderne bürgerliche Produktionsweise. Seine geistigen Kräfte konzentrierte er schließlich darauf, die kapitalistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu ergründen und sie „in ihrem idealen Durchschnitt“ (MEW 25: S. 839) logisch-systematisch darzustellen.

Immanuel Wallerstein, U.S.-amerikanischer Professor für Soziologie und Senior Research Scholar an der Yale University, erforscht und beschreibt in seinem vierteiligen Werk hingegen mit Bezug auf die maßgeblich von Fernand Braudel inspirierte französische Historiker-Schule der Annales den historischen Verlauf der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Denn „sofern wir eine Welt mit mehr Gleichheit und mehr Freiheit wollen, müssen wir die Bedingungen, unter denen diese Verhältnisse verwirklicht werden können, verstehen“ (S. 23). Ein solches Unternehmen, so Wallerstein, „verlangt zuallererst einmal eine klare Darstellung des Charakters und der Entwicklung des modernen Weltsystems bis heute.“

Gemeinsam mit Samir Amin und seinen bedauerlicherweise bereits verstorbenen Kollegen André Gunder Frank und Giovanni Arrighi hat Wallerstein im Zuge dieses anspruchsvollen Vorhabens die sogenannte Weltsystemanalyse entwickelt. Sie bildet bis heute das intellektuelle Grundgerüst einer der einflussreichen Strömungen des marxistischen Denkens, deren VertreterInnen den antiimperialistischen Bewegungen bis heute auch politisch in Solidarität verbunden sind.

## **Vom Feudalismus zum kapitalistischen Weltsystem**

Im ersten Band zeichnet Wallerstein den Ursprung und die erste Phase des Kapitalismus als Weltsystem – zunächst existent als europäische Weltwirtschaft – nach. Voraussetzung seiner Entstehung ist „die Krise des westlichen Feudalismus im 14. und 15. Jahrhundert“ (S. 42). Sie ist der Kristallisationspunkt eines „Jahrhunderttrends“, der in der Erschöpfung der feudalen Produktionsweise mündet – erkennbar an mangelnder Produktivität der Landwirtschaft und an Bauernaufständen –, einer zyklischen ökonomischen Krise und einer Klimaverschlechterung am Ende des Mittelalters.

Auf den Trümmern der alten feudalen Gesellschaft bildet sich ein „historisches Novum“ (S. 27): zwischen 1450 und 1640 entsteht „auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise“ (S. 99) „eine europäische Weltwirtschaft“ (S. 27). Der Kapitalismus wird als Handelskapitalismus zur „herrschenden sozialen Organisationsweise der Wirtschaft“ (S. 109) und löst die Krise des Feudalismus. Die neue Form der Mehrwertaneignung basiert nicht mehr auf der direkten Aneignung des landwirtschaftlichen Surplus (Tribute oder feudale Renten). Was sich nun stattdessen entwickelt, ist eine „Aneignung des Surplus mittels eines Weltmarktmechanismus“ – basierend auf ungleicher Entwicklung und einer internationalen Arbeitsteilung zugunsten der kapitalistischen Zentren. Unterstützt wird diese neue Form der Ausbeutung von „Staatsapparaten, von denen keiner den Weltmarkt in seiner Gesamtheit“ (S. 46f.) kontrolliert. Die aufsteigende europäische Weltwirtschaft „war ein in seiner Art einmaliges Sozialsystem, das noch heute den Grundzug des

modernen Weltsystems bildet.“ Sie ist „eine wirtschaftliche, keine politische Entität“ (S. 27). Wallerstein spricht von einem

*„Weltsystem, nicht weil es die ganze Welt umschließt, sondern weil es größer ist als jede juristisch definierte politische Einheit. Und es ist deshalb eine Weltwirtschaft, weil die Verbindung zwischen den Teilen des Systems vor allem eine ökonomische ist – freilich durch kulturelle Bindungen zu einem gewissen Maß verstärkt, zuweilen auch (...) durch politische Arrangements und Bündnisse“ (S. 27, Herv. i. O.).*

Die Weltwirtschaft ist also eine Erfindung der modernen Welt und der Kapitalismus ist nur, folgt man Wallerstein, „innerhalb des Rahmens einer Weltwirtschaft möglich“ (S. 59). Andersherum ist die kapitalistische Produktionsweise die entscheidende (wenn nicht einzige) Variable für die Expansion der europäischen Weltökonomie. Denn seit sie einmal etabliert war, sei „das Überleben anderer 'Produktionsweisen' davon abhängig“, „wie gut sie sich dem vom Kapitalismus herrührenden politisch-sozialen Rahmen“ (S. 109) einfügten. Es treffe also nicht zu, dass

*„die beiden Formen der sozialen Organisation, die kapitalistische und die feudale, nebeneinander bestanden hätten oder hätten bestehen können. Die Weltwirtschaft hat die eine Form oder die andere. Wenn sie einmal kapitalistisch ist, dann werden die Beziehungen, die gewisse formale Ähnlichkeiten mit feudalen Beziehungen haben, in den Kategorien der herrschenden Prinzipien neu definiert. Dies traf sowohl auf die encomienda in Hispano-Amerika wie auf den sogenannten 'zweiten Feudalismus' in Osteuropa zu“ (S. 124, Herv. i. O.).*

Für die Etablierung der kapitalistischen Weltwirtschaft in Europa am Ende des Mittelalters sind laut Wallerstein vor allem drei geschichtliche Prozesse entscheidend gewesen: „eine Ausweitung des geographischen Umfangs der betreffenden Welt“ (S. 47), die mit der Inkorporation Amerikas durch Portugal und Spanien in die europäische Wirtschaft gelungen ist; „Arbeitskontrollmethoden, die für unterschiedliche Produkte und Zonen der Weltwirtschaft sehr abwechslungsreich sein mußten“ (S. 47), das heißt eine internationale Arbeitsteilung, und „relativ starke Staatsapparate in den Gebieten, die zu den Kernstaaten dieser kapitalistischen Weltwirtschaft werden sollten“ (S. 47), das heißt in Nordwesteuropa, dem „ökonomischen

Herzstück“ (S. 339) des Weltsystems, namentlich anfangs Spanien, im Laufe des 16. Jahrhunderts dann England, die Niederlande und „in gewissem Umfang Nordfrankreich“ (S. 135).

Neben dem europäischen Weltsystem existieren am Ende des Mittelalters und zu Beginn der Moderne auch andere Systeme, die eine eigene Welt umfassen, wie zum Beispiel in China. Diese Weltreiche oder Imperien sind Wallerstein zufolge aber keine *Weltwirtschaften*. Die europäische Weltwirtschaft zeichnet sich dadurch aus, dass es kein kohärentes politisches System innerhalb einer übergreifenden Ökonomie gibt, sondern eine Vielzahl von Staaten. Dies sei auch ein wesentlicher Grund für ihre Stabilität. Für Weltreiche hingegen sei es charakteristisch, dass nur „ein einziges politisches System über den Großteil des Gebietes“ (S. 518) vorherrscht und die Ökonomie einer starken Zentralgewalt untergeordnet ist. Die auf Tributen basierende, politische Herrschaft ausübende und zentralisierte Bürokratie hat in China funktioniert und kaum Ansatzpunkte für die Entwicklung einer kapitalistischen Ökonomie geliefert – anders als das feudalisierte Europa. Bis Mitte des 15. Jahrhunderts wurde also nur „in Europa, sonst aber nirgendwo, die Bühne für die Schaffung einer kapitalistischen Weltwirtschaft aufgebaut“ (S. 71).

## **Das Innenleben des Weltsystems: Zentrum, Semiperipherie und Peripherie**

Innerhalb der europäischen Weltwirtschaft haben sich also notwendig nicht alle politisch-ökonomischen Formationen gleich entwickelt. Die ungleiche Entwicklung bringt mindestens „drei Zonen der Weltwirtschaft“ (S. 71) hervor: Semiperipherie, Zentrum/Kern und Peripherie/„Satelliten“. Diese Teilung ist sowohl funktional (tätigkeitsbezogen) als auch geographisch. Zum Teil ist sie eine Folge „ökologischer Rücksichten“. Ausschlaggebend ist jedoch die Funktion der sozialen Organisation der Arbeit, das heißt „die Bandbreite der ökonomischen Aufgaben war im Weltsystem nicht gleichmäßig verteilt“ (S. 519). Entsprechend generieren verschiedene Formen der ökonomischen und staatlichen Organisation eine internationale Hierarchie – Ausbeutungsbeziehungen sind sowohl Resultat als auch Bedingung dieser ungleichen Entwicklung. Räumlich sind die drei Zonen nicht

notwendigerweise deckungsgleich mit Staaten. Vielmehr befinden sich Staaten in ihnen.

In den Zentren der europäischen Weltwirtschaft wird überwiegend „frei“ oder „freier“ (S. 135) in einer Kombination von Weidewirtschaft und Ackerbau sowie in der noch vergleichsweise kleinen Industrie gearbeitet.

Arbeitsbeziehungen, basierend auf direktem persönlichem Zwang, werden durch Formen der Lohnarbeit abgelöst. Die Staatsmaschinerien sind stark. Sie besitzen die Fähigkeit zur Ausbeutung weit entfernter „billiger“

Arbeitsmöglichkeiten und dienen auf der Basis eines Klassenkompromisses zwischen Grundherren und aufsteigender Bourgeoisie dazu, die „innerhalb des Weltsystems entstandenen Disparitäten zu schützen“, „die ideologische Maskierung und Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung dieser Disparitäten“ zu liefern und „gegenüber einzelnen Gesellschaftsgruppen innerhalb des Staates“ (S. 520) Interessen durchzusetzen. Die dafür notwendigen Staatsbürokratien werden erstmals in den Zentren in der Anfangsperiode des kapitalistischen Weltsystems geschaffen.

In den Gebieten der Peripherie, vor allem in Lateinamerika und Osteuropa, leistet die Mehrheit im 16. Jahrhundert „erzwungene verkaufsorientierte landwirtschaftliche Arbeit“ (S. 123), die Bauern arbeiten einen Teil ihrer Zeit auf staatlichen oder privaten Domänen oder die Menschen verrichten Sklavenarbeit. Die Staaten sind in der Peripherie schwach, „was von Nichtexistenz bis zu einem geringen Grad von Autonomie reichen kann“ (S. 520). Entscheidend für das Weltsystem ist: „Das Zentrum dominiert die Peripherie“ (S. 153). „Das Geheimnis des Erfolgs der Zentralgebiete einer Weltwirtschaft“ liegt Wallerstein zufolge darin, dass „sie ihre Industrieerzeugnisse gegen die Rohstoffe der peripheren Gebiete [...] tauschen“ (S. 285).

Die Semiperipherie nimmt „auf einem Kontinuum, das von Zentrum zu Peripherie reicht, einen mittleren Platz ein“ (S. 131), ist in einer Weltwirtschaft ein „notwendiges Strukturelement“ (S. 520) und keine Resterampe. In diesen Mittelgebieten, zu denen Zentren ab- und Peripherien aufsteigen können, findet im 16. Jahrhundert „Anteilswirtschaft“ (S. 131) statt. Grundherren vergeben ihr Land an Bauern, die dafür eine Pacht, zum Teil auch in Form von Naturalien, an die Grundherren entrichten. Politisch sind die Semiperipherien eine Art Puffer zwischen Zentrum und Peripherie.

Einerseits leiten sie den politischen Druck aus der Peripherie ab. Andererseits gelingt es ihnen nicht, die eigenen Interessen in die Zentren zu tragen. Wallerstein betitelt zum Beispiel Südfrankreich oder Norditalien des 16. Jahrhunderts als Teile der Semiperipherie.

Das europäische Weltsystem unterhält in seiner Frühzeit nach Außen zahlreiche Handelsbeziehungen, die „überwiegend auf dem Austausch von Kostbarkeiten beruhen“ (S. 450). Der daraus resultierende Profit ist durch den Handel beschränkt. Die politischen Formationen, die nicht Teil der Arbeitsteilung des Weltsystems sind, in jener Zeit zum Beispiel Russland, das Osmanische Reich und Asien, bezeichnet Wallerstein als „Außenarena“ (S. 450). Die „Grenzlinie zwischen Peripherie und Außenarena“ sei aber fließend und beweglich. Sie verschiebt sich also beständig.

## **Auftakt einer großen Erzählung**

Der opulente Einstieg in die Tetralogie über das moderne Weltsystem ist der Auftakt einer faszinierenden großen Erzählung: der Geschichte des Kapitalismus. Wallerstein ist ein begnadeter Erzähler mit messerscharfem Blick für die internationalen politisch-ökonomischen Strukturen und deren Evolution über lange Zeiträume – eine Qualität, auf die Linke und Linksliberale zunehmend freiwillig Verzicht leisten. Es ist wie bei jeder guten Reihe: Man muss einfach weiterlesen. Erst am Ende lässt sich ein Gesamturteil fällen. Dann sollte sich auch herausgestellt haben, ob die logische Priorisierung des Weltsystems gegenüber dem Kapitalverhältnis und der Ausbeutung von Lohnarbeit in Wallersteins Darstellung wirklich gerechtfertigt ist und inwiefern die Weltsystemanalyse „das wirkliche Verständnis für die soziale Dynamik der Gegenwart“ (S. 22) befördert.

Immanuel Wallerstein 2004:

Das moderne Weltsystem I. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft.

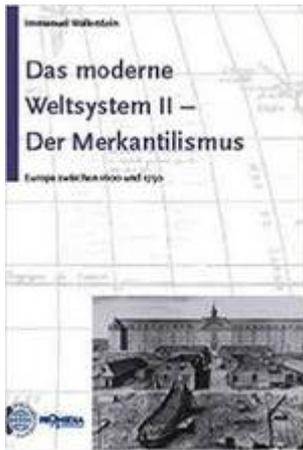
Promedia Verlag, Wien.

ISBN: 978-3-85371-142-2.

596 Seiten. 34,90 Euro.

**Zitathinweis:** Christin Bernhold und Christian Stache: Die Geburt des kapitalistischen Weltsystems. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/KFtpY>.

# Der erste Hegemoniezyklus im kapitalistischen Weltsystem



## Immanuel Wallerstein Das moderne Weltsystem II Der Merkantilismus

*Wallerstein analysiert im zweiten Band seines Hauptwerks die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems während des Aufstiegs und Niedergangs der niederländischen Hegemonie im langen 17. Jahrhundert.*

Rezensiert von [Christin Bernhold](#) und [Christian Stache](#)

In Teil I von Immanuel Wallersteins Werk „Das moderne Weltsystem“ zeichnet der Autor historisch nach, wie zwischen 1450 und 1650 auf den Trümmern der feudalen Produktionsweise das kapitalistische Weltsystem zunächst als europäische Weltwirtschaft entstanden ist. Gleichzeitig leitet er daraus theoretische Überlegungen ab, die auch für die Kritik der internationalen politischen Ökonomie heute zentral sind: Ungleiche Entwicklung beziehungsweise die Herausbildung von Zentren, Peripherien und Semiperipherien gehören zu ihr wie die Wolke zum Regen. (Eine ausführliche Rezension des ersten Teils erschien in [kritisch-lesen.de #37](#)).

Im zweiten Band des Vierteilers setzt Wallerstein nicht nur seine historische Erzählung fort, indem er die politisch-ökonomischen und kulturellen Verschiebungen innerhalb der Weltwirtschaft zwischen 1600 und 1750 darstellt. Er leistet auch eine Konkretisierung seiner „Theorie kapitalistischer Entwicklung“ (S. 7). Der zweite Teil ist „in vielerlei Hinsicht der entscheidende Band dieses Werks, da er eine bestimmte Vorstellung und Definition des

Kapitalismus als historisches System darlegt“ (S. I), innerhalb dessen sich einzelne Hegemoniezyklen herausbilden. Der erste hegemoniale Staat der europäischen Weltwirtschaft, deren „politischer Überbau“ im Gegensatz zu einem Weltreich aus einem internationalen System „angeblich souveräner Staaten“ (S. XI) besteht, waren die Niederlande.

## Die niederländische Hegemonie

Im Gegensatz zur Auffassung vieler Historiker, die Krise des 17. Jahrhunderts sei eine letzte Krise des Feudalismus gewesen, meint Wallerstein, es habe sich vielmehr um eine ökonomische Kontraktion „*innerhalb* einer funktionierenden (...) kapitalistischen Weltwirtschaft“ (S. 18, Herv. i. O.) gehandelt. Deren Entwicklung verlaufe dem Autor zufolge seit ihrer Entstehung in Zyklen: auf Perioden ökonomischer Expansion (A-Phasen) folgten Perioden der Kontraktion (B-Phasen). In der B-Phase zwischen 1600 und 1750 sei die Wirtschaft allerdings nicht geschrumpft – Wallerstein spricht vielmehr von Stagnation bei gleichzeitiger Verschärfung des wirtschaftlichen Ungleichgewichts. Das verlangsamte Wirtschaftswachstum habe so eine „Konzentration und erweiterte Akkumulation des Kapitals“ erlaubt (S. 19). Das gilt einerseits für die Entwicklung innerhalb von Staaten: Die bereits überwiegend kapitalistische Agrarwirtschaft durchlief einen starken Konzentrationsprozess. Andererseits wurden auch zwischen den Staaten die ökonomischen und politischen Disparitäten verstärkt. Zu den führenden Staaten entwickelten sich diejenigen Mächte des Zentrums, die auch ökonomisch dominierten: zuvorderst die Niederlande, dann England und Frankreich. Holland kam allerdings nicht friedlich empor. Das Land ging als Hegemonialmacht aus dem Dreißigjährigen Krieg hervor, der „sowohl politische Konsequenz als auch Symptom“ (S. 23) der ökonomischen Kontraktion gewesen sei.

Die Basis des Aufstiegs der Niederlande zum ersten Hegemon des kapitalistischen Weltsystems war ihr kohärenter „landwirtschaftlich-industrieller Produktionskomplex“ (S. 47). Dieser machte Holland um 1600 zum „wichtigsten Produktionszentrum der europäischen Weltwirtschaft“ (S. 48). Mit der Erfindung der Buse stach Holland England im Heringsfang aus und beherrschte den Schiffbau. Mit den charakteristischen Windmühlen habe

sich das Land zudem zum „Zentrum des hölzernen Maschinenzeitalters“ (S. 41) entwickelt.

Die Trümpfe in der Produktion bescherten Holland nacheinander auch die Vorherrschaft im Handel und im Finanzbereich. Mitte des 17. Jahrhunderts entwickelten sich die Niederlande zum „Lagerhaus der Welt“ (S. 48) und dominierten den globalen Handel. Entscheidend blieb aber die Kontrolle des „traditionellen Warenaustauschs zwischen Nord- und Westeuropa“ (S. 59). Als Zwischenhändler des englischen Tuchs verschaffte sich Holland wiederum neue Produktionsvorteile: Seine Unternehmer übernahmen mit der Tuchfärbung den wertschöpfungsintensivsten Teil der Warenkette. Hollands produktive und kommerzielle Stärke ermöglichten schließlich die Verschiebung des geographischen Zentrums „der internationalen Finanzwelt“ (S. 124) nach Amsterdam, dessen Börse zur „Wallstreet des 17. Jahrhunderts“ (S. 62) avancierte.

Jene Situation, in der eine Zentrumsmacht ihre Überlegenheit zugleich in Produktion, Handel und Finanzwesen ausspielen kann, bezeichnet Wallerstein als den „kurzen Höhepunkt“ der Hegemonie, welche ein notwendiges wiederkehrendes Moment kapitalistischer Entwicklung ist. „Im Falle Hollands fiel dieser Moment wahrscheinlich in den Zeitraum zwischen 1625 und 1675“ (S. 39).

Die ökonomische Macht des Hegemons erlaubt diesem, dass er „im zwischenstaatlichen System seine Regeln durchzusetzen kann und so eine politische Weltordnung schaffen kann, die ihm sinnvoll erscheint“ (S. XII). Sie wird von einem starken, im Falle der Niederlande dezentralen Staat getragen, der politisch wie militärisch in der Lage ist, interne und externe Bedrohungen für seine Dominanz zu minimieren. Auch das gelang den Niederlanden im 17. Jahrhundert: Erstens sorgten das Übergewicht Hollands gegenüber den anderen niederländischen Provinzen und die gemeinsame Außenpolitik für eine Reduktion der Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse. Ebenso brachten die Wohlfahrtseinrichtungen „relativen sozialen Frieden“ (S. 70) zwischen den Klassen. Zweitens hatte Holland sich militärisch zur stärksten Seemacht entwickelt. Schlussendlich verfügten die Niederlande als Hegemon auch über die Fähigkeit, eine über seine Grenzen hinaus dominante Kultur zu etablieren. Sie konnten es sich als einzige im Zeitalter des Merkantilismus, d.h. in einer Periode des „ökonomischen Nationalismus“ (S. 38),

herausnehmen, die Ideologie des mare liberum (freien Meeres) zu propagieren. Gleichzeitig boten sie „nationale Souveränität“ und „Glaubensfreiheit (cuius regio, eius religio)“ (S. XVI).

In umgekehrter Reihenfolge des Aufstiegs verliert eine Hegemonialmacht, „weil andere aufholen“ (S. 39) und Hegemonen durch die Unterstützung von Verbündeten tendenziell ihre eigenen Vorteile untergraben, zuerst seinen Produktions-, dann den Handels- und zuletzt seinen Finanzvorteil. Hegemoniezyklen verlaufen in vier Phasen: Auf die Zeit der unangefochtenen Macht folgt der langsame Abstieg, währenddessen der ehemalige Hegemon politisch und militärisch noch das stärkste Land bleibt. In der anschließenden Phase des „Mächtegleichgewichts“ (S. XII) streben zwei andere Zentren die Nachfolge an. Im 17. Jahrhundert waren das England und Frankreich. Eines der wichtigsten Mittel ihres Kampfes um die Hegemonie war nach Wallerstein der Merkantilismus. Während ihre protektionistisch begünstigten und aufgrund dort billigerer Lohnkosten aufs Land verlagerten Industrien bald florierten, geriet die Industrie Hollands nach 1650 in die Krise. Zunehmend scharfe Auseinandersetzungen führten schließlich in der dritten Phase zum Zusammenbruch der hegemonialen Ordnung. In der vierten und letzten Phase eines Hegemoniezyklus' kann sich eine neue Hegemonialmacht etablieren.

## **Verschiebungen in Peripherie und Semiperipherie**

Während in Nordwesteuropa der Kampf um die Hegemonie tobte, verschlechterte sich die ökonomische Situation in der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems in Osteuropa und Spanisch-Amerika: Die dort herrschenden Klassen verloren gegenüber dem Zentrum an ökonomischem Vorteil, stärkten jedoch ihre Position gegenüber den beherrschten Klassen der Peripherie. Der ökonomische Druck aus den Zentren wurde zunächst in Form verschärfter Ausbeutung der unmittelbaren Produzenten und der Ressourcen weitergegeben, dann durch Rückzug vom Weltmarkt und eine stärkere Ausbildung regionaler Märkte gemildert. Auch in der Peripherie wurden die Textilproduktion ruralisiert, Grundbesitz konzentriert und die Position der ArbeiterInnen insgesamt geschwächt. Ferner wurde der erweiterte karibische Raum von Nordostbrasilien bis zu den südlichen Festlandkolonien Britisch-

Nordamerikas als Peripherie in die Weltwirtschaft eingegliedert. Den „wirtschaftlichen Gewinn“ aus der dortigen Zucker- und Tabakproduktion teilten sich die drei Staaten des Zentrums.

Zahlreiche semiperiphere Gebiete verloren im 17. Jahrhundert angesichts der erfolgreichen merkantilistischen Politik der Zentren an Macht: „Spanien, Portugal, das alte 'Rückgrat' von Europa (von Flandern über West- und Süddeutschland bis Norditalien)“ (S. 205). Den Niedergang Spaniens und dessen Deindustrialisierung nennt Wallerstein als „spektakulärstes Phänomen des 17. Jahrhunderts“ (S. 182). Die Zentren bemühten sich allerdings nicht, die Kolonialmächte jenseits des Atlantiks abzulösen, sondern vielmehr „mitzuschmarotzen“ (S. 183).

Einigen Regionen wie Schweden, Brandenburg-Preußen und Britisch-Nordamerika gelang es zwar, „angesichts der heftigen Rivalitäten“ zwischen Holland, England und Frankreich „ihre relative Position“ (S. 282) im kapitalistischen Weltsystem zu verbessern. Die Semiperipherien blieben jedoch fremdbestimmte „Förderbänder“ (S. 183), mit denen der Mehrwert in die Zentren transferiert wurde. Aufgrund seiner drei „Beinahe-Monopole“ (S. 244) auf Kupfer, qualitativ hochwertiges Eisen und Teer sowie wegen seines vergleichsweise starken Staates stand Schweden an der Spitze der „Aufwärts-Semiperipherisierung“ (S. 232). Als Schwedens Entwicklung ins Stocken kam, wurde Brandenburg-Preußen, abhängig vom Goodwill der Zentrums-mächte, zu einer semiperipheren Macht in Mitteleuropa.

## Der Aufstieg Englands zum Hegemon

Am Ende der Phase „ununterbrochener englisch-französischer Rivalität“ (S. 284) zwischen 1689 und 1763 hatte sich England gegenüber Frankreich trotz ähnlicher wirtschaftlicher Strukturen durchgesetzt und das niederländische Erbe angetreten. Die geringfügigen ökonomischen Unterschiede, so Wallerstein, seien „politisch zu jenen markanten Unterschieden ausgeweitet“ (S. 89, Herv. i. O.) worden, die sich später ökonomisch verfestigten. Dazu gehört, dass England auf expansive Politik und die Stärkung des Außenhandels angewiesen war, während Frankreich im eigenen Land periphere Regionen entwickelte. England war zudem aufgrund der eigenen Knappheit an Rohstoffen darauf angewiesen, Nordamerika ökonomisch zu

erschließen und an sich zu binden. Das „Dilemma, innerhalb seiner Grenzen über keinen ausreichenden Markt zu verfügen“, verwandelte sich langfristig „in einen Vorteil“ (S. 118) für England.

Der französische Staat hingegen sei schlussendlich *politisch* nicht stark genug gewesen, um ähnliche ökonomische Grundvoraussetzungen in einen eigenen Vorsprung zu verwandeln. Grundsätzlich sei ein starker Staat bestrebt, definiert Wallerstein, „ausreichend starke Strukturen zu schaffen, um im Rahmen der Weltwirtschaft die Interessen einer Gruppe von Eigentümer-Produzenten gegen andere Gruppen von Eigentümer-Produzenten (und natürlich auch gegen die Arbeiter) zu verteidigen“ (S. 130). Die Bildung eines hegemonialen Blocks, also ein Interessenausgleich innerhalb der herrschenden Klasse, war in Frankreich aber schwieriger durchzusetzen als in England. England hatte sich infolgedessen Mitte des 18. Jahrhunderts sowohl zum stärksten ökonomischen Zentrum als auch zum stärksten Staat herausgebildet.

## Wertvolle theoretische Anregungen und offene Fragen

Wallersteins Ausführungen über den Kapitalismus als historisches Weltsystem enthalten zahlreiche wertvolle theoretische Anregungen für heute notwendige Debatten, etwa über ungleiche Entwicklung und imperialistische Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie. Er geht beispielsweise davon aus, dass die Kapital-Konzentration in kapitalistischen Zentren ein wiederkehrendes Element des modernen Weltsystems und seiner Zyklen ist. Monopolbildung sei bereits in der frühen Neuzeit ein Schlüsselfaktor der Kapitalakkumulation gewesen. Damit widerspricht er Lenins Monopolkapitalismus-These, ohne die Monopoltheorie blindlings über Bord zu werfen. Darüber hinaus bleiben wie nach der Lektüre des ersten Bands Fragen offen, auf die es hoffentlich in Band III und IV Antworten gibt, etwa wie *genau* sich das Zentrum einen Teil des in der Peripherie und Semiperipherie erwirtschafteten Surplus aneignet.

Immanuel Wallerstein 1998:

Das moderne Weltsystem II. Der Merkantilismus.

Promedia Verlag, Wien.

ISBN: 3-85371-138-3.

430 Seiten. 29,80 Euro.

**Zitathinweis:** Christin Bernhold und Christian Stache: Der erste Hegemoniezyklus im kapitalistischen Weltsystem. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/7QWSC>.

# Die große Expansion des kapitalistischen Weltsystems



**Immanuel Wallerstein**

Das moderne Weltsystem III

Die große Expansion. Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert

*Wallerstein erzählt die Geschichte der politisch-ökonomischen Expansion des kapitalistischen Weltsystems im langen 18. Jahrhundert.*

Rezensiert von [Christin Bernhold](#) und [Christian Stache](#)

In seinem vierteiligen magnum opus erzählt Immanuel Wallerstein die Geschichte seit dem 15. Jahrhundert als Historie des kapitalistischen Weltsystems. Nach dem Übergang vom Feudalismus zur europäischen Weltwirtschaft (1450-1600, Band I) und dem niederländischen Hegemoniezyklus (1600-1750, Band II) wird die große Narration im dritten Band mit der politisch-ökonomischen Expansion der Weltwirtschaft unter britischer Hegemonie zwischen 1750 und 1850 fortgesetzt.

## Die britische Hegemonie

Im Zentrum des kapitalistischen Weltsystems endete zwischen dem Frieden von Paris 1763 und 1815 die „letzte Phase des fortwährenden und offenen Ringens zwischen den beiden Anwärtern auf die Hegemonie“ (S. 80), Frankreich und Großbritannien. Der Siebenjährige Krieg markiere Wallerstein zufolge einen „Wendepunkt“ (S. 102) im Kampf um die Vorherrschaft, der den geringfügigen englischen Vorsprung (starker Staat und das Kolonialreich als Zulieferer und Absatzmarkt) in deutliche Vorteile verwandelt.

Der Krieg festigte die „Unterminierung der französischen Ökonomie in zwei entscheidenden Bereichen“ (S. 102): Erstens wurde der Komplex aus Handel und Industrie an der Atlantikküste ausgebremst und zweitens glitt der französische Staat in eine Verschuldungsspirale. Wallerstein beschreibt detailliert, wie vor allem Großbritanniens Baumwollindustrie derweil „auf Kosten aller anderen Länder [...] einen plötzlichen Anstieg der relativen Produktionseffizienz“ (S. 112) erreichte und unter dem Protektionismus des starken englischen Staates gedieh. Die 1780er-Jahre waren „das goldene Jahrzehnt britischen industriellen Wachstums“ (S. 121). Der französische Staat wurde darüber hinaus durch den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg geschwächt. Die Unterstützung der England untreuen Nordamerikaner machte den Trend zur Staatsverschuldung endgültig zu einem akuten Problem: Frankreich ging dem Bankrott entgegen. Außerdem wurde der Streit zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb des französischen Staates über den Umgang mit der drohenden Niederlage gegen England nicht gelöst. Vielmehr gipfelt er in der Französischen Revolution. Schritt für Schritt kam es so zu „einer beträchtlichen Vergrößerung der französisch-britischen Disparitäten“ (S. 122). Großbritannien gewann bis 1815 endgültig die Oberhand in Produktion, Handel und Finanzwesen und errang somit die Hegemonie im kapitalistischen Weltsystem.

## **Die Ausdehnung der europäischen Weltwirtschaft**

Mit der ökonomischen Expansion der Weltwirtschaft im 18. Jahrhundert kam es zu einem „bedeutsamen Inkorporierungsschub“ (S. 181): Neben Indien, dem kolonialen Sprungbrett für den Erfolg der britischen Verknüpfung von Handel und Industrie, wurden zwischen 1750 und 1850 das Osmanische Reich, das Russische Reich und Westafrika in die Arbeitsteilung des kapitalistischen Weltsystems eingegliedert. Anhand dieser vier Beispiele entfaltet Wallerstein sein „Verlaufsmodell“ für den Inkorporierungsprozess: die neuen Gebiete sind der Weltwirtschaft erst äußerlich (externe Zonen), werden dann integriert und in Semiperipherien oder Peripherien des kapitalistischen Weltsystems verwandelt. Dieses Modell habe sich wiederholt, bis „an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert schließlich der gesamte Globus in die kapitalistische Weltwirtschaft einbezogen“ (S. 184) worden war.

Vor ihrer Eingliederung exportierten Indien, Russland, das Osmanische Reich und Westafrika Luxusgüter in die europäischen Zentren. Die Stärke ihrer politischen Organisation, die die Kontrolle über den Außenhandel einschloss, sorgte dafür, dass sie unabhängig vom kapitalistischen Weltsystem bleiben konnten. Die Zentren waren jedoch nun dazu in der Lage, diese „monopolistische Barriere“ (S. 192) niederzureißen. Den einsetzenden Inkorporierungsprozess sieht Wallerstein in der „unbedingten Notwendigkeit der Weltwirtschaft“ begründet, „ihre Grenzen auszudehnen“ (S. 184). „Bedeutsame Produktionsprozesse“ an allen vier Standorten wurden bis spätestens 1850 (in Westafrika vielleicht etwas später) zum „integralen Bestandteil von mehreren jener Warenketten“ umgewandelt, „welche die fortlaufende Arbeitsteilung der kapitalistischen Weltwirtschaft ausmachen“ (S. 185).

Im Zuge ihrer Inkorporierung sind auch die politisch-ökonomischen Strukturen der Neulinge verändert worden. Die (Semi-)Peripherien wurden zu Rohstoffexporteuren für die Zentren und zugleich zu Importeuren von deren Fertigerzeugnissen. Dies schließt auch eine gezielte Deindustrialisierung ein, im Falle Indiens etwa die Zerstörung der einheimischen verarbeitenden Textil-Industrie. Außerdem wurden in den neuen Peripherien ökonomische Großeinheiten in der Primärproduktion geschaffen oder im Handel mit den Primärgütern an den „Flaschenhälsen der Warenströme“ (S. 220) positioniert. In Indien entstanden die Indigo-Plantagen, im Osmanischen Reich die „plantagenähnlichen çiftlik“ (S. 222) für die Baumwoll- und Maisproduktion und in Westafrika Palmölplantagen, wo sich zudem einer der „Flaschenhälse in der Vertriebs- und Verkaufsstruktur“ (S. 224) für den weltweiten Sklavenhandel bildete. Im Zuge der „Einbindung der jeweiligen Produktionssphäre in die Warenketten der Weltwirtschaft“ (S. 241) wurde schließlich die „verstärkte Anwendung von Zwang gegen die Arbeitskraft“ (S. 241) forciert. In Russland erlebte zum Beispiel Ende des 18. und Mitte des 19. Jahrhunderts die „barshina“, die drückendste Form Leibeigenschaft durch Fronverpflichtung, ihre Hochzeit.

Die „zunehmende Einbindung in die Produktionsnetzwerke der Weltwirtschaft“ (S. 261) wurde von der „Einflechtung der jeweiligen politischen Strukturen in das Staatensystem“ (S. 247) begleitet. Die sich entwickelnden Staatsapparate durften aus der Sicht „des bestehenden

Staatensystems weder zu stark noch zu schwach sein“ (S. 247). Nach innen konnten sie den Produktionsprozess beeinflussen und nach außen die Integration ins internationale Währungssystem sowie die Interaktion mit den diplomatischen Netzwerken des Staatensystems gewährleisten. In Indien verschwanden zum Beispiel das Mogulreich und andere kleine staatliche Einheiten zugunsten eines einheitlichen Kolonialstaats. Allein dem Russischen Reich gelang es, die Peripherisierung zumindest abzufedern. Durch ökonomische Zugeständnisse an Großbritannien, den gleichzeitigen Aufbau eines starken Staatsapparats mit einer großen Armee und die Expansion im Osten erkämpfte sich Russland den Status einer Semiperipherie.

## Ein Jahrhundert ohne Revolutionen?

In der Ideal-Standard-Interpretation ist das lange 18. Jahrhundert ein Jahrhundert der Revolutionen: der großen Französischen, der industriellen in Großbritannien und der antikolonialen in den Amerikas. Einen „plötzlichen, dramatischen und weit reichenden Wandel“ (S. 7), mit dem vor allem „Diskontinuität“ (S. 7) betont werde, hat es im kapitalistischen Weltsystem seit dessen Konstitution im 15. Jahrhundert bis 1850 laut Wallerstein allerdings nicht gegeben. Denn „keine der großen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts“ habe eine „grundlegende Herausforderung“ (S. 371) für das kapitalistische Weltsystem dargestellt. „Vielmehr“, so Wallerstein weiter, „bedeuteten sie dessen weitere Konsolidierung und Verfestigung.“ (S. 372)

Die industrielle Revolution beispielsweise sei weniger ein einzigartiger Prozess der Entwicklung technischer (bessere/neue Maschinen und Mechanisierung) und humaner (Fabrik als neue Organisationsform) Produktivkräfte gewesen. Vielmehr solle man die Entwicklung „als Re-Urbanisierung und Re-Konzentration der führenden Industrien sowie als Bestrebung“ verstehen, „den Größenmaßstab der Produktion (scale)“ (S. 111) durch „verstärkte Mechanisierung des Produktionsprozesses“ (S. 84) zu erhöhen.

Auch die Französische Revolution ist laut Wallerstein vom Standpunkt der kapitalistischen Weltwirtschaft aus „weder eine grundlegende ökonomische noch eine grundlegende politische Transformation“ (S. 78) gewesen. Das Bürgertum habe sich nicht an die Macht gekämpft. Es hatte sie seit der Konstitution des kapitalistischen Weltsystems inne. Analog zur englischen

Revolution hätten vielmehr verschiedene Fraktionen „innerhalb der Bourgeoisie“, die als Aristokratie und Bourgeoisie erschienen, einen „heftigen Kampf“ (S. 144) um die „Reformen des französischen Staatswesens“ (S. 160) geführt. Daher sei es auch unzutreffend, die Französische Revolution als bürgerlich oder liberal zu klassifizieren. Sie habe vielmehr den Moment angezeigt, an dem „der ideologische Überbau den Anschluss an die ökonomische Basis“ (S. 78) gefunden habe. Die „kulturell-ideologische Sphäre“ sei „endlich in Einklang mit der ökonomischen und politischen Realität“ (S. 161) gebracht worden. Diese „Revolution [...] im Bereich der Werte“ (S. 57, Fußnote 171) zeige daher auch nicht „den Beginn der bürgerlich-kapitalistischen Epoche an, sondern den Zeitpunkt ihrer vollständigen Reifung“ (S. 162).

Die siedlergetragene Dekolonisierung der Amerikas, Wallersteins Begriff für die Unabhängigkeitsbewegungen in Nord- und Südamerika, stuft er als „eine wirklich bemerkenswerte Umgestaltung des Staatensystems“ (S. 276) ein. Es habe sich aber lediglich um einen zeitweilig mit Waffengewalt ausgetragenen Streit zwischen den Kapitalisten beiderseits des Atlantiks darüber gehandelt, „wie die Einkünfte innerhalb der Elite verteilt werden sollten“ (S. 277). Die europäischen Siedler, die im Laufe der Zeit die Landwirtschaft und vor allem den Handel in den Kolonien dirigierten, waren bestrebt, ihren Anteil auf Kosten der Kolonialherren zu vergrößern.

Die siedlergetragene Dekolonisierung sowohl der Vereinigten als auch der lateinamerikanischen Staaten hat laut Wallerstein aber zweierlei eindeutig gezeigt. Erstens sorgen die ökonomischen Strukturen des kapitalistischen Weltsystems stets dafür, dass die nationale politische Unabhängigkeit bloß eine relative bleibt. Die neuen Mitglieder im internationalen Staatensystem sahen sich alle „auf die eine oder andere Weise der politisch-ökonomischen Bevormundung durch die neue Hegemonialmacht Großbritannien ausgesetzt“, wiewohl es den Vereinigten Staaten auch gelang, „die Rolle eines Statthalters (und damit eines potenziellen, später tatsächlichen Rivalen) einzunehmen“ (S. 371).

Zweitens mussten die Subalternen erkennen, dass der Kampf für die nationale Unabhängigkeit nicht zwingend ein Garant für soziale Verbesserungen sein muss. „Die Volksbewegungen“ in den Amerikas – der Indianer im Norden, der Sklaven, Schwarzen, Mulatten usw. im Süden – „wurden unterdrückt und

durch die politischen Transformationen eher eingeschränkt denn entfesselt“ (S. 372).

## Revolten und die erste antisystemische Revolution

Dennoch ist die Beteiligung der Ausbeuteten an den Klassenkämpfen jener Zeit für Wallerstein keineswegs vergebens oder für die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems unbedeutend gewesen.

Indigene Aufstände in Spanisch-Amerika, wie zum Beispiel unter der Führung Túpac Amarus II. 1780 bis 1783 in Peru, zählten zu einem der wesentlichen Motive für die Ausbildung der Unabhängigkeitsbewegungen. Sie hätten die kreolischen Siedler zum Handeln gezwungen. Gleichzeitig habe die Angst eben jener kreolischen Siedler infolge der „erfolgreichsten Sklavenrebellion in der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems“ (S. 349) und der „Gründung der ersten schwarzen Republik“ (S. 347) auf St. Domingue/Haiti 1804 aber auch die Loslösung der spanisch-amerikanischen Kolonien verzögert. Die schwarzen Sklaven Haitis und die „indianische Landbevölkerung“ (S. 318), die den Kern der indigenen Revolten stellten, mussten zur Kenntnis nehmen, dass auf die neuen Herren Amerikas weder im antikolonialen Kampf noch in der postkolonialen Gesellschaft Verlass war. Haiti wurde international isoliert, während die „soziale Polarisierung“ (S. 344) in den Amerikas sogar zunahm.

Das Pendant zu diesen Aufständen in der (Semi)Peripherie war „die erste bedeutende antisystemische (d.h. antikapitalistische) Bewegung der Geschichte des modernen Weltsystems“ (S. 161) im Zentrum – die Revolution innerhalb der Französischen Revolution. Die „französischen 'Volksmassen'“ (S. 161), Bauern und Sansculotten, wehrten sich gegen die „kapitalistische Offensive“ (S. 149), welche die Französische Revolution darstellte. Sie lehnten das Reformprogramm der „kapitalistischen Schichten“ (S. 151) ab, das darauf abzielte, die kollektiven Rechte der Bauern aufzuheben – was gleichbedeutend mit der Proletarisierung der Bauern war. Stattdessen forderten sie Brot und politische Rechte. Als Volksaufstand sei die Revolution „freilich ein Misserfolg“ gewesen, der aber die „intellektuelle Grundlage für alle nachfolgenden antisystemischen Bewegungen“ (S. 161) bilden sollte.

Wallersteins ungetrübter Blick auf die Verdamnten dieser Erde in den Peripherien und die Ausgebeuteten in den Zentren, auf die beschränkte Reichweite der Revolutionen und auf ihre Funktionalität für die Entwicklung des Weltsystems im langen 18. Jahrhundert ist die große Stärke des dritten Bandes.

Immanuel Wallerstein 2004:

Das moderne Weltsystem III. Die große Expansion. Die Konsolidierung der Weltwirtschaft im langen 18. Jahrhundert.

Promedia, Wien.

ISBN: 3-85371-223-1.

463 Seiten. 34,90 Euro.

**Zitathinweis:** Christin Bernhold und Christian Stache: Die große Expansion des kapitalistischen Weltsystems. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/rEikJ>.

# Der zentristische Liberalismus – die integrierende Geokultur des kapitalistischen Weltsystems



**Immanuel Wallerstein**

Das moderne Weltsystem IV

Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914)

*Im vierten Band der Reihe „Das moderne Weltsystem“ analysiert Wallerstein, wie und warum sich der Liberalismus im langen 19. Jahrhundert als Geokultur durchgesetzt und sowohl konservative als auch sozialistische Strömungen gebändigt hat.*

Rezensiert von [Christin Bernhold](#) und [Christian Stache](#)

Der letzte von vier Bänden aus der Reihe „Das moderne Weltsystem“ hebt sich von seinen drei Vorgängern ab: Zwar richtet der Autor seinen Blick in Anschluss an Band III auf das lange 19. Jahrhundert. Allerdings steht hierbei nicht die Fortsetzung der zyklischen und von struktureller Ungleichheit geprägten Entwicklung des Weltsystems im Mittelpunkt der Betrachtung. Stattdessen geht es im vorliegenden Band um etwas „in der historischen Entwicklung des modernen Weltsystems bis dahin noch nie dagewesen[es]: etwas, das wir seine Geokultur nennen“ (S. 321).

# Liberaler Geokultur und politische Metastrategie

Wallerstein bezeichnet Ideen, Werte und Normen als Geokultur, wenn sie „im ganzen Weltsystem weitgehend geteilt werden“ (S. 320). Im 19. Jahrhundert habe sich der zentristische Liberalismus gegenüber den beiden anderen „Hauptideologien des modernen Weltsystems“ (S. 321), Konservatismus und Radikalismus, als Leitideologie durchgesetzt. Ideologien werden hier als „politische Metastrategien“ (S. 15) „für den Umgang mit der Moderne“ (S. 25) verstanden, die als kulturelles Erbe der französischen Revolution notwendig die Weltbühne betraten. Denn erstens bedurfte es nun, da politische Veränderungen zum Alltag gehörten, Begründungen für das Für und Wider des Wandels. Zweitens entstand ein Widerspruch zwischen der egalitären Rhetorik einerseits und der real existierenden politischen und ökonomischen Ungleichheit andererseits. Entsprechend wurden Strategien entwickelt, diesen Widerspruch zu übertünchen.

Der Konservatismus war die „erste ideologische Reaktion auf die geokulturelle Umgestaltung durch die Französische Revolution“ (S. 16) und strebte danach, politische Veränderungen einzuschränken. Der Radikalismus wollte „den Fortschritt durch einen harten Kampf gegen alle Widerstände beschleunigen“ (S. 25). Der Liberalismus gab vor, „wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit einer Verbesserung der Gesellschaft“ (S. 130) erreichen zu können. Das Projekt der Liberalen war darauf ausgelegt, Veränderungen zum eigenen Vorteil zu kontrollieren, sozialistische Bestrebungen einzuhegen und damit letztlich das kapitalistische Weltsystem zu stabilisieren. Sowohl beim Aufbau liberaler Staaten und im Kampf um die politische Teilhabe in denselben als auch in den historischen Sozialwissenschaften hat der Liberalismus, wie Wallerstein an diesen drei Sphären aufzeigt, dieselbe Rolle gespielt: Er hat Konservatismus und Radikalismus gezähmt, praktisch in Ausdrucksformen seiner selbst verwandelt und sie damit letztlich entsorgt. „Die große politische Errungenschaft des Liberalismus von 1830 bis 1875“, schreibt der Autor, war „die Bändigung der gefährlichen Klassen“, während „seine große ideologische Errungenschaft die Bändigung des Konservatismus“ (S. 167) war.

# Die Bändigung der „gefährlichen Klassen“

Die zähmende Rolle des Liberalismus verdeutlicht Wallerstein zum Beispiel anhand der Arbeiter-, Frauen- und Minderheitenbewegungen, die allesamt die „Kehrseite der Einbeziehung aller Staatsbürger“ (S. 170) zu spüren bekamen: den Ausschluss aus der Staatsbürgerschaft. Das Credo „Gleiche Rechte für Alle“ galt im kapitalistischen Weltsystem stets nur für einen Teil der Gesellschaft, die Zugehörigkeit zu „Allen“ wurde in sozialen Kämpfen entschieden. „Die Dominierten organisierten sich“ (S. 180) im 19. Jahrhundert. Doch alle antisystemischen Bewegungen dieser Zeit wurden alsbald durch den Einfluss liberaler Kräfte eingedämmt.

In Frankreich kam es zum Beispiel zu ernsthaften Konflikten, nachdem 1824 der reaktionäre Karl X an die Macht gekommen war und sich gleichzeitig mit dem Konjunkturabschwung ab 1825 die soziale Situation im Land drastisch verschlechtert hatte. Die dreitägige Volksrevolution vom 27. bis zum 29. Juli 1830 wurde rasch vom Liberalismus der Restauration aufgefangen und führte zur aufgeklärten Julimonarchie unter Louis-Philippe. Auf ähnliche Weise setzten die britischen Liberalen 1832 die *Reform Bill* durch, die die Macht der Minister im Verhältnis zu den Abgeordneten schwächte und „die Mittelschicht scheinbar ins politische Leben integrierte“ (S. 94). Die Arbeiterklasse hat allerdings in England genauso wie in Frankreich nichts als Ernüchterung erfahren „und eine ungünstigere Stellung für die nächste Runde des Kampfes“ (S. 95) erhalten. Sobald die Mittelschicht „ihr *droit de cité* erlangt hatte, [legte sie] ihre Aufmerksamkeit sofort auf die Eindämmung der Forderungen der werktätigen Klassen“ (S. 103, Herv. Im O.).

## Die Feuerprobe für die Dominanz des Liberalismus

1848 aber gipfelten die wachsenden Unruhen in der „ersten Weltrevolution des modernen Weltsystems“ (S. 188). Geographisch war diese zwar auf Europa beschränkt, Wallerstein interpretiert sie dennoch als Feuerprobe für die langfristige Dominanz der neuen Geokultur. Die „europaweite Revolution“ (S. 110) begann als Bedrohung des „internationalen liberalen Regimes“ (S. 117). Den Liberalen waren die Herrschaftssysteme erneut zu starr und illiberal geworden, sodass sie sich, de facto im Bündnis mit den Radikalen, gegen die

Repräsentanten ihrer Regierungen auflehnten. Als sie erkannten, „dass die Unterschichten womöglich die Lage ausnutzen und das Ganze zu weit treiben könnten“ (S. 112), agierten sie 1848 wie schon 1830 und schlossen neue Bündnisse gegen den Feind von links. Die Radikalen erlitten dementsprechend „im Wesentlichen eine politische Niederlage“ (S. 188), während die Liberalen den Sieg davontrugen.

Nach 1848 war auch der Absolutismus in Europa endgültig eingedämmt, die aufgeklärten Konservativen hatten erkannt, dass der starke „Wohlfahrtsstaat des *grand capitalisme*“ (S.132) hilfreich ist, um Kapital zu akkumulieren und es vor dem „Sturm der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse“ (S. 136) zu schützen. Radikale wie Konservative waren zu „bloßen Spielarten des zentristischen Liberalismus“ (S. 96) geworden. Die Zähmung der ArbeiterInnenbewegung und damit die Konsolidierung der liberalen Herrschaft gipfelte darin, dass „1914 alle sozialistischen Parteien für den Krieg stimmten (mit den Bolschewiki als besondere Ausnahme)“ (S. 201) und damit die imperialistische Politik der Zentren verteidigten. Die Liberalen der kapitalistischen Zentren gingen aus den Revolutionen des 19. Jahrhunderts mit gestärkten Staaten in den Händen hervor.

## **Der starke liberal-imperiale Staat**

Ebenso wie die beiden anderen Ideologien, schreibt Wallerstein, habe der Liberalismus, trotz aller Behauptungen, gegen den Staat zu sein, nie antistaatliche Politik verfolgt. Im Gegenteil war er „immer die Ideologie eines starken Staates im Schafspelz des Individualismus“ (S. 24). Der Aufbau starker liberaler Staaten erfolgte zunächst in England und Frankreich. Unter britischer Hegemonie gingen die beiden Länder ein „stillschweigendes aber tiefgehendes Bündnis ein“, eine „Entente Cordiale“, und untermauerten damit ihre Stärke nicht nur im Innern, sondern „auch innerhalb des Weltsystems“ (S. 24). Die aufgeklärte „Vorstellung eines Westens, der militärisch stark ist, wirtschaftlich dominiert und gegenüber dem wirtschaftlich rückständigen ‚unfreien Osten‘ die Fahne der individuellen Freiheit hochhält, sollte ein Muster für den Rest des 19. und 20. Jahrhunderts werden“ (S. 89). Das liberale *laissez-faire* blieb auch nach außen stets „eher Mythos als Realität“ (S. 122), wie Wallerstein etwa anhand der britischen Freihandelspolitik verdeutlicht. Von dieser profitierte England, weil es „damals in allem überlegen war: Handel, Finanzen

und Industrie“ (S. 125). Die Briten waren an Offenheit aber nur in dem Maße interessiert, das ihren wirtschaftlichen Interessen diene. So gesehen ist Freihandel „auch nur eine Spielart des Protektionismus“. Denn er schützt „die Vorteile jener, die zu einer bestimmten Zeit wirtschaftlich effizienter sind“ (S. 142). Zudem ist der „Freihandelsimperialismus“ (S. 145) ein Mittel der informellen Kontrolle anderer Staaten, damit diese nichts unternehmen, dass der heimischen Industrie schaden könnte. Die liberale Haltung gegenüber dem Kolonialismus war ebenfalls rein rhetorisch. „Was den liberal-imperialen Staat auszeichnete“, fasst Wallerstein zusammen, „war seine Orientierung auf intelligente Reformen durch den Staat, die gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum (oder vielmehr die Akkumulation von Kapital) fördern und die gesellschaftlichen Klassen bändigen (indem man sie in die Bürgerschaft eingliederte und ihnen einen – wenn auch kleinen – Teil des Kuchens der imperialen Wirtschaft anbot)“ (S. 163).

## **Ein bedeutendes Werk mit einigen Schwächen**

Die eindrückliche Darstellung der Dialektik des Liberalismus ist die große Stärke des vorliegenden Bandes. Sie birgt gleichzeitig aber auch diverse Schwächen. Wallersteins „positive“ Konzeptualisierung von Ideologien als politische Projekte der Moderne – worunter er Liberalismus ebenso fasst wie Sozialismus –, gibt die Unvereinbarkeit von Ideologie und Wahrheit auf. Ideologie wird, anders als bei Marx, nicht als falsches Bewusstsein von den gesellschaftlichen Verhältnissen verstanden, das deren Veränderung im Weg steht. Ihre Definition ist hier vielmehr vom Anspruch auf Befreiung vollkommen getrennt. Gleichzeitig bleibt unterbestimmt, welchen Anteil Bewusstseinsbildung sowie politische und ökonomische Interessen und Praxis an der Herausbildung von Ideologien, wie Wallerstein sie versteht, haben. Deshalb bleibt er eine befriedigende Erklärung schuldig, warum Ideologien eine „außergewöhnliche Erfindung des 19. Jahrhunderts“ (S. 37) sein sollen.

Auch die Interpretation, dass die sozialen Kämpfe der „Dominierten“ gegen die „Dominierenden“ des 19. Jahrhunderts vorrangig als Kämpfe gegen den Ausschluss von den Privilegien der Staatsbürgerschaft zu verstehen seien, greift zu kurz. Dass diese Exklusion eine große Bedeutung hatte, steht außer

Frage. Wallerstein lässt aber den Klassenwiderspruch, wie er sich aus der gesellschaftlichen, politisch-ökonomischen Struktur des Weltsystems ergibt, unterbelichtet. Genauer gesagt macht der Autor keinen qualitativen Unterschied zwischen dem politisch-ökonomischen Klassenwiderspruch und politisch-ökonomischen Herrschaftsverhältnissen. Letztere werden im vorliegenden Band vorrangig ohne Bezug zu ihrer ökonomischen Funktionalität erklärt. Analog dazu werden auch die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung und ihre Beziehung zu anderen sozialen Kämpfen als auf die „nationale Frage“ beschränkt dargestellt. Wallerstein meint sogar, der Blick derjenigen antisystemischen Bewegungen, die auf eine soziale Revolution fokussierten, sei notwendig „innerhalb der Nation“ (S. 188) verblieben – begründet diese Behauptung aber nicht.

In Band IV reproduziert sich damit eine Schwäche, die das Werk insgesamt durchzieht: Der Kapitalismus als historisch besondere Organisationsform gesellschaftlicher Arbeit und damit die Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehung zwischen Kapital und Arbeit spielen zwar eine Rolle – in Wallersteins Theorie jedoch stets eine untergeordnete. Das kapitalistische Weltsystem wird in erster Linie durch die ungleichen Beziehungen zwischen Zentrum, Peripherie und Semiperipherie bestimmt. Entsprechend bleibt auch die klassentheoretische Bestimmung der dominanten Akteure des politischen Liberalismus unscharf.

Methodisch bleibt am Ende der Lektüre der vier veröffentlichten Bände die Frage offen, in welchem Verhältnis die zwei großen zyklischen Prozesse zueinander stehen, auf die Wallerstein sich in der Darstellung der Entwicklung des modernen Weltsystems bezieht – „der eine ist jener der Kontratjew-Zyklen, die jeweils rund fünfzig bis sechzig Jahre dauern – Zyklen des Wachstums und der Stagnation der Wirtschaft als Ganzes. Der zweite ist viel langsamer: Der Prozess des Aufstiegs und des Niedergangs von Hegemonialmächten im internationalen Staatensystem.“ (S. 320)

## **Der Vorhang zu und das Ende offen?**

Nicht nur um der Klärung der genannten Fragen Willen bleibt zu hoffen, dass Wallerstein sein Werk fortsetzt. Es seien noch mindestens zwei Bände zu schreiben, um die weitere Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems zu

analysieren, heißt es in der Einleitung zu Band IV. Offen bleibt vorerst leider auch, weshalb genau, wie Wallerstein in diesem Band behauptet, das kapitalistische Weltsystem im Laufe des 21. Jahrhunderts, „vielleicht bis 2015“, seinen „endgültigen Niedergang erfahren“ (S. 14) haben wird.

Immanuel Wallerstein 2012:

Das moderne Weltsystem IV. Der Siegeszug des Liberalismus (1789-1914).  
Promedia, Wien.

ISBN: 978-3-85371-347-1.

416 Seiten. 27,90 Euro.

**Zitathinweis:** Christin Bernhold und Christian Stache: Der zentristische Liberalismus – die integrierende Geokultur des kapitalistischen Weltsystems. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/roEBk>.

# Ein Versuch über die heutige Türkei



**Çiğdem Akyol**

Generation Erdoğan

Die Türkei - ein zerrissenes Land im 21. Jahrhundert

*Eine umfangreiche Zusammenstellung zur politischen Lage in der Türkei stellt viele richtige Fragen, findet jedoch nicht immer überzeugende Antworten.*

Rezensiert von [Alp Kayserilioğlu](#)

Seit 2013 interessiert sich plötzlich jeder für die Türkei. Im Sommer desselben Jahres gingen Millionen Menschen gegen Erdoğan und die damals seit elf Jahren alleine regierende AKP auf die Straße und forderten den Rücktritt der Regierung. Diese reagierte mit exzessiver Gewalt, Erdoğan verhöhlte die DemonstrantInnen. Seitdem schafft es das Land immer wieder mit spektakulären Nachrichten in die Schlagzeilen: ausufernde Korruptionsskandale im Dezember 2013, Säuberung von Tausenden von angeblich „gülenistischen“ BeamtInnen im Jahr 2014, mehrere Anschläge mit Hunderten Toten und zwei Parlamentswahlen im Jahre 2015, ein unglaublich barbarischer Krieg im kurdischen Südosten des Landes 2016 und letztlich der Militärputsch im Sommer.

Die große Frage lautet natürlich: Wie konnte all dies möglich sein? War Erdoğan (und seine regierende AKP) nicht der endlich gefundene Brückenschlag zwischen West und Ost, erfolgreicher Vertreter eines gemäßigten und modernen Islam, der lang ersehnte große Demokratisierer, der die Vormacht des Militärs brach, der von IMF und WB gelobte Wirtschaftsreformer? Hatte man sich täuschen lassen, verfolgte er eigentlich

schon immer eine islamistisch-faschistische Agenda, die er über die Jahre hinweg geschickt verbergen konnte?

Die Journalistin Çiğdem Akyol versucht in ihrem Buch „Generation Erdoğan“ diese und ähnliche Fragen zu beantworten. Zu den großen Stärken des Buches zählen der einfache und fesselnde Schreibstil und die Souveränität, mit der die Autorin durch die unterschiedlichen Themenkomplexe führt. Um dem Phänomen der Türkei unter der AKP näher zu kommen, wählt sie einen Mix aus historischem und aspektbezogenem Vorgehen: Während grob das erste Viertel des Buches chronologisch die Entwicklung der modernen Türkei seit Atatürk mit dem Aufstieg des politischen Islams, des Mentors von Erdoğan, Necmettin Erbakan, und der AKP miteinander verwebt, geht der Rest auf unterschiedliche Aspekte der AKP-Herrschaft ein, wie zum Beispiel die unterschiedlichen Politikfelder oder die Auseinandersetzung mit Militär, Justiz und seit neuestem der Bewegung des Predigers Fetullah Gülen.

## **Vom Azubi zum Meister: Die AKP-Herrschaft**

Im zweiten und größten Teil des Buches zeichnet Akyol nach, mit welchen liberalen Reformen die AKP in ihrer ersten Legislaturperiode (2002-07) große Teile des Westens als auch der Liberalen im Inland für sich gewinnen konnte. Letztlich konnte die AKP im letzten Jahr ihrer ersten Legislaturperiode, also im Jahre 2007, einen seitens des Generalstabschefs online angekündigten Militärputsch abwehren und im Jahr darauf ein Parteiverbotsverfahren seitens des Verfassungsgerichts erfolgreich überstehen. Spätestens ab 2007 beziehungsweise 2008 verfolgte die AKP einen härteren, zunehmend autoritäreren Kurs. Es folgten umfassende Säuberungswellen gegenüber dem Militär (die sogenannten „Ergenekon-Verfahren“), gleichzeitig auch gegen die kurdische Bewegung (die sogenannten „KCK-Verfahren“). Vorläufiger Gipfelpunkt des autoritären Kurses war eine große Verfassungsreform im Jahre 2010, die per Referendum angenommen wurde. Als demokratisches Feigenblatt fungierten die Strafverfolgung für am blutigen Putsch vom 12. September 1980 beteiligte Militärs und ähnliche Reformen (Akyol vergisst hier hervorzuheben, dass auch diese Reformen praktisch betrachtet zu nichts führten: Kenan Evren, der faschistische Putschistenführer aus dem Jahre 1980,

starb 2015 zufrieden und glücklich im hohen Alter von 97 Jahren in allen staatlichen Ehren und Würden). Der eigentliche Sinn war ein anderer: Die Judikative wurde dermaßen in den Händen der Exekutive zentralisiert, dass der damalige stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arınç offen Gott dafür dankte, dass „Opposition jetzt nur noch von der Straße kommen“ (S. 77) könne, die man aber auch bald in den Griff bekommen werde. Es verwundert, dass Akyol eine zentrale Aussage Erdoğan's nach den Parlamentswahlen aus dem Jahre 2011 entgangen ist, die die Selbsteinschätzung des politischen Werdegangs Erdoğan's und der AKP eigentlich recht genau auf den Punkt brachte: Damals sprach Erdoğan davon, dass sie die Periode der Ausbildung und der ersten Schritte zurückgelegt haben, nun beginne die Meisterschaftsperiode. Am Höhepunkt der Macht angelangt machte ihm jedoch die Bevölkerung mit dem Gezi-Aufstand einen Strich durch die Rechnung. Kurz daraufhin brach der Konflikt mit der Gemeinschaft des Predigers Fetullah Gülen hervor. Dass Gülen durchaus nicht so friedliebend ist, wie er sich gern selbst präsentiert und wie er auch lange Zeit im Westen wahrgenommen wurde, sondern auch brutalste Maßnahmen gegen seine Feinde empfiehlt, darauf verweist dieses Buch ein Jahr bevor unter anderem Mitglieder der Gülen-Gemeinschaft im Militär einen Putschversuch unternahmen. Letztlich ist im Buch besonders das Kapitel zu den Frauenrechten besonders stark: Akyol zeigt auf, wie die AKP einerseits – ebenfalls zumeist in ihrer ersten Legislaturperiode – pro-feministische Reformen durchsetzte, andererseits aber an die reaktionärsten und sexistischsten Rollen- und Geschlechterbilder anknüpfte, Frauen empfahl mindestens drei Kinder zu gebären, öffentlich nicht zu lachen und so weiter. Im Ergebnis haben Frauen unter der AKP auf dem Papier mehr Rechte. Realiter ist der Anteil von Frauen an Personen in Beschäftigungsverhältnissen – und insbesondere von Frauen, die ein Kopftuch tragen – mit 29,5 Prozent der niedrigste aller OECD-Staaten, Gewalt gegen Frauen weiterhin auf einem sehr hohen Level und die Existenz von Frauenhäusern sehr prekär. In den letzten Jahren vermehrt zugenommen haben von höchsten staatlichen Stellen betriebene Diskussionen um ein Verbot der Abtreibung und des Kaiserschnitts mit der Begründung, dass diese jeweils der Nation schaden würden.

# Theoriearme Ereignisgeschichte

Jedoch: Die große Schwäche des Buches besteht in der Theoriearmut. Ohne fundiertes begriffliches Gerüst wird ein Ereignis nach dem anderen, eine Zahl nach der anderen zwar zumeist richtig dargestellt. Ein Gesamtzusammenhang, der die grundsätzlichen Machtverhältnisse in der Türkei erörtert und erlaubt nachzufragen, wo und wie für eine Veränderung angesetzt werden müsste, stellt sich dadurch aber nicht her. Die einzigen Erklärungsansätze, die Akyol anbietet, sind grob die Folgenden: Seit der Gründung der modernen Türkischen Republik herrscht eine Kluft zwischen den westlich-laizistischen, „weißtürkischen“ Eliten und den konservativen, armen „Schwarztürken“ Anatoliens. Die „Weißtürken“ erniedrigen die „Schwarztürken“ und sichern sich Macht in Wirtschaft und Politik. Erdoğan selbst ist ein „Schwarztürke“, der in einem der ärmlichsten Viertel Istanbuls aufwächst, als Repräsentant der „Schwarztürken“ an die Macht kommt und sich an den „Weißtürken“ rächt und seine privaten Machtambitionen befriedigt.

Einmal davon abgesehen, dass auch der charismatischste Führer eines Staates nicht führen kann, ohne ein Gleichgewicht unterschiedlicher Interessen zu koordinieren und auf den Konsens und die Arbeit eben jener unterschiedlichen Interessensgruppen aufzubauen, daher nicht führen kann allein aufgrund von Rachegeleüsten, Machtambitionen und dergleichen, sondern *ausschließlich als Gestalter und Ausdruck zugleich von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen*, ist dieser Erklärungsansatz auch schlichtweg falsch. Es ist ein unverzeihlicher Fehler des Buches, nicht ausgeführt zu haben, dass es gerade die laizistisch-kemalistischen Militärs des Putsches vom 12. September 1980 waren, die eine zuvor von Faschisten gegen die erstarkende sozialistische Bewegung entworfene Ideologie, die sogenannte „türkisch-islamische Synthese“, zum Programm machten. Eine Kombination aus türkischem Nationalismus und sunnitischem Islam und eine dementsprechende Praxis sollten verhindern, dass die Linke noch einmal so stark werden konnte wie in den 1970ern. Die Islamisten füllten auch in der Praxis, das heißt in den Vierteln und in den Gewerkschaften, die Stellen aus, die die Linken hinterließen. Das Problem bei Erbakan, dem Mentor von Erdoğan, war deshalb auch nicht (primär) sein Islamismus, sondern seine Abwendung vom Westen und sein auf Schwerindustrie ausgelegtes Wirtschaftsprogramm. Dieses wurde seitens des türkischen Kapitals abgelehnt, woraufhin Erbakan sehr einfach vom Militär gestürzt werden konnte. Das alles machte die AKP viel besser: Sie befand sich

ökonomisch wie politisch fast ausschließlich im Einklang mit dem Westen und setzte die vom Westen und vom türkischen Kapital geforderten neoliberalen Reformen sehr erfolgreich durch. Für den neuen neoliberalen Konsens hingegen war die Dominanz des Militärs ein Hindernis, ergo wurde die Vormachtstellung des Militärs – mit Zustimmung und Toleranz des Westens wie auch des türkischen Kapitals – zertrümmert.

Die fehlende Theorie führt auch empirisch zu Fehlern. An der Oberfläche der Ereignisse betrachtet stellen sich gesellschaftliche Verhältnisse oft als widersprüchlich oder umgekehrt als sehr klar dar. Erst eine umfassende, theoriegeleitete Betrachtung kann erklären, wie es um die Verhältnisse wirklich beschaffen ist, was echte Widersprüche/Antagonismen sind und was nicht. Vor allem in den Kapiteln zur Wirtschaft führt dieser Theoriemangel bei Akyol zu Fehlern.

So hebt sie, entlang ihrer These von „Schwarz Türken versus Weiß Türken“, hervor, dass unter der AKP die sogenannten „anatolischen Tiger“, also aufstrebende neue Unternehmen aus Anatolien, die zumeist islamisch-konservativ geprägt und zum Großteil im ebenso islamisch-konservativ ausgerichteten Unternehmerverband MÜSIAD organisiert sind, ermächtigt wurden. An einer Stelle heißt es sogar, dass der MÜSIAD den „Aufstieg der 'schwarzen Türken' [...] vorbei an der laizistischen Elite Istanbuls und der Westtürkei“ (S. 83) symbolisiert. Die These ist aber schlicht empirisch falsch: Die Unternehmen des westlich-laizistisch orientierten Unternehmensverbands TÜSIAD sind nach wie vor um ein mehrfaches größer und gewichtiger als die des MÜSIAD. Die größte im TÜSIAD organisierte Unternehmensgruppe, die Koç-Unternehmensgruppe, verfünffachte (!) ihr Gesamtvermögen zwischen 2002 und 2007 und besitzt das größte Industrieunternehmen der Türkei: nämlich das einzige Ölraffinerieunternehmen, die TÜPRAŞ, die im Jahre 2009 allein einen größeren Anteil der Verkäufe der 500 größten Industrieunternehmen stemmte als die Unternehmen aller „islamischen“ Unternehmensgruppen innerhalb der Liste zusammen (7,56 Prozent versus 7,4 Prozent). TÜPRAŞ wurde 2005 bis 06, also unter Ägide der AKP, privatisiert.

Natürlich läuft das nicht alles ohne Reibereien ab. Das Problem, das die TÜSIAD, das internationale Kapital, die EU und die USA (manchmal) mit der AKP und Erdoğan haben, ist nicht, dass Erdoğan die „Schwarz Türken“ oder

gar die „Peripherie“ repräsentiert. Das tut er nicht wirklich. Sie haben dann ein Problem mit Erdoğan, wenn er die Macht des politischen Subjekts, das die Gesellschaft führt und einen Kompromiss unterschiedlicher Eliten bei gleichzeitigem Konsens der Unterdrückten herstellt, überschätzt, spricht sich und seine Partei zu wichtig nimmt, oder die Gesamthegemonie durch zu rabiates Vorgehen gefährdet. Ein prinzipielles Problem mit Erdoğan haben alle diese Akteure (noch?) nicht.

## Die Türkei im Bannfluch ihrer Geschichte

Letztlich lenkt der Fokus auf die Besonderheiten und Neuerungen Erdoğan's/ der AKP – die es zweifelsohne gibt – vom Fokus auf den türkischen Staat und seine Geschichte ab. Hier herrschen bedeutende Kontinuitäten vor: Erzdiktatorial waren auch Mustafa Kemal himself sowie der angeblich „linksliberale“ Adnan Menderes, der in den 1950ern einen Pogrom gegen die nichtislamischen Minderheiten entfachte. Schon vor der Nordsyrieninvasion der AKP war die Türkei trotz ihrer angeblich „antiimperialistischen“ kemalistischen Außenpolitik an brutalen Invasionen beteiligt: 1950/51 in Nordkorea, 1974 in Zypern. Der bisher blutigste, nationalistisch angefachte Krieg gegen die KurdInnen wurde in den 1990ern von „laizistischen“ Regierungen lanciert. Es drängt sich die Frage auf, warum der türkische Staat *als solcher* seit seiner Entstehung zu despotischen und diktatorialen Mitteln neigt. Genauso wie die Fragen danach, warum der politische Islam in der Türkei immer noch eine so große Rolle spielen kann, warum der armenische Genozid immer noch verneint wird und die sogenannte „kurdische Frage“ immer noch besteht, findet auch diese Frage ihre Antwort in einer theorieangeleiteten Geschichtsbetrachtung, die erklärt, unter welchen Bedingungen und auf Grundlage welcher gesellschaftlichen Kräfte die moderne Türkei entstand. Akyols Buch kann keine zufriedenstellenden Antworten auf diese Fragen geben und dementsprechend auch keine zufriedenstellende Erklärung der AKP-Herrschaft. Andererseits eignet sich ihr Buch mit der Präsentation fast aller relevanten Ereignisse hervorragend für einen Einstieg in die Thematik und wird auch für SpezialistInnen der Thematik die ein oder andere neue Erkenntnis bereithalten.

Çiğdem Akyol 2015:

Generation Erdoğan. Die Türkei - ein zerrissenes Land im 21. Jahrhundert.

K & S, Wien.

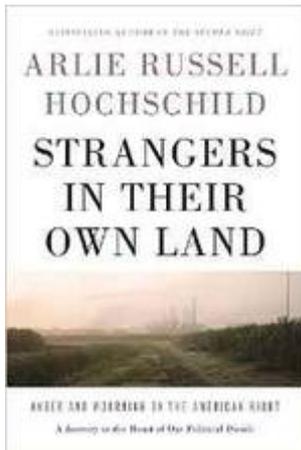
ISBN: 978-3-218-00969-0.

208 Seiten. 22,00 Euro.

**Zitathinweis:** Alp Kayserilioğlu: Ein Versuch über die heutige Türkei.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/pPJuz>.

# Die Tea-Party in Selbstbehauptungskämpfen



**Arlie Russell Hochschild**

Strangers in their own land

Anger and mourning on the american right

*Fallgeschichten aus dem US-Amerikanischen Süden, der vom Gas und Öl lebt und durch beides – als Industrie – vernichtet wird.*

Rezensiert von [Kornelia Hauser](#)

Dreißig Jahre lang wurden die Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit der US-Wähler\_innen zerstört. Das gilt besonders für den „rust-belt“ im tiefen Süden, der von Umweltkatastrophen, die die Ölindustrie verursacht aber nicht verantwortet hat, verseucht und stinkend zurückgelassen wurde. Arbeitsplätze wurden ausgelagert, Löhne sanken, Gewerkschaften schwächelten. Die Arbeitenden sahen sich einer Allianz von

„tonangebenden Strömungen der neuen sozialen Bewegungen (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und den Verfechtern von LGBTQ-Rechten) und andererseits kommerziellen, oft dienstleistungsbasierten Sektoren von hohem Symbolgehalt (Wall-Street, Silicon-Valley, Hollywood)“  
(Fraser 2017, S. 72)

gegenüber. Während die Globalisierung das Überleben radikal umbaute, stritten Minderheiten um Anerkennung und gleiche Rechte. Diese Kämpfe sind als Reaktionen auf einen radikalisierten Neoliberalismus zu verstehen, der die Individualisierung vorantreibt. Die Occupy-Bewegung reagierte mit sozialem

Protest. Die Wähler\_innen reagierten bei der letzten Wahl politisch auf das politische System.

Wie der Rechtsruck – durch/mit/nach einem afroamerikanischen Präsidenten – zu erklären sei, damit beschäftigen sich nunmehr viele Autor\_innen. Es muss – wie bei allen Emanzipationsbestrebungen – in die politische Rechnung integriert werden, dass Erfolge von Minderheiten und Diskriminierten zu gesellschaftlichen Rückschlägen führen. Das Sichtbarwerden der (möglichen) tatsächlichen Gleichheit kann mit reaktionären Politiken „rechnen“. (Die kopftuchtragenden Putzfrauen in Schulen und öffentlichen Einrichtungen zum Beispiel im Ruhrgebiet waren in den 70er und 80er Jahren völlig unbedeutend. Erst der Erfolg als TV-Sprecherin, Politikerin oder bloß Schulleiterin der Migrant\_innen-„Kinder“ ließ das Kopftuch zum politischen Zeichen werden. Der Erfolg von Emanzipation schlägt gegen die Emanzipierten – als Gruppe – zurück.)

Hochschild hat fünf Jahre lang in Louisiana (einem durch und durch republikanischen Staat) Interviews geführt, die die Veralltäglichung und Resultate von Globalisierungsprozessen freilegen. Sie wählte diesen Staat, weil in ihm das Paradox (Menschen wählen gegen ihre Interessen) besonders aufdringlich wird: In den USA sind alle republikanisch regierten Staaten ärmer, weisen mehr Mütter unter 20 Jahren auf, höhere Scheidungsraten, schlechtere Gesundheit, mehr Fettleibige, untergewichtige Neugeburten, geringere Bildungsabschlüsse, die Krebsrate ist 30 Prozent höher als im Rest des Landes und die Lebenserwartung liegt fünf bis acht Jahre unter dem US-Durchschnitt. Die zum Beispiel mit mehr Umweltregeln agierenden demokratisch regierten Staaten konnten auch mehr neue Arbeitsplätze schaffen.

Louisiana ist der Staat, der an 49. Stelle in Belangen von Einkünften, Gesundheit, Bildung steht und ihn bewohnen Bürger\_innen, die sich wütend gegen jegliche „Einmischung“ des Staates wehren (der zu mehr als 40 Prozent von der Bundesregierung alimentiert wird). Sie ist dorthin gegangen, wo Menschen mit Tätigkeiten wie Jagen und Fischen aufgewachsen sind und in deren Gegenden mittlerweile das Schwimmen untersagt ist und das Sterben von Tieren und Pflanzen sowie die dramatisch gestiegenen Krebsraten für alle auffällig sind, in den Gesprächen aber überwiegend verschwiegen werden. Anhänger\_innen der Tea Party sind Hochschilds Klientel. Ihr Ausgangspunkt

ist das Paradox, dass diesen Menschen durch globale Öl- und Gasindustrien die Lebensbedingungen verseucht wurden und werden, ihnen versprochene Arbeitsplätze durch Billiglöhner\_innen aus dem Ausland streitig gemacht werden und sie dennoch auf dem „free-market“-Prinzip beharren beziehungsweise stolz darauf sind. Staatliche Unterstützung – zum Beispiel bei der Eindämmung der Umweltkatastrophen – halten sie für fragwürdig. Die Autorin entwickelt Fallgeschichten mit sechs Zentralfiguren, anhand derer (Über-)Lebensstrategien plausibel gemacht und entfaltet werden. Sie sind so dicht erzählt, dass die subtropische Hitze, der Gestank, der aus den bayous aufsteigt, sogar die sich verlangsamende Zeit sinnlich erfahrbar werden. Sie untersucht das Lebensgefühl, das von gesellschaftlichen Institutionen (Industrie, Landesregierung, Medien, Kirche) geformt, nahegelegt und als so vermittelte „Lebenswirklichkeit“ angeeignet wird. Sie will die Empathie-Mauer abtragen, die sie auf beiden Seiten – der liberalen wie der rechten – erkannt hat; die Unfähigkeit, die Motive und Bedingungen der jeweils anderen Seite zu begreifen und mit in die Überlegungen einzubeziehen.

## **Der umgeschriebene „amerikanische Traum“**

Die untergründige Geschichte, („the deep story“), durch die die (resentimentgeladenen) Gefühle der Tea-Party-Anhänger\_innen eine Logik erhalten, wird symbolisch von Hochschild verdichtet: die weißen untermittelklasse (überwiegend) Männer hatten gelernt, dass der „amerikanische Traum“ – nicht sichtbar – hinter der Bergkuppe liegt, auf die in Reih und Glied zugewandert wird. Sie sahen nicht hinter sich, dort standen Schwarze und andere Minoritäten ebenfalls in der Reihe, sondern nach vorne. Irgendwann gewannen sie den Eindruck, dass die Reihe nicht vorankam, sie fühlten sich festgefahren. Plötzlich sahen sie welche, die sich vor ihnen in die Schlange drängelten: Schwarze, Frauen, Immigranten, Flüchtlinge und sogar braune Pelikane (die durch die vielen industriell versuchten Umweltkatastrophen fast ausgerottet waren und mit Schutzprogrammen „unterstützt“ werden). Jetzt empfanden sie nicht mehr nur Stillstand, sondern eine Rückwärtsbewegung (die sich unter anderem real in stagnierendem oder sinkenden Löhnen zeigt). Wer ist dafür verantwortlich, dass man sich „vordrängeln“ kann? Wer privilegiert diese Gruppen? Wer verantwortet die verlorenen Arbeitsplätze für

diese Gruppe? Die Schwarzen, Migrant\_innen, Mexikaner\_innen, Chines\_innen et cetera gewannen durch „affirmative action“, nicht durch Leistung. Affirmative action holte sie in die Reihe und schob die „eigenen Leute“ nach hinten. Bei dem Versuch, sich diese Lage plausibel zu machen, werden als Verursacher Staat und Regierung ausgemacht, die mit ihrem Personal diffus als „Establishment“ begriffen und als Feinde bekämpft werden.

George Packer, der journalistisch den deindustrialisierten mittleren Westen bereiste und Interviews mit den „Abgewickelten“ und sich ideenreich gegen die Erwerbslosigkeit und Armut Stemmenden unternahm, kommt zu sehr ähnlichen Schlüssen. Er findet Narrative, in die die Zersetzung der Institutionen als Zerstörung der individuellen Lebenshorizonte eingewoben sind. „Obama war kein populistischer Outsider, sondern ein progressiver Insider“ (Packer 2016, S. 373), der sich mit Versagern, den Verantwortlichen der Finanzkrise, mit dem alten Establishment umgab und mit dem Wort „Change“ das Alte fortführte.

Eine Arbeitsgesellschaft, in der mehr als 150 Jahre lang gelernt wurde, dass die Wertigkeit des eigenen Lebens – lange für Männer, jetzt auch für Frauen – aus der Arbeit und deren Anerkennung resultiert und die dazu übergegangen ist, dass Arbeit als rein „instrumentell“ zur Sicherung des Über-Lebens gesehen werden muss (sieht man von den hochqualifizierten Berufen ab) hat wenig Ressourcen bereit gestellt, die fehlende Anerkennung anderweitig abzusichern. Die Bürger\_innen sind in ihrer zweiten Schicht nur als Konsument\_innen vorgesehen. Hochschild erfährt in ihren Interviews, dass diese verlorene Wertigkeit in der Tea-Party gesucht wird: dort wo Weiß-Heterosexuell-Mann-Ländlich-Religiös-Sein (wieder) Geltung erlangen. Das Ressentiment gegen die Identitätspolitik von Minderheiten speist sich demnach aus der eigenen Leerstelle in dieser Politik. Alles „Eigene“ erfährt keine Politik. Und wo sie sie erfährt, will niemand sein: bei den wirklich Armen, die vom Staat alimentiert werden müssen. Also gilt auch diese Gruppe als eine, die die eigene Position gefährdet, da die Gefahr besteht, eines Tages zu ihr zu gehören. Wohlfahrt meint in dieser Sicht: Den Arbeitenden werde Geld genommen und den Müßigen (the idle) gegeben.

Hochschild zeigt, dass hier nicht für eigene ökonomische (oder Klassen-) Interessen gewählt wird, sondern im emotionalen Eigennutz („emotional self-interest“). Aufwertungsnot und Anerkennungsbedarf sind treibende Motive.

Die regionale Gemeinschaft, die Kirche, die Tea Party werden als Ressourcen wahrgenommen. Sie werden als quasi-selbstverwaltete Lebensräume abgebildet wider die brutale Realität der Ölindustrie, die in alle Belange der Kommune eingegriffen hat und eingreift. Die Unmittelbarkeit, in der die gewünschten Sozialbeziehungen gesehen werden, die gewollte Überschaubarkeit, das Bedürfnis von Ähnlichkeitsverhältnissen (vor allem was "Rasse" angeht) aber auch die freudige Einhaltung von Klassenunterschieden, die der Besucherin zum Beispiel anhand von immer teurer werdenden Traumhäusern vorgeführt und nicht infrage gestellt wird, weisen auf eine Sehnsucht nach tribalistischen Organisationsformen hin. Und dass eine Trump-Politik (zum Beispiel "America First") hier Zustimmung findet. Der neue Präsident ist für die „Abgewickelten“ und sich vernachlässigt fühlenden Tea-Party-Anhänger\_innen die Figur, die wie sie Steuern hasst und sie minimieren wird. Er ist frei vom „Druck“ der liberalen Philosophie mit ihren Regeln, was wie zu fühlen sei. Die Interviewten wollen kein Mitleid mit den Wohlfahrtsempfänger\_innen fühlen, halten sich aber deshalb nicht für „unanständig“. Weil sie sich selbst zu den Unterdrückten zählen, sehen sie nach oben: zur Elite, zu den Reichen. Die Liberalen wollen, dass sie sich über deren (zu unrecht erworbenen) Reichtum erzürnen; nur die Rechten unterstützen sie in ihrem Wunsch selbst so reich und – vor allem – deshalb so unabhängig zu sein. Sie wünschen sich eine Scheidung von den Armen und eine Sozialordnung, die es den Armen nicht länger erlaubt, sich in die Reihe zu drängeln. Die Tea-Party-Anhänger\_innen formulieren in dieser Weise eine neue „Unabhängigkeitserklärung“, die der alten Konföderations-Sezession logisch nachgebildet ist. („The richer around the nation will become free of the poorer.“ S. 220)

Hochschild verabschiedete sich von im Süden neu gewonnenen Freund\_innen; in den als „red necks“ und „hillbillies“ verachteten hat sie Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft, Sehnsucht nach einem guten Leben und Sorge um das (eigene) Gemeinwesen gefunden. Aber eben auch eine eiserne Beharrlichkeit, nur mit Fox-News (24 Stunden am Tag) die eigene Meinung zu „schmieden“ und keinerlei Widersprüche oder andere Informationen gelten zu lassen.

So alltags- und erfahrungsreich die Fallgeschichten notiert sind, es fehlt an formulierten Einsichten und Kritik. Was bedeutet es für politische Strategien, wenn die ideologische Vergesellschaftung derartig widerspruchlos gelingt und

eine illusionäre Selbstbehauptung und -ermächtigung im rechten Lager erfolgreich betrieben wird? Welche Konsequenzen für interessegeleitete Politikkonzepte hat es, dass Menschen freundlich und einander helfend gegen ihre eigenen Interessen handeln? In welche sozialen Kämpfe zerreißt sich das Gemeinwesen, dass diese Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft rassistisch unterlegt sind und Armut mit fehlender Selbstaktivierung gegen die Betroffenen in eins gesetzt wird? Wie gelähmt und bedroht müssen sich diese sozialen Schichten erfahren, wenn sie das ändern der Umstände schon gar nicht mehr erwägen (können) und „Selbstveränderung“ nur gegen Andere artikuliert wird? Hochschild fasst selbst keine dieser theoretischen Fragen an, berührt sie mit ihren Nachfragen bei den Interviewten nur vorsichtig (als Feldarbeiterin). So drängt sich der Eindruck auf, dass sie durchaus bedrckter nach Kalifornien zurückgefahren ist als sie dies ausdrücklich schreibt (als empathische Fremde). Der Süden der USA ist voller praller Hoffnungslosigkeit.

## Zusätzlich verwendete Literatur

Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Liberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2017 (S. 71-76). Packer, George (2015): Die Abwicklung. Eine innere Geschichte des neuen Amerika. Fischer, Frankfurt am Main.

Arlie Russell Hochschild 2016:

Strangers in their own land. Anger and mourning on the american right.

The New Press, New York.

ISBN: 978-1-62097-225-0.

351 Seiten. 20,00 Euro.

**Zitathinweis:** Kornelia Hauser: Die Tea-Party in Selbstbehauptungskmpfen.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Trc8G>.

# Die falschen Versprechen des digitalen Kapitalismus



**Philipp Staab**

Falsche Versprechen

Wachstum im digitalen Kapitalismus

*Das Buch blickt hinter die Fassade der digitalen Glitzerwelt: Dahinter lauern altbekannte Probleme in neuem Gewand.*

Rezensiert von [Simon Schaupp](#)

In seinem Essay „Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus“ geht der Soziologe Philipp Staab der Frage nach, ob die Digitalisierung das Versprechen eines neuen Wachstumsschubes halten kann. Die Digitalisierung identifiziert Staab zunächst als „neuen Messias des Wachstums“ (S. 15f). Sie strukturiert jedoch nicht nur die Ökonomie, sondern auch große Teile staatlicher Verwaltungsprozesse. So stelle beispielsweise Amazon über seinen Cloud-Computing-Dienst Amazon Web Services in den USA einen bedeutenden Teil der digitalen Infrastruktur des amerikanischen Verwaltungs- und Regierungsapparates. Ausgehend von dieser Feststellung entwickelt Staab auch seine Theorie des „digitalen Kapitalismus“ weiter, deren Grundsteine er bereits in anderen Texten gelegt hat (zum Beispiel Nachtwey/Staab 2016). Dieses Konzept definiert er provisorisch als die „Durchsetzung und Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien und der mit ihnen verbundenen ökonomischen und ideologischen Dynamiken“ (S. 11). Als treibende Kräfte der Entwicklung hin zu einem digitalen Kapitalismus beschreibt er die großen Internetunternehmen Amazon, Google und Apple, da diese Basistechnologien anbieten, die in den verschiedensten Kontexten genutzt werden und durch ihre enormen finanziellen Kapazitäten die Macht

haben, weitgehende Umstrukturierungsprozesse in Gang zu setzen. Als wesentliche politisch-ökonomische Triebkraft hinter dem digitalen Kapitalismus identifiziert Staab das Konsumptionsproblem. Damit bezeichnet er den Widerspruch, dass sich einerseits die Produktivkräfte rasch entwickeln, sich andererseits aber die Nachfrage nicht entsprechend steigert. Aufgrund dieses Dilemmas geht mit der Entwicklung der Produktivkräfte nicht automatisch eine Steigerung des ökonomischen Wachstums einher. Die zentrale These von Staabs Essay ist nun, dass der digitale Kapitalismus verspreche, dieses Problem durch die Rationalisierung des Konsums zu beheben.

## Rationalisierung des Konsums

Die Rationalisierung des Konsums beschreibt Staab analog zu der seiner These nach der Vergangenheit angehörenden Rationalisierung der Produktion. Letztere habe ab den 1980er Jahren unter dem Schlagwort der „Lean Production“ („Schlanke Produktion“, Anm. Redaktion) vor allem aus einer Dezentralisierung der Produktion und der verstärkten Integration von Wertschöpfungsketten bestanden. Parallel hierzu kommt es gegenwärtig zu einem Rationalisierungsschub, den Staab griffig als „Lean-Consumption“ bezeichnet (S. 64f). Als deren zentrale Charakteristika macht er vor allem drei Faktoren aus. Erstens eine effizientere Warenzirkulation durch die Rationalisierung der Lagerlogistik, wie sie vor allem bei Amazon beobachtet werden kann. Zweitens eine durch allgegenwärtige Datenerhebung ermöglichte individualisierte Werbung, die dem gesamten Onlinehandel zugrunde liege. Drittens der allzeitliche Zugriff auf den Warenmarkt durch Shopping-Apps auf tragbaren Geräten, die es ermöglichen, den Einkauf schnell noch auf dem Heimweg im Bus zu erledigen. Effizienzgewinne werden dabei vor allem durch eine Art digitale Selbstbedienung realisiert: War vormals noch Personal dafür nötig, meine Bedürfnisse zu erkennen und mir in Läden Waren zu verkaufen, so lässt sich dieses nun weitgehend durch digitale Programme einsparen. In diesem Zusammenhang erinnert Staab an das Konzept des „Prosumers“, die Figur, in der ProduzentIn und KonsumentIn verschmelzen. In Bezug auf die namensgebende Wachstumsproblematik stellt er fest, dass die Rationalisierung des Konsums keine neue Nachfrage generieren kann und deshalb mit dem Einzelhandel um dasselbe Konsumvolumen konkurriert, das auch ohne den E-Commerce realisiert worden wäre. Das

Konsumptionsproblem bleibt deshalb weiterbestehen und der vielbeschworene Wachstumsschub erweist sich als falsches Versprechen.

## Konsum gegen Produktion?

Staabs Beobachtung einer „Lean Consumption“ erweist sich für eine kritische Theorie des digitalen Kapitalismus als überaus nützlicher Baustein. Vor allem, weil sie in der Lage ist, Analogien zwischen der Rationalisierung von Produktion und Konsum aufzuzeigen und so das Theorem des „Prosumers“ weiterzuentwickeln. Auch die Feststellung, dass das Versprechen „disruptiver Innovation“, also die Neuerfindung ganzer Marktsegmente, auf der ideologischen Ebene ein zentrales Element des digitalen Kapitalismus darstellt, hat gerade in Bezug auf die von ihm untersuchten Wachstumsversprechen hohe Erklärungskraft. Fraglich ist dagegen, ob Staabs Ausspielen von Konsum-gegen-Produktionssphäre einer Theorie des digitalen Kapitalismus zuträglich ist. Seine These ist hier, dass in der Produktionssphäre „eine grundlegende Veränderung der Rationalisierungslogiken nicht stattgefunden“ habe (S. 58). Staab sieht in der Dezentralisierung und Individualisierung der Produktion vielmehr alte Strategien der 80er und 90er Jahre. Digitale Technologien radikalieren für ihn nur klassische Kontrollstrategien der Überwachung, weshalb er vom „digitalen Taylorismus“ spricht (S. 92f.). Nun trifft dieses Argument jedoch auch auf die von ihm angeführten Neuerungen in der Konsumsphäre zu. Das von ihm zitierte Theorem des „Prosumers“ als Beobachtung der Rationalisierung des Konsums stammt selbst aus dem Jahr 1980 (Toffler 1980). Die Integration von Konsum und Produktion stellt unabhängig von der Digitalisierung, gerade im Zusammenhang mit der Strategie der Selbstbedienung, eine bewährte Rationalisierungsstrategie dar. Paradebeispiel für eine solche KonsumentInnenarbeit sind die Warenhäuser und Selbstbau-Produkte von IKEA. Das heißt nun keineswegs, dass Staabs Beobachtungen falsch wären. Die mit der Figur des Prosumers beschriebenen Rationalisierungsstrategien werden unter Bedingungen der Digitalisierung auf eine neue Stufe gehoben, die vorher völlig undenkbar war. Gleiches trifft auch auf die Produktionssphäre zu. Die den aktuellen Rationalisierungsstrategien zugrundeliegenden Ideen reichen sogar noch weiter als in die 1980er Jahre zurück, nämlich bis zur Kybernetik der 1950er Jahre. Bereits dort wurde die Strategie entwickelt, industrielles Management mittels Feedbacktechniken, wie sie auch Staab mit dem Begriff der „Peer-to-Peer-Herrschaft“ identifiziert

(S. 96 f.) zu automatisieren und zu einer kontrollierten Selbstorganisation zu gelangen. Es sind jedoch erst die heutigen Technologien der digitalen Prozesssteuerung, die diese Strategien in vollem Umfang realisierbar machen. In der Nachkriegszeit war die Idee des unmittelbaren Feedbacks schlicht technisch nicht realisierbar, da das industrielle Steuerungspersonal nicht über die heutige Sensortechnologie und vernetzte Kleinstcomputer verfügte.

## Technik und Strategie

Sowohl in der Konsum- als auch in der Produktionssphäre ist die digitale Technologie also eingebettet in historische Strategien und Kämpfe, die außerhalb der Technologien selbst zu verorten sind. Die technologische Entwicklung hebt diese Strategien auf eine weitere Ebene und führt teilweise zu deren Transformation. Deshalb gilt es, sowohl die Entwicklungen der Konsum- als auch der Produktionssphäre in eine kritische Theorie des digitalen Kapitalismus mit einzubeziehen, wie es Staab selbst mit seinem Theorem des „digitalen Taylorismus“ ja auch tut. Philipp Staab leistet mit dem vorliegenden Essay einen wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung dieser Theorie. Lesenswert ist der Band vor allem aufgrund der originellen Dekonstruktion der aktuellen Wachstumdiskurse und seiner empirisch unterfütterten prägnanten Thesen zur „Lean Consumption“.

## Zusätzlich verwendete Literatur

Nachtwey, Oliver/Staab, Philipp (2016): Die Avantgarde des digitalen Kapitalismus. In: Mittelweg 36, Jg. 24, Heft 6: S. 59-84. Toffler, Alvin (1980): Die Zukunftschance. Bertelsmann, München.

Philipp Staab 2016:

Falsche Versprechen. Wachstum im digitalen Kapitalismus.

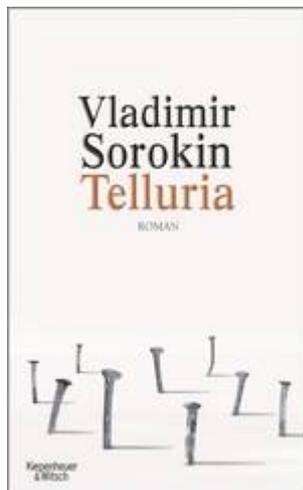
Hamburger Edition, Hamburg.

ISBN: 978-3-86854-305-6.

133 Seiten. 12,00 Euro.

**Zitathinweis:** Simon Schaupp: Die falschen Versprechen des digitalen Kapitalismus. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/dizye>.

# Mit einem Nagel im Kopf durch Eurasien



**Vladimir Sorokin**  
Telluria

*Eine zynische Zukunftsvision, in der die Droge Tellur den Gipfel der Glückseligkeit darstellt.*

Rezensiert von [Conrad Rethfeld](#)

„[D]ies sind die drei Bildnisse dreier schicksalhafter Herrscher Russlands, vor euch seht ihr die Drei Großen Glatzen, die drei großen Ritter, die den bösen Drachen vernichtet haben. Der erste von ihnen [...], dieser Verschlagene mit dem Spitzbart, erledigte das Russische Imperium, der zweite, der Brillenträger mit dem Fleck auf der Glatze, zerstörte die UdSSR, und dieser hier mit dem kleinen Kinn richtete das fürchterliche Land namens Russische Föderation zugrunde. Und alle drei Büsten schuf vor sechzig Jahren mein verstorbener Mann, Demokrat, Pazifist, Vegetarier und professioneller Bildhauer, in jenem Sommer, als der Drache Russland endgültig kreperte und für immer aufhörte, seine Bürger zu fressen.“ (S. 343f.)

Seit diesem Sommer ist viel passiert auf dem Gebiet der ehemaligen Russischen Föderation und auch Europa wurde tüchtig umgekrempelt. Sorokins Roman Telluria spielt in der nahen Zukunft, irgendwann in der Mitte des 21. Jahrhunderts. Europa befindet sich im Würgegriff islamistischer Invasor\_innen und kann sich nur langsam aus diesem befreien. Infolge des Krieges gegen die Wahhabiten zerfällt die Union in eine Vielzahl von

Republiken, Königreichen und Fürstentümern. Ähnliches vollzieht sich in Russland: Innere Unruhen und Revolutionen zerreißen auch hier die Föderation und zurück bleibt eine kaleidoskopische Staatenlandschaft, die keine Absurdität auslöst.

## Ein Disneyland für linke Tourist\_innen

Da gibt es Moskowien, in dem, unter der hirnrissigen Herrschaft eines „aufgeklärt theokratischen Kommunofeudalismus“, von Benzin auf Kartoffelgase umgestellt wurde, deren „zuckrig-modriges Aroma“ ganz Moskau umwölkt. Da gibt es die von russischen Oligarchen gegründete SSSR, die Stalinische Sowjetische Sozialistische Republik, eine Art Disneyland für linke Tourist\_innen. Unter Drogeneinfluss wird hier sogar ein persönliches Gespräch mit Stalin höchstselbst versprochen. Und dann wäre da noch Telluria, ein beinahe paradiesischer Bergstaat und Sehnsuchtsort der vielen Unterdrückten, Verfolgten und Desillusionierten. Auf der Suche nach neuen Zielen, Selbstfindung oder erfüllender Glückseligkeit pilgern sie in das Land, in dem die allseits begehrte Droge Tellur abgebaut wird.

## Köpfe mit Nägeln machen

*„2022 stießen chinesische Archäologen im Gebirge Altai [...] auf einen im 4. Jahrhundert vor unserer Zeit über einem Vorkommen von gediegen Tellur errichteten zoroastrischen Höhlentempel. [...] Im Inneren der Höhle [...] wurden achtundvierzig Skelette entdeckt, in identischer Haltung mit über der Brust gekreuzten Armen liegend. Ihre Schädel waren sämtlich an einer Stelle von einem kleinen (42 mm) Keil aus reinem Tellur durchbohrt. In einer Altarnische [...] fand man bronzene Hämmer sowie im Halbkreis ausgelegte Tellurkeile. Mit diesen Hämmern waren die Tellurkeile in die Köpfe der achtundvierzig Anwesenden geschlagen worden. Der Zugang zur Höhle war von innen vermauert.“ (S. 229f.)*

Ja, die neue Superdroge Tellur wird den User\_innen mit einem Hammer durch die Schädeldecke direkt ins Hirn gerammt. Eingeschlagen werden die Nägel von sogenannten Zimmermännern. Leisten diese gute Arbeit, versinkt der oder die User\_in in absoluter Euphorie und kann ihre oder seine tiefsten und

wahrhaftigsten Wünsche erkunden. Tellur verhilft den orientierungslosen Bewohner\_innen des eurasischen Flickenteppichs zu einem neuen Sinn. Einige suchen intellektuelle Erleuchtung, andere erneuern ihre ideologische Verblendung. Selbst ein Gefühl von religiöser Erlösung kann das Tellur wachrufen. So zimmern sich die Menschen eine eigene schöne neue Welt. Einzig die Wahhabiten benötigen kein Tellur, denn der bewaffnete Dschihad ist ihnen Ziel und Erfüllung zugleich. Einen Haken hat die Droge jedoch: Schlägt der Zimmermann den Nagel nicht präzise ein oder zersplittert der Nagel beim Durchbrechen der Schädeldecke, endet der Trip in den meisten Fällen tödlich.

## Zersplitternde Vielfalt

Doch allzu sehr nimmt ein solcher Tod die Leser\_in nicht mit, denn die Zersplitterung ist in Sorokins Roman sowohl thematisches Kernelement als auch strukturelles Programm. In fünfzig zumeist unzusammenhängenden Episoden wird in grellbunten Farben eine schwindelerregende Zukunftsvision ausgemalt. Diese wird aus ganz unterschiedlichen Perspektiven erzählt: Zwerge, die gemeinsam mit Riesen Schlagringe für den proletarischen Kampf schmieden; schwule westliche Intellektuelle, welche die verführerische östliche Metaphysik erkunden; fanatische Tempelritter, die zum Kreuzflug gegen Islamisten aufbrechen; dem Extremsport frönende Staatspräsidenten; Königinnen, Aussteiger und sogar sprechende künstliche Penisse werden hier zu Protagonist\_innen. Dabei ist jede Geschichte in einem anderen Stil verfasst. Es lassen sich Sagen und Märchen finden, die sich mit Gebeten und Propagandertexten abwechseln. Einige Passagen erinnern an das coming-of-age-Genre, andere wiederum an Fantasy. Telluria treibt die Leser\_in in seiner überbordenden Vielfalt bis an die Grenzen der Reizüberflutung. Die Figuren bleiben, bis auf wenige Ausnahmen, unzugänglich und kryptisch. Wer einen klassisch erzählten Roman mit rotem Faden und Spannungsbogen erwartet, wird mit Telluria sicherlich nicht glücklich, dafür bleibt der Collagencharakter des Textes zu sperrig. Hier wird nichts erklärt, nichts ist eindeutig, alles bleibt Spekulation. Die Leser\_in wird vollkommen unvorbereitet in die aberwitzige Welt des Textes geworfen. Erst nach etwa der Hälfte des Textes werden Konturen sichtbar, die sich jedoch nie scharf stellen lassen. Telluria ist keine leichte Kost und gegen Ende beginnen sich Thematiken und Stile zu wiederholen. Wer diese Hürden jedoch in Kauf nimmt, wird mit einem

ungewöhnlichen Lesevergnügen belohnt, welches der Leser\_in kaum Grenzen oder Interpretationszwänge aufdrängt.

Vladimir Sorokin 2015:

Telluria.

Kiepenheuer & Witsch, Köln.

ISBN: 978-3-462-04811-7.

4131 Seiten. 22,99 Euro.

**Zitathinweis:** Conrad Rethfeld: Mit einem Nagel im Kopf durch Eurasien.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/evKG6>.

# Der falsche Schein des Familismus



**Gisela Notz**

Kritik des Familismus

Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes

*Über die Frauenselbstbestimmung, den Mythos Familie und die Kontinuität dieser Lebensform bis heute.*

Rezensiert von [Anne Alex](#)

Was Familismus in verschiedenen Zeiten bedeutete, wie dabei Frauen in zeitgemäße Rollenkorsetts gezwängt und entsprechend den politischen Zielen in den Zeitepochen instrumentalisiert wurden, wird im Buch von Gisela Notz diskutiert. Als Quelle „biologischer und sozialer Reproduktion“ (S. 15) regelt die Familie die Aufzucht, Erziehung und Versorgung der Kinder und die Pflege Angehöriger. Diese Arbeiten leisten meist Frauen. Staat und Politik haben ein drängendes Interesse an der Familie, so die Autorin, weil mit dieser die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Macht des Mannes erhalten wird. Dies erkläre ihre ständige Glorifizierung. Familismus als Ideologie sieht die Familie als (vereinfachte) Leitform einer Sozialstruktur und postuliert, dass alle Menschen Teil der familiären Ordnung seien, eine Familie gründen oder in sie zurückkehren wollen. „Die bürgerliche Kleinfamilie gilt „im europäischen Kulturkreis im normalen Fall“ als „Lebensgemeinschaft des verheirateten Elternpaares und seiner noch nicht erwachsenen Kinder; rechtlich: die Gesamtheit der durch Ehe oder Abstammung von einander oder von gemeinschaftlichen Vorfahren verbundenen Personen.“ (Ebd.)

Die Familie war allerdings nie die überwiegende heteronormative Lebensform. Die (Klein-)Familie als soziale und politische Konstruktion existiert nach Notz seit 300 Jahren. Leider erklärt die Autorin dies nicht sozialgeschichtlich. Denn zuvor war ja die Familie hauptsächlich für Reiche (Adel, später Bourgeoisie) die den Zusammenhalt schaffende Beziehung und das prägende Konstrukt für Macht und Herrschaft. Das Gesinde (Mägde und Knechte), oft auch Gesellen wurden häufig als zur reichen Großfamilie zugehörig betrachtet. Arme Menschen verfügten oft nicht über die finanziellen Mittel, um mit der Eheschließung eine Familie nach herkömmlichen Regeln zu bilden.

Notz würdigt die Frauenselbstbestimmung der Beginen. Dabei vergisst sie, dass es zu allen Zeiten bereits so genannte abweichende Lebensformen gab, zum Beispiel die Häretiker. Auch die Hussiten, Taboriten oder Täufer lebten andere, von der Kirche abgewandte kollektive, alternative Lebensformen – genauso wie weise Frauen und Hebammen, die wegen ihrer Kenntnisse und Erfahrungen oft durch die (kirchliche) Inquisition verfolgt wurden.

## **VerfechterInnen der Frauenemanzipation**

Das Buch würdigt viele KritikerInnen der familiären Ordnung, etwa jene englischen FeministInnen im 17. Jahrhundert, die das patriarchale Wertesystem satt hatten und ihre Familie verließen. Beispielhaft beschreibt sie die Robert Owens-Kommune und Fouriers Erkenntnis: „Die Erweiterung der Vorrechte der Frauen ist die Grundvoraussetzung für jeden gesellschaftlichen Fortschritt.“ (S. 57) Auch der Frühsozialist Henri de Saint-Simon verlangte die Neuorganisierung und -verteilung der Haushalte in Familie und Beruf und andere Lebensformen. „Freie Frauen“ riefen im Jahr 1825 zu Lebens- und Arbeitsgemeinschaften auf, in denen Frauen sozial, ökonomisch und rechtlich gleichgestellt sind. Flora Tristan wollte Frauen und andere ausgebeutete Individuen befreien und ebenbürtigen Frauen und Männern gleiche Zugänge zu Erziehung und Ausbildung schaffen. Friedrich Engels markierte die moderne Kleinfamilie als „offene und verhüllte Haussklaverei der Frau“ (MEW 21) und August Bebel kennzeichnet die klein-familiäre „Privatküche“ als eine „rückständige und überwundene Einrichtung.“ (S. 63) Sie alle meinen: Auch in der „Liebeswahl“ soll die Frau frei und ungehindert sein. Freiwillige Zusammenschlüsse selbstbestimmter Individuen und Kollektive lebten im 19.

Jahrhundert die AnarchistInnen Gustav Landauer, Erich Mühsam, Rudolf Rocker und Emma Goldman vor.

## Aspekte der Frauenbewegung

Systematisch arbeitet sich Notz durch die Entwicklung der Frauenbewegung der vergangenen 200 Jahre und stellt wichtige Organisationen und Persönlichkeiten der Zeit vor. Der Allgemeine Deutsche Frauenverein vertrat 1865 halbherzig die Forderungen der Frühsozialisten und Anarchisten; er trat für die Kleinfamilie ein, focht aber zeitgleich für die Frauenteilnahme am Staatswesen, an Bildung, Ausbildung und existenzsichernder Erwerbsarbeit. Die bürgerliche Frauenrechtlerin Louise Otto, die zwischen 1819 und 1895 lebte, stritt für die ökonomische Gleichberechtigung in der bürgerlichen Kleinfamilie, für Kinderkrippen und -gärten, damit hilfsbedürftige Frauen berufstätig sein können. Ganz deutlich positionierten sich Vertreterinnen der sozialistischen Frauenbewegung: Nur durch die Revolution und die Aufhebung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse sei nach ihrer Ansicht die Frauenbefreiung machbar. Eine ihrer bekanntesten Fürsprecherinnen, Clara Zetkin, zeigte auf, dass die Differenz zur bürgerlichen Frauenbewegung, die war, dass diese einzig gegen die patriarchalen Strukturen der eigenen Klasse kämpften, aber die Proletarierinnen mit den Männern ihrer Klasse für die Abschüttelung der Kapitalherrschaft als solche eintraten ([Rezension von Clara Zetkins „Geschichte der proletarischen Frauenbewegung“](#)). Die Frauen aus der Arbeiterklasse „verwiesen [letztlich darauf], dass die tragende Grundlage für soziale Gleichberechtigung des ‚weiblichen Geschlechts‘ die Berufsarbeit bildet, weil ‚ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit des Weibes vom Manne, von der Familie, die Emanzipation unmöglich wird‘“ (S. 68).

Besonders hebt Notz die Sexualreformerin Helene Stöcker hervor, die gegen das Abtreibungsverbot kämpfte. Ihre „Theorie der neuen Ethik“ verlangte neben der vollen Gleichberechtigung entgegen der Rassenhygiene auch die Gleichstellung „außerehelicher Kinder“ mit ehelichen Kindern. Sie gründete 1905 den „Bund für Mutterschutz und Sexualreform“ für ledige Mütter mit Kindern und wandte sich gegen deren „Minderwertigkeit“.

# Verlogenes Familienbild

Schonungslos wird in dem Buch „die gute alte Zeit als Schimäre“ (S. 30) entblößt. Wegen des unzureichenden Männerlohns arbeiteten Frauen und Kinder in vorindustrieller Zeit in Bergbau, Spinnerei und Weberei. Auf dem Land sah man in Frauen vornehmlich unsichtbare Haushälterinnen. Folgt sie nicht dieser „Bestimmung“, galten sie als „unnormale“. Die Verlogenheit dieses Sittengemäldes trat im Kaiserreich klar zutage. Anspruch und Realität klaffen weit auseinander: Wenn etwa unverheiratete Frauen schwanger wurden und Kinder bekamen, wurden sie als „unmoralisch“ stigmatisiert und bestraft, die Kinder als „Bastarde“ beschimpft. Auch der Erste Weltkrieg vermittelt ein obsoletes Familienbild: Frauen, Soldatenwitwen und Waisen arbeiteten in Rüstungsfabriken, versorgten Kriegsinvalide, machten die Aufbauarbeit und kamen für den Familienunterhalt auf, wenn Ehemänner oder Söhne „im Felde“ blieben. Doch mit den Kriegsheimkehrern wurden die Frauen aus der Arbeit an den Herd zurück entlassen, da die stimmgebende SPD und die Gewerkschaften Ehe und Familie befürworteten. In der Verfassung der Weimarer Republik waren Frauen gleichberechtigt, doch die Frauendiskriminierung im bürgerlichen Recht blieb. Unter anderem mussten LehrerInnen ab 1923 ihren Beruf wieder aufgeben, sobald sie heirateten. Unverheiratete Lehrerinnen mussten außerdem eine „Ledigensteuer“ zahlen und verdienten weit weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Ehefrau wurde bis 1977 verpflichtet, den Haushalt zu führen. Frauen durften bis 1958 überhaupt nur mit der Erlaubnis ihres Ehemannes einen Beruf ausüben. Für eine kurze Zeit hatten sehr wenige Frauen die Möglichkeit, im Reichstag soziale und politische Fragen zu thematisieren.

Ab 1933 verschärfte die NS-„Rassen“-Politik den Familismus. Frauen wurde das passive Wahlrecht entzogen. Sie sollten „ihren Platz in der Familie“ einnehmen, um für die „Volksgemeinschaft“ um jeden Preis „völkisch wertvollen Nachwuchs“ (S. 49) zu gebären – gefördert durch Steuererleichterungen, Kredite für Kinder und Wohnungseinrichtungen. Andererseits wurde in der folgenden Zeit der außereheliche Verkehr zwischen „wertvollen Volksgenossen“ zur „militärischen Nachwuchssicherung“ und zur Bewahrung „wertvollen“ Blutes wiederum durch die NS-Führung unterstützt. Was bei Notz zu kurz kommt: Mit dem „Ariernachweis“ wurden jüdische oder andere Einflüsse in der Familie oder bestehende „Erbkrankheiten“ aufgespürt. Wenn das Ehefähigkeitszeugnis versagt wurde, wurden die Beziehungen

verboten, verfolgt und ihre Fortführung mit Haft unterdrückt. Der Straftatbestand „Rassenschande“ sanktionierte außerdem den Verkehr mit „Nichtariern“ mit dem Tode beziehungsweise der Verschickung in ein Konzentrationslager. Erwerbslose Frauen galten als „asozial“; sie mussten bis Kriegsende bei strengen Kontrollen ihrer Arbeitsbereitschaft Pflichtarbeit leisten; ein Fehlen auf der Arbeit wurde mit KZ-Haft sanktioniert. In der sozialrassistischen NS-Regimepolitik galten im Kontext der Fortpflanzungsauslese strikte Gebärverbote für „Nicht-Arier“ und „minderwertige Arier“. Zwangssterilisierungen, Arbeitshäuser und Zwangsarbeit in Lagern, „Vernichtung durch Arbeit“ beziehungsweise „Euthanasie“ verhinderten die Fortpflanzung von Sinti und Roma, „Asozialen“, „Kriminellen“, nicht nur von „Behinderten“ und Juden, die Notz kurz erwähnt. Nach dem Zweiten Weltkrieg meisterten mehrheitlich Frauen den Aufbau. In der Adenauer-Ära reaktivierte die BRD rückständige Familienmuster. Beim politischen Tauziehen um ein Gleichberechtigungsgesetz wurden von CDU-Familienministerien und Kirchen die Weichen gestellt.

Doch die 1968er brachen mit Ehe und Familie. Die neuen Aktivistinnen verachteten Hierarchien und Autoritäten, gründeten in Europa bedeutsame feministische Bewegungen und saugten feministische Ideen aus dem Ausland auf. Diese Entwicklungen würdigt Notz in Kapitel fünf ihres Buches ausdrücklich. Einige Aspekte sind Gemeinschaftsprojekte als Alternativen zur bürgerlichen Kleinfamilie, antiautoritäre Kinderläden, Frauenhäuser, Kommunen und (Frauen)-Wohngemeinschaften. Die Positionen von KommunistInnen, AnarchistInnen, Verbänden und Initiativen fehlen im Buch. DDR-Frauen wird im sechsten Kapitel ökonomische Selbständigkeit wegen Berufstätigkeit bei paralleler Haus- und Reproduktionsarbeit und straffreie Abtreibung unter patriarchaler Ägide bescheinigt.

Und heute? Reaktionäre meinen, dass die Familie die Einsparungen sozialer Leistungen kompensieren muss. Unter der stillschweigenden Annahme, Familien würden sich untereinander helfen, fördert die AfD die Familie nach dem Leistungsprinzip zum alleinigen Reproduktions-, Versorgungs-, Pflege- und Unterhaltsinstitut und will Sozialversicherungen abschaffen.

# Zusätzlich verwendete Literatur

Bonar, Ena: Die Ungleichstellung von Frauen ist gemacht. Entrechtung von Frauen als Ergebnis kapitalistischer Regulation, in: *Contraste # 373*. Marx, Karl/ Engels, Friedrich, (1984): *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*. MEW 21. Hottingen-Zürich.

Gisela Notz 2015:

Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes.

Schmetterling Verlag, Stuttgart.

ISBN: 3-89657-681-X.

222 Seiten. 10,00 Euro.

**Zitathinweis:** Anne Alex: Der falsche Schein des Familismus. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/MVdTj>.

# Übergänge ins Totalitäre



**Dominik Finkelde**

Phantaschismus

Von der totalitären Versuchung unserer Demokratie

*Gewaltvolle Phantasien und irrationale Ausblendungen  
gibt es auch in „gefestigten“ Demokratien.*

Rezensiert von [Sophia Deeg](#)

Dominik Finkeldes neue Veröffentlichung ist eine „philosophiepolitische Untersuchung“ (S. 12). Sie lenkt den Blick auf die – gelegentlich auch in den etablierten Demokratien unserer Gegenwart – phantasmagorischen Grundlagen politischen Bewusstseins oder politischen Engagements. Phantasmagorisch bedeutet dabei dem griechischen Wortsinn nach „von gemeinschaftlich geteilten Trugbildern geleitet“. Laut Finkelde werden solche Phantasmagorien immer dann wirksam, wenn es darum geht, mit schwerwiegenden und schwer lösbaren Problemen auf der gesellschaftlichen Ebene von Gemeinwesen umzugehen beziehungsweise nicht umzugehen, sie auszublenden oder zu verdrängen. Gibt es dazu noch Neues zu sagen? Wird nicht besonders seit dem Vormarsch populistischer Parteien und Persönlichkeiten in westlichen Demokratien intensiv kommentiert, welche irrationalen Motive deren Anhängerschaft treiben mögen und welche irrwitzige Logik dahinterstecken mag, dass diese sich mit Parolen identifizieren, die keiner rationalen Prüfung standhalten? Implizit wird dabei selbstverständlich davon ausgegangen, dass sich ein „gesundes“ politisches Engagement wesentlich durch rationale Begründungsmuster auszeichnet.

Ist der Begriff „Phantaschismus“ (auf dem Buch-Cover zum Teil in Fraktur-Lettern) glücklich oder angemessen? Dient er der Klärung? Finkelde selber

bezeichnet ihn als Arbeitsbegriff, „der die Begriffe ‚Phantasie‘ und ‚Faschismus‘ in der Entfaltung einer kritischen Theorie politischer Phantasmagorie zu verknüpfen sucht“ (S. 17). Der Arbeitsbegriff soll „herausstellen, wie Phantasien ein Gemeinwesen nicht nur begeisternd vereinen, sondern dasselbe besonders auch in Form eines obszönen Genusses in der Übertretung ihrer angestammten Normativitätstraditionen konstituieren können“ (ebd). Was der erste Bestandteil des Neologismus bezeichnet, ist nachvollziehbar. Warum und wie genau die sehr präzise beschriebenen Phänomene mit dem Begriff des Faschismus in Verbindung gebracht werden, erschließt sich weniger, zumal dieser selber – außer wenn er die italienische faschistische Bewegung und Herrschaft des vergangenen Jahrhunderts bezeichnet, äußerst vage ist. So schreckt der etwas reißerische Titel eher ab. Der Untertitel des Bändchens ist nicht weniger spannend – und zugleich präziser.

## **Eine Absage an die Rationalität**

Auch in politischen Diskursen und Identitätsbildungsprozessen demokratisch verfasster Staaten, in denen sich kritische Debatten vergleichsweise frei entfalten können, scheint es in Krisenzeiten wirkmächtige Phantasien und Ausblendungen zu geben – mit der Tendenz, ins Totalitäre im Sinne einer einheitlichen unhinterfragbaren Ideologie zu kippen. Die Dynamik solcher Diskurse erläutert Finkelde unter anderem am Beispiel der Anthrax- und Massenvernichtungs-Phantasmen unter der US-amerikanischen Regierung (2001 – 2003), die nach den Anschlägen vom 11. September wesentlich „zur Kollektivkonstruktion eines Wir“ (S. 19) beitrugen, das nicht nur „mit Überzeugung in den Zweiten Irak-Krieg zog“ (ebd.), so wenig schlüssig der auch den eigenen Normen gemäß begründet war, sondern, weit darüber hinaus auch dabei half, eine bisher geltende normative Rechtskultur teilweise über Bord zu werfen. Das, so scheinen diese und andere von Finkelde kommentierte Beispiele der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart nahezulegen, gelingt auch in einer gefestigten rechtsstaatlich verfassten Demokratie mit relativer Leichtigkeit. Dabei spielen kollektive Phantasien normativer Übertretung eine entscheidende Rolle. Diese Phantasien entfalten nicht selten eine überraschende Anziehung – und das beileibe nicht nur bei „bildungsfernen“, gesellschaftlich Marginalisierten. Die Übertretung der alten Rechtskultur zugunsten des „neuen Wir“ (ebd.) ist dann „wie nach einer religiösen Bekehrung die grundlegende Bedingung für die neue Gemeinschaft“

(ebd.). Das „Nicht-mehr so genau-Nehmen normativer Ansprüche“, die eben noch allgemein anerkannt waren, wird, so Finkelde weiter, mit einem „unbewusst auftretenden Genuss“ (ebd.) verbunden.

Wenn Finkelde mit Bezugnahme auf Slavoj Žižek von der „unbewussten Phantasie, welche die Realität selbst strukturiert“ (S. 14) und von der „politischen Funktion der Kanalisierung von Genuss“ (S. 13) spricht, die durch Phantasien geleistet wird, so redet er damit ausdrücklich nicht einem postmodernen Skeptizismus das Wort. Denn seine Überlegungen helfen gerade, die Mechanismen der Ausblendung besser zu verstehen und mit ihnen zu rechnen, auch was die eigenen politischen Grundannahmen betrifft. Es geht also nicht nur um die politischen Phantasmagorien und die Blindheit anderer, sondern auch darum, sich ernsthaft mit der Frage auseinanderzusetzen, inwieweit die eigene Wirklichkeitswahrnehmung und -konstitution und somit unser Handeln, auch das politische, nicht nur vernunftgeleitet ist.

Auch wohlfeile, sich besonders rational gebende Erklärungsmuster sind es häufig nicht. So bezeichnet der Autor den weitverbreiteten Vorwurf als „einfältig“ (S. 42), die US-Administration unter Bush jr. habe „das amerikanische Volk getäuscht“ (ebd.), um es zu einem weiteren Krieg gegen den Irak bereit zu machen. Die Prozesse der Einschwörung auf ein neues „Wir“ sind komplexer, und es spielt sich mehr hinter dem Rücken der Akteur\*innen ab als gängige Erklärungsversuche darzustellen vermögen. Eine berüchtigte Aussage von Donald Rumsfeld veranschaulicht dies: Er schien am 12.02.2002 in Bezug auf die angeblichen Massenvernichtungswaffen, über die Saddam Hussein verfüge, von „bekannten Bekanntheiten“ und „unbekannten Unbekanntheiten“ mehr zu delirieren als zu reden. Es ging irgendwie um die Angriffe auf das World Trade Center, irgendwie um Anthrax und irgendwie um das irakische Regime. Letzteres konnte kaum mit dem 11. September in Verbindung gebracht werden, und irakische Massenvernichtungswaffen waren ebenso wenig nachgewiesen (später würde sich vielmehr ihr Nichtvorhandensein herausstellen). Zugleich gab es da die sogenannten „Anthraxbriefe“, die das Phantasma eines nicht greifbaren Feindes nährten. Die wirren Äußerungen des US-Verteidigungsministers legen laut Finkelde nahe, „dass der Mangel der empirischen Verifizierung von Vermutungen dieselben nicht entwertet, sondern gegenüber einem Angst machenden ‚x‘, *das man nicht einmal vermuten kann*, exponentiell verstärkt“ (S. 44, Herv. i. O.).

Genau auf dieser Grundlage gelang es dem Anthraxphantasma, das US-amerikanische Gemeinwesen mittels einer unbekanntes Gefahr, die mit Schauern genossen werden konnte, so zu vereinen, dass ein Verweis auf Tatsachen nur störte, sogar als Angriff empfunden wurde. Schließlich wähnte sich die Nation in einer existentiellen Bedrohungslage.

## Bestimmende Narrative

Wie in einem anderen Fall eine phantasmagorische Wirklichkeitskonstruktion funktioniert, bei der es um die Ausblendung schwerwiegender Aporien geht, zeigt Finkelde am Beispiel Israels. Dessen andauernde Völkerrechtsverletzungen und menschenrechtliche Vergehen an den Palästinenser\*innen liegen offen zutage, nicht nur für die Betroffenen, auch für Israelis und viele andere. Der Widerspruch zwischen dem Anspruch Israels und der Wirklichkeit ist zu eklatant, als dass er übersehen werden könnte. Schließlich wurde dieser Staat als Konsequenz aus einem Antisemitismus gegründet, der im Projekt der Vernichtung der europäischen Juden gipfelte, und steht folglich erklärtermaßen für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und ihrer grundlegenden Rechte. Wie sich den offenkundigen Widerspruch erklären – und wie sich erklären, dass er eben doch übersehen werden kann: von den meisten Israelis und vielen anderen, die sich mit dessen nationalem Narrativ identifizieren? Mit dem israelischen Geographen Oren Yiftachel, der sein Land als Ethnokratie bezeichnet, legt Finkelde dar, wie in Israel Menschenrechte zwar anerkannt werden, aber nicht für diejenigen gelten können, „auf deren rechtlicher Nicht-Anerkennung die eigene Überzeugung aufruht, ein jüdisch-nationalstaatliches Wir zu sein“ (S. 20): „Der Genuss des Gemeinwesens an einem obszönen ethnokratischen Wir“ sei „strukturell unantastbar“ (ebd.), weil grundlegende Bedingung. Diejenigen, die an diesem kollektiven Genuss teilhaben, sind sich dessen oftmals nicht bewusst und können und wollen nicht davon ablassen. Daher sind sie in den meisten Fällen auf den Widerspruch nicht ansprechbar.

Bekanntlich ist das bundesdeutsche Narrativ eng mit dem israelischen verwoben. Auch auf die „phantaschistischen“ Implikationen dieses Gewebes geht Finkelde ein. Die Auseinandersetzung mit der Schuld gegenüber den Millionen Opfern der NS-Verbrechen stand als konstitutive gesellschaftliche und politische Aufgabe am Anfang des neuen Gemeinwesens der

Bundesrepublik. Dass es sich dabei vor allem, fast ausschließlich, um die Schuld gegenüber den jüdischen Opfern handle, ist eine Grundannahme, die die Diskurse und Narrative seit Jahrzehnten bestimmt. Diese erfuhren im Laufe der Zeit eine weitere Verengung: Die einzige oder entscheidende angemessene Form, Verantwortung zu übernehmen, sei die bedingungslose Unterstützung Israels. Dafür mag es pragmatische politische Gründe wie die für beide Seiten profitable militärische, diplomatische und wirtschaftliche Zusammenarbeit geben – Roma und Sinti etwa haben nichts dergleichen anzubieten.

## Ausblendungen und Ablendungen

Doch um die Ebene politischer Rationalität (und der sie verbrämenden Ideologie) geht es Finkelde gerade nicht. Er beleuchtet vielmehr die dieser vorgeschalteten phantasmagorischen, Genuss-orientierten und -sichernden Mechanismen, die im komplexen Verhältnis von Deutschland zu Israel wirksam sind und dafür sorgen, dass etwa auf die Nennung des Begriffs „Apartheid“ (auf Israel bezogen), „Nakba“ oder „Rückkehrrecht der Palästinenser\*innen“ (immerhin von Israel als Bedingung für seine Aufnahme in die UN grundsätzlich anerkannt) geradezu hysterische (Abwehr-)Reaktionen erfolgen – als könnte man nicht darüber reden und möglicherweise unterschiedliche Auffassungen feststellen. Nein, man kann darüber so wenig reden wie über die Nacktheit des Kaisers in Andersens Märchen, wie Finkelde erläutert:

*„Weil das ideologische Feld des politischen Narrativs das Evidente abblendet, so wie die Nacktheit des Kaisers bei Andersen strukturell vom versammelten Hofstaat nicht wahrgenommen werden darf. Das Ablenden hat ein bestimmtes politisches Genießen des bundesrepublikanischen Gemeinwesens in seiner Genugtuung an der Aussöhnung mit Israel affektiv konstituiert.“  
(S. 62)*

Hier wird die Schuld selber ungehörigerweise genossen und oben drauf auch noch die Aussöhnung – die Pflege dieses Genusses ist zentral für das deutsche Wir. Die faktische Politik des israelischen Verbündeten, unterschiedliche Rechte je nach ethnischer Zugehörigkeit zuzumessen, darf von einem deutschen Wir, das sich auf der Grundlage einer Bearbeitung des deutschen

Rassismus und der damit verbundenen Verbrechen der NS-Zeit konstituiert hat, nicht ins Auge gefasst werden – sonst funktioniert die ganze zugrundeliegende Genuss-Ökonomie nicht mehr.

Dominik Finkelde 2016:

Phantaschismus. Von der totalitären Versuchung unserer Demokratie.

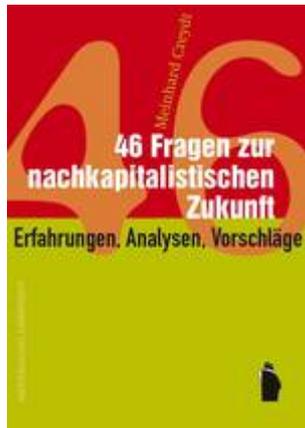
Vorwerk 8, Berlin.

ISBN: 978-3-940384-83-6.

102 Seiten. 19,00 Euro.

**Zitathinweis:** Sophia Deeg: Übergänge ins Totalitäre. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/n4egN>.

# Die nachkapitalistische Gesellschaft



**Meinhard Creydt**

46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft  
Erfahrungen, Analysen, Vorschläge

*Das Buch entwickelt realistische und problembewusste Konzepte für eine grundlegende gesellschaftliche Alternative.*

Rezensiert von [Johanna Heller](#)

Angesichts der mit dem modernen Kapitalismus verbundenen Probleme mehren sich Überlegungen zu dessen Einhegung oder Überwindung. Die Vorschläge erschöpfen sich häufig in Anbauten am Bestehenden oder in Rückgriffen auf vermeintlich bessere Zeiten eines „guten“ Kapitalismus („vor dem Neoliberalismus“). Mit diesen braven Konzepten koexistieren allerhand weltfremde und im schlechten Sinne utopische Vorschläge. Der vorliegende Band schlägt einen anderen Weg ein. Er antwortet auf einen weit verbreiteten Vorbehalt:

*„Selbst wenn uns infolge der Kritik an der kapitalistischen Ökonomie eine Alternative wünschenswert erschiene, so weist die nachkapitalistische Gesellschaft notwendigerweise zentrale Konstruktions- und Strukturprobleme auf. Bei all seinen Mängeln erscheint der Kapitalismus insofern als kleineres Übel.“ (S. 9)*

Creydt wendet sich sowohl gegen die Idee, Märkte durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien zu ersetzen, als auch gegen Vorstellungen „sozialistischer Marktwirtschaft“. Modelle eines Computersozialismus ignorieren die Leistungen des Marktes,

marktsozialistische Konzepte übergehen, dass Preise unterkomplexe Informationskonzentrate sind. Sie vermögen beispielsweise nicht den Wert „einer verschwundenen Tierart oder von Schädigungen der menschlichen Gesundheit zu bestimmen“ (S. 99). In einer nachkapitalistischen Gesellschaft würden qualitative Indikatoren über Preise die Oberhand gewinnen. Produktlinienanalysen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Technikfolgeabschätzungen weisen bereits gegenwärtig in diese Richtung und lassen sich ausbauen. Sie vergegenwärtigen die umfassend wahrgenommenen Wirkungen und Voraussetzungen der Aktivitäten von Unternehmen und Organisationen. Dementsprechend veränderte Unternehmensbilanzen bilden nun die Grundlage für Auftragsvergabe, Kredite, Subventionen, Steuern und ähnliches.

In einer erwägenden und beratenden („deliberativen“) Demokratie wird über die grundlegenden Proportionen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, Aufgaben und Ausgaben entschieden. Produktlinienanalysen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Technikfolgenanalyse machen bereits heute Voraussetzungen und Effekte zum Thema und überschreiten die betriebswirtschaftlichen Horizonte. Creydt sieht in zivilgesellschaftlichen Initiativen, die die Aktivitäten von Unternehmen und Organisationen kritisch beobachten, sowie in Debatten über Arbeiten und Produkte Vorboten einer deliberativen oder „starken Demokratie“ (Barber 1994) im Unterschied zur repräsentativen Demokratie. Entscheidend sind für Creydt die im umfassenden Sinne verstandenen Bildungseffekte einer Öffentlichkeit, in der die verschiedenen sozialen Gruppen sich über die umfassend wahrgenommenen Konsequenzen ihres Handelns für zentrale Belange des guten Lebens verständigen.

Gutes Leben versteht der Verfasser als Entwicklung menschlicher Sinne, Fähigkeiten und Reflexionsvermögen in der „Praxis“. Sie beinhaltet eine komplexe Aufbauordnung der für diese menschlichen Grundvermögen maßgeblichen Momente. Dazu zählt Creydt das Arbeiten, die Auseinandersetzung mit Gegenständen außerhalb der Arbeit, die Sozialbeziehungen, gesellschaftliche Institutionen und Strukturen sowie die Gestaltung der Gesellschaft durch die Bevölkerung. Schon dieses multidimensionale neue Leitbild übt ein in vernetztes Denken. Sein Thema: Die gegenseitige Förderung, Herausforderung und Begrenzung der

verschiedenen Momente von „Praxis“. Sie stellt den übergreifenden Zweck der nachkapitalistischen Gesellschaft dar und überschreitet damit die bürgerliche Vorstellung gesellschaftlicher Institutionen als Rahmenbedingung der ins individuelle Belieben gestellten persönlichen Selbstverwirklichungen.

Mit „Praxis“ geht es um die Frage, welche Art von gutem Leben, welche Lebensqualität und welches „Psychosozialprodukt“ sich gesellschaftlich entwickeln kann. Creydt begründet, wie „Praxis“ als Paradigma das bürgerliche Leitbild von Freiheit und Gleichheit ablöst, ohne dahinter zurückzufallen. Der Band zeigt, dass das postmoderne Plädoyer für Vielfalt die Möglichkeit und Notwendigkeit eines die Gesellschaft einenden Paradigmas nicht in Frage stellt. Eine Kapitelüberschrift lautet dementsprechend: „Wie lässt sich der Autismus der gesellschaftlich ausdifferenzierten Bereiche überwinden, ohne in regressive Entdifferenzierung zu verfallen?“ (S. 216)

Der Frage, was sich ändern muss und kann, geht der Autor nicht nur in Bezug auf die übergreifenden gesellschaftlichen Strukturen nach. Creydt zeigt an einzelnen Bereichen (wie zum Beispiel der Produktionstechnologie, dem Gesundheits- und Verkehrswesen), wie das allgemeine Paradigma der kapitalistischen und bürgerlichen Gesellschaft sich in diesen besonderen Feldern konkretisiert und wie letztere ihrerseits zur Reproduktion der Gesellschaftsform beitragen. Um eine Kritik von außen handelt es sich nicht. Vielmehr macht sie deutlich, wie in den Bereichen soziale Kräfte und Konzepte zum Beispiel für ein nachkapitalistisches Gesundheits- und Verkehrswesen entstehen. In Bezug auf die Veränderung der Produktionstechnologie erinnert Creydt an die konkreten Projekte von Techniker\_innen und Ingenieur\_innen im englischen Betrieb „Lucas Aerospace“ für eine „anthropozentrische Technik“.

Creydt unterscheidet zwischen kapitalistischen und modernen Strukturen. Gewiss dominieren in der modernen kapitalistischen Gesellschaft erstere. Mit ihrer Überwindung verschwinden aber in einer nachkapitalistischen Gesellschaft nicht die Probleme moderner Gesellschaftsstrukturen und Imperative. Der Autor diskutiert die Leistungsvorteile und problematischen Effekte von Effizienz, Leistungsprinzip, Spezialisierung, funktionaler Differenzierung und der Verlagerung von Intelligenz in Apparate beziehungsweise Maschinen. Er fragt, wie sich die modernen Sachzwänge verringern oder domestizieren lassen.

Der Verfasser stellt sich den Einwänden gegen eine nachkapitalistische Gesellschaft nicht nur, sondern macht sie stark. Insofern predigt das Buch nicht den Bekehrten. Es ist auch für diejenigen lesenswert, die eine nachkapitalistische Gesellschaft inhaltlich ablehnen oder sie für unpraktikabel halten. Der Autor

*„orientiert sich nicht an der Erwartung, man müsse nur geschickt genug am zentralen Faden ziehen und alle relevanten Probleme würden sich dann in Wohlgefallen auflösen. Weiter bestehende oder neu entstehende Dilemmata, Widersprüche und ‚Teufelskreise‘ produktiv und demokratisch bearbeiten zu können – das gehört zum Anforderungsprofil der Strukturen und Institutionen einer von ‚Praxis‘ dominierten Gesellschaft.“ (S. 230)*

Creydt nennt soziale Auseinandersetzungen, Kräfte und Bewegungen, die im gegenwärtigen Kapitalismus entstehen und zur Durchsetzung einer an ‚Praxis‘ orientierten nachkapitalistischen Gesellschaft beitragen können. Der Schwerpunkt dieses Bandes liegt darin, die Inhalte zu benennen, die im Prozess der Transformation in der Bevölkerung zunehmend im Bewusstsein und den Mentalitäten dominieren. Kein Thema ist bei Creydt, welche Schritte oder Einstiegsprojekte für diese Transformation vorzuschlagen sind. Der Verfasser konzentriert sich darauf, was „anders arbeiten – anders leben – sich anders vergesellschaften“ heute heißen könne, wenn der Kapitalismus überwunden wäre. Es geht also darum, die Behauptung „Eine andere Welt ist möglich“ materialiter zu konkretisieren. Bei Wahlen wird häufig davon gesprochen, es habe an einer Wechselstimmung gefehlt. Creydt zufolge folgen viele Linken faktisch der Maxime „wir wollen nicht alles anders, aber manches besser machen“. Der Verfasser sieht eine zentrale Aufgabe seines Bandes darin, den attraktiven Inhalt einer nachkapitalistischen Gesellschaft auf der Höhe der heutigen Zeit und unter Reflexion auf die Erfahrungen mit gewesenen Sozialismen herauszuarbeiten beziehungsweise zu profilieren. Die Konzentration von Linken auf Verteilungsfragen, die bei ihnen beliebte Konfrontation der Gesellschaft mit ihren Idealen sowie defensive Retro-Utopien (der gute alte Sozialstaat) kritisiert Creydt. Ihm geht es darum, in den verschiedenen von ihm behandelten besonderen Bereichen wie im Ganzen der Gesellschaft eine grundlegende paradigmatische Umorientierung zu denken. Der Verfasser fasst sie im „Praxis“-Leitbild zusammen.

Creydts Buch führt mit seinem Netzwerk der 46 (durchweg kurzen) Kapitel das vor, was ihm als Lebenselement nachkapitalistischer Gesellschaft gilt: Die umsichtige Aufmerksamkeit für die Implikationen der jeweiligen Tätigkeiten, Gegenstände, Sozialbeziehungen, Organisationen und Institutionen für das gute Leben. Der Verfasser bereitet die Probleme didaktisch geschickt an gut gewählten Beispielen auf. Trotz seiner inhaltlichen Dichte ist das Buch gut lesbar.

## Zusätzlich verwendete Literatur

Benjamin Barber (1994): Die starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch Verlag.

Meinhard Creydt 2016:

46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft. Erfahrungen, Analysen, Vorschläge.

Westfälisches Dampfboot, Münster.

ISBN: 978-3-89691-851-2.

245 Seiten. 21,90 Euro.

**Zitathinweis:** Johanna Heller: Die nachkapitalistische Gesellschaft. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Vq6wf>.

## Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2024 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.